

Grünberger Wochenblatt.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle
oder den Ausgabestellen abgeholt 1.50 RM (wöchentlich
88 Pf.); ins Haus gebracht 1.75 RM.
Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich 1.50 RM; durch den Briefträger ins Haus gebracht 1.88 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 Millimeter breite
Zeile kostet 20 Pf. — Die Reklamezeile (90 Millimeter
breit) kostet 80 Pf. — Fernsprecher: Nr. 2, 101 und 102
Postleitzahl 12342.
Bank-Konten: Dresdner Bank, Deutsche Bank und
Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparkasse, Kreis-Sparkasse
samtlich in Grünberg in Schlesien.

Die hessischen Landtagswahlen.

Keine Mehrheit für eine Rechtsregierung, nur Stimmengleichheit.
Fortschreitender Zerfall der bürgerlichen Mittelparteien.

Darmstadt, 19. Juni. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis haben bei den heutigen Landtagswahlen erhalten (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die letzte hessische Landtagswahl 1931):

Sozialdemokraten	172 545	(168 101)
Centrum	108 608	(112 444)
Soz. Arbeiterpartei	11 697	(8 170)
Kommunisten	82 111	(106 790)
Liste Dr. Leuchtgens	1 079	(—)
Deutschationale	11 267	(10 857)
Nationalsozialisten	328 818	(291 188)
Hessische Demokraten	4 925	(4 618)
Nationale Einheitsliste	25 175	(—)

Danach ergibt sich folgende Verteilung der 70 Mandate:

Sozialdemokraten	17	(15)
Centrum	10	(10)
Soz. Arbeiterpartei	1	(1)
Kommunisten	7	(10)
Liste Dr. Leuchtgens	0	(0)
Deutschationale	1	(1)
Nationalsozialisten	32	(27)
Hessische Demokraten	0	(0)
Nationale Einheitsliste	2	(5)

Wenn man die Mandatsziffern der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Einheitsliste zusammenzählt, ergibt sich eine Mandatsziffer von 35 gegenüber 70 insgesamt.

Der Wahltag ist im allgemeinen vollständig ruhig verlaufen.

	Reichstags- wahl am 14. 9. 1930	Landtags- wahl am 16. 11. 1931	Reichspräsidenten- Wahl am 1. Wahltag 2. Wahltag
Stimmberechtigte	949 789	968 951	970 768 975 298
Abgegebene Stimmen	758 768	793 806	836 800 825 575
Wahlbeteiligung	79,4 %	82,4 %	86,2 % 84,7 %
Gültige Stimmen	747 061	785 904	831 024 819 450
Sozialdemokr.	215 746	168 101	
Centrum	104 245	112 444	
Soz. Arbeiterpartei		8 170	
Komm. Opposition		14 938	
Kommunisten	84 613	106 790	104 862 70 384
Liste Dr. Leuchtgens			
Deutschnational	11 902	10 857	16 208
National-Socialisten	137 881	291 188	280 170 314 039
Hessische Demokraten		4 618	
Deutsche Staatspartei	38 829	10 822	
Deutsche Volkspartei	49 829	18 824	
Vollsrechtspartei	4 706	1 585	
Hessisches Landvolk	57 568	20 768	
Christl.-Soz. Volksd.	19 128	16 714	
Wirtschaftspartei	17 057		

Die hessische Landtagswahl vom 15. November 1931 ist auf den Einspruch der Wirtschaftspartei, deren Wahlvorschlag aus formalrechtlichen Gründen zurückgewiesen worden war, vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich durch Urteil vom 9. Mai d. J. für ungültig erklärt worden. In den Vergleichszahlen für 1931 ist infolgedessen die Wirtschaftspartei nicht enthalten.

Im Gegensatz zum Reich und zur Mehrzahl der Länder schreibt das hessische Wahlgesetz für den Landtag eine feste Mandatszahl, nämlich 70, vor. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist also von der Stärke der Wahlbeteiligung unabhängig. Die Ermittlung der gewählten Abgeordneten erfolgt nach dem Höchstzahlensystem, wobei auf die Listenverbindungen Rücksicht zu nehmen ist.

Bei einer Wahlbeteiligung von nur rund 77 Prozent gegenüber 82,4 Prozent bei der vorjährigen Landtagswahl und von 86,2 Prozent bzw. 84,7 Prozent bei den Präsidentenwahlen hat die gestrige hessische Landtagswahl in erster Linie den Nationalsozialisten Erfolg gebracht. Der Anteil ihrer Stimmen stieg von 37,1 Prozent bei der Landtagswahl des Jahres 1931 auf 44,0 der gültigen Stimmen und ihre Mandatszahl von bisher 27 auf 32. Auch wenn man die Reichspräsidentenwahl zum Vergleich mit heranzieht, zeigt sich ein Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen von 314 039 (38,3 Prozent) im zweiten Wahlgang auf nunmehr 328 813. Günstig haben beim Wahlkampf auch die Sozialdemokraten abgeschnitten. Ihr Stimmenzuwachs beträgt etwa 4400, und die Zahl ihrer Abgeordneten erhöht sich infolge der feststehenden Mandatszahl und der geringeren Wahlbeteiligung von 15 auf 17. Anteilsmäßig fielen ihnen diesmal 23,1 Prozent der Stimmen zu gegen 21,4 Prozent bei der letzten Landtagswahl, während sie bei der Reichstagswahl von 1930 noch 28,9 Prozent der Wähler hinter sich hatten. Die Kommunisten haben starke Einbußen

erlitten; von bisher 13,6 Prozent und 10 Mandaten sind sie auf 11,0 Prozent und 7 Mandate zurückgegangen. Da die mit der Sozialistischen Arbeiterpartei zusammengehende Kommunistische Opposition bei gleichfalls starkem Stimmenzuwachs sich ihr bisheriges Mandat erhalten konnte, so haben die Linksparteien insgesamt jetzt zwei Sitze weniger als bisher. Einen leichten Stimmenzuwachs (3800) hat das Centrum erfahren, der aber nur ungefähr der geringeren Wahlbeteiligung entspricht; relativ hat seine Stärke noch etwas zugenommen (14,6 Prozent gegen 14,3 Prozent), und seine Mandatszahl bleibt mit 10 unverändert. Die Deutschnationalen haben absolut und relativ (rund 11 000 Stimmen oder 1,5 Prozent) ihre Stimmenzahl und ihren bisherigen Sitz behauptet. Bei der Reichstagswahl 1930 erreichten sie mit 11 900 Stimmen oder 1,6 Prozent eine nur wenig höhere Stimmenzahl. Beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wurden für Düsseldorf 16 208 Stimmen oder 2 Prozent abgegeben. Die Hessischen Demokraten haben, allerdings auf niedriger Basis, ihren Bestand gut gehalten (4925 oder 0,7 Prozent gegen 4618 oder 0,6 Prozent bisher).

Das politisch bedeutsamste Ergebnis der hessischen Landtagswahl ebenso wie der beiden vorangegangenen Landtagswahlen in Mecklenburg und Oldenburg ist aber der fortschreitende Zerfall der bürgerlichen Mittelparteien. Obwohl sie sich diesmal alle sechs von der Staatspartei bis

zum Landvolk zu einer Nationalen Einheitsliste zusammengefasst hatten, konnten sie von ihren bisherigen, beim letzten Wahlkampf noch getrennt errungenen 5 Mandaten nur 2 retten. Ihre Stimmenzahl ging von 187 112 oder 25,1 Prozent im Jahre 1930 auf 68 208 oder 8,7 Prozent im Jahre 1931 auf jetzt 25 175 oder 3,4 Prozent der gültigen Stimmen zurück.

Nach dem Ergebnis der gestrigen Landtagswahl wird die Regierungsbildung im neuen Hessischen Landtag aller Voraussicht nach auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen, wie nach der letzten Landtagswahl. Die Nationalsozialisten können für die Bildung einer Rechtsregierung zu den von ihnen jetzt errungenen 32 Mandaten mit Sicherheit nur noch auf den einen deutschnationalen Abgeordneten rechnen, so daß sich also nur eine Minderheit von 33 von insgesamt 70 Abgeordneten ergäbe. Wieweit sich die auf der "Nationalen Einheitsliste" gewählten beiden Abgeg. Dr. Neyer (DVP) und Dr. Glaser (Vandbund) eventuell bereitfinden, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen, ist noch unbestimmt, zumal besonders der an zweiter Stelle gewählte Dr. Glaser sich über eine solche Koalition wiederholt ablehnd ausgesprochen hat. Aber selbst für diesen Fall hätte eine Rechtsregierung noch keine Mehrheit im neuen Hessischen Landtag, sondern nur Stimmengleichheit (35 von 70 Abgeordneten). Es bleibt also dabei, daß zur Bildung einer parlamentarischen Regierung die Zusammenarbeit zwischen Centrum und Nationalsozialisten erforderlich ist. Nach der Führungnahme, die der Vertreter des CVP, mit maßgebenden hessischen Zentrumskreisen genommen hat, wird sich jedoch an der bisherigen Haltung des Centrums nichts ändern, d. h. eine Regierungskoalition von den Nationalsozialisten bis zum Centrum wird nicht in Frage kommen.

Darmstadt, 20. Juni. Das Organ der hessischen Nationalsozialisten, die "Hessische Landeszeitung", schreibt zu dem Wahlergebnis u. a.:

Die Niederlage der Gegner, das ist diesmal vor allem das Kennzeichen der Wahl. Der Einbruch in die marxistische Front, den man schon bei der letzten Landtagswahl zugesehen musste, hat Fortschritte gemacht. Das Mandatsergebnis berechtigt für die Regierungsbildung allerdings zu keinen großen Hoffnungen. Parlamentarisch ist wohl das Schwergewicht der NSDAP verfestigt, zur absoluten Mehrheit langt es aber in Hessen leider nicht. Weder Deutschnationalen noch Einheitsliste haben es vermocht, für sich einzeln oder zusammen irgendeine Schlüsselstellung zu erlangen. Der Zentrumssturm, wenn auch rissig und arg angebrockt, steht noch. Um zu stürzen, muß weiter gearbeitet werden. Das Ergebnis lehrt uns, daß hierzu nicht nur begründete Hoffnung, sondern Gewissheit besteht. Nur wir haben einen bemerkenswerten Aufstieg, nur wir haben die Jugend.

München, 20. Juni. In seinem heutigen Leitartikel betont der "Völkische Beobachter" zu dem Erfolg der Nationalsozialisten in Hessen, es sei selbstverständlich, daß die NSDAP nun erst recht ihre alte Forderung nach einem nationalsozialistischen Staatspräsidenten in Hessen erneuern werde. Sollte das Centrum sich unbeliebbar zeigen, dann werde, wie das Blatt glaubt, die Einsetzung eines Reichskommissars kaum mehr einen Aufschub vertragen.

Die Preußische Sparnotverordnung im ganzen gültig

Die Vorschriften über die Hochschullehrer sowie einzelne Beamtenvorschriften verfassungswidrig.

Leipzig, 20. Juni. Im Verfassungstreit der deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtages gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Preuß. Sparnotverordnung vom 12. September 1931 wurde heute vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich die Entscheidung verkündet. Danach werden folgende Vorschriften der Sparnotverordnung für verfassungswidrig erklärt:

1. Die Vorschrift über die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen.
2. Die Vorschrift über die Niedrigwirkung der Vorschrift betreffend den Begriff des Dienstunfalls im Polizeibeamten-geleit.

Die Verwilderung des politischen Kampfes verschärft sich

Zahlreiche blutige Zusammenstöße im Reich. — 2 Tote, weit über 75 Verletzte, über 500 Verhaftungen

Im ganzen Reich haben sich am Sonnabend und Sonntag nach Aufhebung des Uniformverbotes zahlreiche Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern ereignet. Neben Reichsbannerleuten, Mitgliedern der Eisernen Front und Bismarckleuten sind vor allem die Nationalsozialisten und Kommunisten daran beteiligt gewesen. Die Nationalsozialisten behaupten in ihrer Parteikorrespondenz, zu den Zusammenstößen, daß am 16. Juni vormittags in Berlin eine Sitzung der Reichsführung des Notfrontkämpferbundes stattgefunden habe, auf der beschlossen worden sei soll, durch Steigerung des bisherigen Terrors gegen die SA- und SS-Formationen für diese ein neues Verbot zu erzwingen.

Die Verlustliste für ganz Deutschland beläuft sich ungestrahlt bei den Nationalsozialisten auf 2 Tote und 10 Verletzte; beim Bismarckbund 1 Verletzter; beim Reichsbanner 4 Verletzte; bei der KPD 2, bei der Polizei 5. Von weit über 50 weiteren Verletzten war es noch nicht möglich, die Parteizugehörigkeit festzustellen. Verhaftet wurden über 525 Personen; davon allein in München, wo die Nationalsozialisten unter Hinzuziehung von auswärtigen SA-Abtei-

lungen Demonstrationen gegen das Uniformverbot durchführten, 470 Nationalsozialisten.

Näher auf die einzelnen Vorfälle einzugehen, die sich in Berlin, Stettin, Arnstadt i. Th., Halle, Groß-Gerau (Hessen), Hagen, Ludwigshafen, Düsseldorf, Köln, Nauen und besonders in Wuppertal ereigneten, erübrigt sich, da fast der Verlauf jeden Zusammenstoßes der gleiche war. Von polizeilicher Seite aus wurde in vielen Fällen die Feststellung gemacht, daß besonders die Kommunisten Zusammenstöße herausgeschworen.

Wie aus der obigen Verlustliste, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, hervorgeht, sind die Voraussetzungen, unter denen das Uniform-Verbot aufgehoben worden ist, nicht erfüllt. Es scheint, als ob die Faust jetzt mehr im politischen Kampf regiert als vor dem Verbot.

Die Kölner Zentrumspartei hat deshalb auch auf Grund dieser Zusammenstöße dem Reichspräsidenten ein Telegramm gesandt, in dem sie von ihm und dem Reichsinnenminister das sofortige Verbot der uniformierten Verbände fordert.

Die Politik der Bayerischen Volkspartei

München, 19. Juni. In einer parteioffiziösen Zusammenfassung des Ergebnisses der heute abgehaltenen Landestagung der Bayerischen Volkspartei heißt es u. a., die bevorzugterregende Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland erfordere mehr denn je eine bewußte Sammlung aller staatstreuen und antirevolutionären Kräfte in Bayern. Um Deutschland vor einer Revolution zu schützen, die nationalistisch beginnen und bolschewistisch enden würde, habe gerade das bayerische Volk am 10. April 1932 sich mit überwältigender Mehrheit für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg eingesetzt. Das Merkmal der neuen Regierung sei ihre bedenkliche Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Partei. Ein solches Reichskabinett könne die Bayerische Volkspartei nicht unterstützen. Die

Bayerische Volkspartei wolle einen Staat, der das gesamte Volk über Parteidistanzen, Klassegegenseitigkeit und Konfessionsgegenseitigkeit hinweg innerlich erfaßt und so das Bewußtsein der Nation zum vollen Erwachsenen bringe. In seiner maßlosen Übersteigerung des Parteidarisses sei der Nationalsozialismus der schwerste Feind der Idee wahrer Volksgemeinschaft und im vollen Sinne des Wortes antisozial.

München, 18. Juni. Der nationalsozialistische Abg. Dr. Buttmann veröffentlicht im "Völkischen Beobachter" einen Artikel, in dem er u. a. ausführt, daß durch die Ausschließung der Nationalsozialisten die wichtigste Aufgabe des Bayerischen Landtages, die Regierungsbildung, sabotiert sei. Während der ganzen Zeit des Ausschlusses, die sich bis in den späten Herbst hinein ausdehnen dürfte, könnten Beschlüsse des Landtages nicht gefaßt werden.

Erwartungen und Bedenken in Lausanne.

Rundfunkrede des Reichskanzlers.

Die erste Phase der Lausanner Konferenz ist vorbei. Nach kurzer Vertragung bis zum morgigen Dienstag kommen die Delegierten wieder zusammen und dann dürfte es eine längere Vertragung geben.

Die Feststellung eines Zahlungsaufschubs über den 1. Juli hinans hat verhindert, daß der Plan der Gläubigermächte, die Konferenz zu unterbrechen und damit die Entscheidung über die Endlösung des Reparationsproblems hinauszuschieben, überhaupt gar nicht ernsthaft zur Debatte kam, daß er als Selbstverständlichkeit galt, ehe die große Weltöffentlichkeit überhaupt zur Befinnung kam.

Man kann es zweifellos begrüßen, daß die Zahlungsaussetzung nach dem 1. Juli eine Anerkennung der deutschen Zahlungsunfähigkeit enthält, aber diese Anerkennung gilt der Form nach zunächst nur für den Augenblick, und es ist ganz bezeichnend, daß die Pariser Presse den ersten Lausanner Besluß mit dem Kommentar versteht: Die Gegenwart ist geregelt, die Zukunft bleibt offen. Zu verhindern, daß die Zukunft offen bleibt, daß man in irgend einem späteren Zeitpunkt an Deutschland mit neuen Forderungen herantrete könnte, war und ist aber gerade die Aufgabe der Konferenz.

Wenn es den Gläubigermächten gelungen ist, im Anschluß an die weitere Zahlungsaussetzung das taktische Manöver einer Verzögerung der Endlösung durchzuführen, so muß man natürlich mit großem Misstrauen darüber wachen, was denn nun als Programm der Kommission festgesetzt werden wird, die in den nächsten Wochen und Monaten eine Endlösung vorbereiten soll. Von französischer Seite werden politische Projekte hineingetragen. Man spricht von einem politischen oder diplomatischen Waffenstillstand, und ein amerikanisches Blatt hat sogar schon den Beitraum für die

Dauer eines solchen Waffenstillstandes — eine 15jährige Frist — genannt. Man spricht davon, daß Frankreich eine leste Übergangszahlung auf die Reparationen verlangen will. Es wird deshalb viel darauf ankommen, ob in das Programm einer Kommission der Gedanke der völligen Schuldenentlastung Aufnahme findet.

*

Reichskanzler von Papen hielt Sonnabend abend von Lausanne aus eine Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Der Kanzler sagte, er habe den anderen Staatsmännern ein klares und plastisches Bild der Lage Deutschlands gezeichnet. Die in Lausanne versammelten Führer des Auslands müßten aber verstehen, daß das deutsche Volk nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Krise durchmache. Es handele sich nicht um das Drängen eines zahlungsunwilligen Schuldners, wenn Deutschland Tatsachen darlege, die einfache Tatsachen und nicht mehr bloße Argumente seien. Die Heimat aber müsse zu der Reichsregierung das feste Vertrauen haben, daß sie nichts nur nicht preisgeben werde, was den nationalen Notwendigkeiten entspreche, sondern daß sie darüber hinaus sich für eine positive Lösung des europäischen Problems einsetzen werde.

Lausanne, 20. Juni. Der französische Ministerpräsident Herriot ist heute morgen aus Paris wieder eingetroffen. Auf Grund des Ergebnisses seiner gestrigen Kabinettssitzungen hat er sich sofort zu einer längeren Unterredung mit Macdonald begeben, die um 10 Uhr beginnt und zur Stunde noch andauert. Es wird angenommen, daß im Laufe des Tages zwischen dem Reichskanzler und dem britischen Premierminister eine Besprechung stattfinden wird.



In Lausanne wird getonst.

Unser Bild zeigt die deutsche, die französische und die englische Delegation friedlich beieinander. Reichskanzler von Papen (2), Herriot (1), Macdonald (3).

Abrüstungs-Konferenz.

Bevorstehende Fünfmächte-Konferenz über die Abrüstungsfrage?

Die Besprechungen fanden in Genf zwischen den englischen und amerikanischen Delegationen statt und wurden unter Hinzuziehung der französischen Delegationen fortgesetzt. Sie wurden ausdrücklich als vertraulich bezeichnet.

Gerüchtweise verlautet, daß bei den Besprechungen ein englischer Plan eine Rolle spielt, wonach auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung eine Abrüstungspause für gewisse schwere Angriffswaffen vereinbart werden soll, die im Versailler Vertrag näher bezeichnet seien.

Über die Zusammenkunft der englischen, amerikanischen und französischen Delegationen verlautet in Konferenzkreisen, daß die drei Delegationen sich enttäuschen hätten, zunächst einmal unter sich zu einer Einigung über gewisse konkrete Fragen zu kommen, bevor die Delegationen Italiens, Rußlands und Deutschlands zu den Besprechungen hinzugezogen würden. Von französischer Seite hört man die Aussicht, daß man sich unter Umständen auch mit Teillösungen begnügen müsse.

Der Genfer Sonderberichterstatter des "Matin" glaubt vorauszusehen, daß die Besprechung, die der französische Kriegsminister Paul Boncour gestern abend mit dem britischen Delegationschef in Genf haben sollte, der Anfang zu einer Art von Fünfmächte-Konferenz sein werde. Es dürfte sich dabei wohl um die Konferenz handeln, die bereits vor den französischen Kammerwahlen stattfinden sollte, als Reichskanzler Dr. Brüning in Genf anwesend war, und die dadurch verhindert wurde, daß der damalige französische Ministerpräsident Tardieu wegen einer Halsentzündung nicht nach Genf reisen konnte.

Niedergeschlagenheit bei amerikanischen Kriegsveteranen.

Der Kongress setzt seine Arbeiten fort.

Washington, 18. Juni. In dem von Regen durchweichten Lager der Kriegsveteranen herrscht starke Niedergeschlagenheit über die gestrige Abstimmung des Bundes senats, der mit entscheidender gemaliger Mehrheit den Inflationssplan, nämlich die Ausgabe von 2½ Milliarden Dollar für die Bonuszahlungen ablehnte, und dadurch Präsident Hoover vor der heftigen Aufgabe bewahrte, durch sein Veto das Gesetz zu Fall zu bringen. Gestern abend versuchten die Veteranen einen erneuten Marsch nach dem Kapitol. Sie wurden jedoch von der Polizei aufgehalten, die alle drei vom Lager nach der Innenstadt führenden Brücken abgeriegelt hatte und mit Schüppeln und Tränengas stundenlang in Bereitschaft stand, bis die Veteranen endlich den Versuch als hoffnungslos aufgaben. Das Wetter ist nach wie vor kühler, so daß man mit einem baldigen Abzug größerer Gruppen rechnet. Dieses dürfte umso eher der Fall sein, als der Bonusplan wenigstens für diese Tagung endgültig erledigt ist.

Inzwischen hat der Kongress mit großem Eifer seine programmierte Arbeit wieder aufgenommen, die er bis zum nächsten Sonnabend zu erledigen hofft. Die Streitpunkte, die noch geregelt werden müssen, sind der gehaltlose Zwangsurlaub für Bundesbeamte an Stelle eines 10prozentigen Gehaltsabzuges, weiter der Rothilfeplan Wagners, der öffentliche Bauarbeiten in Höhe von 500 Millionen Dollar vor sieht, um das Geschäftslife im ganzen Lande zu beleben.

Genfer Rundgebung der Oslo-Mächte.

Lausanne, 18. Juni. Die Verhandlungen der Oslo-Mächte, über die im Laufe des heutigen Abends von Genf aus ein Communiqué veröfentlicht wurde, haben dem Vernehmen nach zunächst eine allgemeine Rundgebung an die in Lausanne beteiligten Regierungen ergeben, in der im Sinne der wiederholten Erwähnungen der Weltwirtschaftskonferenz und der nachfolgenden wirtschaftspolitischen Konferenzen eine ernste Erwähnung zur Entlastung der Wirtschaft auf handelspolitischem Gebiete usw. ausgesprochen wird. Darüber hinaus aber scheint aus diesen Verhandlungen ein besonderes Abkommen zwischen Belgien und Luxemburg einerseits und Holland andererseits hervorzugehen, das auf einen jährlichen 10prozentigen Abbau der wechselseitigen Zölle im Verkehr zwischen den genannten Mächten hinausläuft. Die drei anderen Oslo-Mächte sollen vorläufig nicht an dieser Vereinbarung beteiligt sein, und zwar namentlich wegen ihrer überwiegenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und England, sich aber grundsätzlich gegebenenfalls geneigt zeigen, auf derartige Abkommen einzugehen, wenn die Zustimmung der beiden erwähnten Mächte zu erlangen ist.

Österreichische Devisensperre für Auslandschulden?

Wien, 18. Juni. Lt. "Reichspost" erklärte Nationalbankpräsident Kienböck in Lausanne den Mitgliedern des Hilfskomitees für Österreich, daß die Bundesregierung gewünscht sei, am kommenden Donnerstag die bereits ausgearbeitete Verordnung über die Devisensperre für Auslandschulden in Kraft zu setzen, falls bis dahin die Anleiheverhandlungen kein für Österreich günstiges konkretes Ergebnis gezeigt hätten.

Rumänien erbittet Völkerbundshilfe.

Bukarest, 18. Juni. Der rumänische Gesandte beim Völkerbund erhielt heute nacht telegraphisch Anweisung, beim Völkerbundessekretariat den erwarteten Schritt zur Hilfe des Völkerbundes für die Reorganisierung der rumänischen Finanzen zu unternehmen. Die rumänische Regierung hat im Rahmen dieses Schrittes vorerst noch nicht um eine Anleihe gebeten, sondern nur um ein Gutachten des Völkerbundes über die Möglichkeit einer Sanierung sowie um die technische Hilfe des Völkerbundes.

Kommunistische Organisation in Bukarest aufgedeckt.

Budapest, 20. Juni. Wie die Budapester Korrespondenz aus Bukarest erfährt, wurde in der rumänischen Hauptstadt eine große kommunistische Organisation aufgedeckt. Der Leiter soll ein deutscher Staatsbürger namens Gustav Arnold sein, der von der Berliner kommunistischen Zentrale nach Rumänien entlassen ist. In seiner Wohnung fand man Geld und Schmuck im Werte von 18 000 RM.

Englische Fahne von Dublins Hotel entfernt.

Dublin, 18. Juni. (Reuter.) Mehrere Männer, die sich als Vertreter der republikanischen Armee Irlands bezeichneten, sprachen in einem der größten Hotels Dublins vor und verlangten die Entfernung der englischen Fahne, die zusammen mit den Fahnen Italiens, Frankreichs, Belgiens und der Vereinigten Staaten anlässlich des am Montag beginnenden Eucharistischen Kongresses dort gehisst worden war. Die Hotelverwaltung hielt es für angebracht, der Aufforderung zu entsprechen.

Die Gegenrevolution in Chile siegreich.

Santiago de Chile, 19. Juni. Die Gegenrevolution ist durch Davila siegreich durchgeführt worden. Er hat bereits eine neue Regierungsumbildung gebildet. Die Republik Chile soll auf der Grundlage des Sozialismus aufgebaut werden. Zur Zeit scheint es allerdings so, als ob das Land für längere Zeit strengster Diktatur unterworfen bleiben werde, obwohl von Seiten der Regierung auch die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung in Aussicht gestellt worden ist. Neben zahlreichen Verhaftungen Einheimischer sind auch 8 Russen gefangen worden, die sich an der Aufstandsbewegung der Kommunisten beteiligten. Das Land ist militärisch besetzt, das Standrecht verhängt.

Werbefeldzug für Kriegsschulden-Revision.

New York, 20. Juni. Vom Präsidenten der Völkerbundsgesellschaft wird ein Werbefeldzug für die Revision der Kriegsschulden angekündigt.

Ein Wort für die deutsch-polnische Verständigung.

Auf der anlässlich des 100. Todestages Goethes von der Universität Wilna veranstalteten Gedächtnisfeier schloß Professor Biedziewski seine Gedächtnisansprache mit folgenden Worten:

"Wenn Goethe als Ausdruck des deutschen Geistes zu gelten hat, da er aus dem deutschen Volk hervorgegangen ist, dann muß dieses Volk große menschliche Werte besitzen. Eine Verständigung mit diesem Volke ist nicht allein möglich, sondern sogar notwendig."

Hierzu bemerkt die "Wolzige Freie Presse", es sei diese Kundgebung für eine deutsch-polnische Verständigung gerade in Wilna kein Zufall, da sich im alten Russland Polen und Deutsche in einer gemeinsamen Abwehrstellung gegenüber der Russifizierungspolitik befunden hätten. Dieser Umstand über hinaus noch seine Wirkung aus. Die Anerkennung des Professors Biedziewski sei umso bemerkenswerter, als sie gerade in einer Zeit getan wurde, in der die Spannungen zwischen Polen und Deutschland besonders stark seien.

Eine Entschließung der polnischen Sozialisten.

Warschau, 18. Juni. Wie der "Robotnik" meldet, hat der Völkerbundsausschuss der Polnischen Sozialistischen Partei, der sich in einer Sitzung mit der außenpolitischen Lage in der Welt beschäftigt hatte, eine Entschließung gefaßt, in der er erklärt, daß die polnische Arbeiterklasse sich gemeinsam mit dem Proletariat der anderen Länder verbündet allen Versuchen einer bewaffneten Intervention in der Sowjetunion entgegenstellen werde.

Antwort an Treviranus."

Eine mißlungene Aktion.

Die vor zwei Jahren begonnene Geldsammlung für ein Unterseeboot, das den Namen "Antwort an Treviranus" tragen sollte, wird jetzt, wie aus Warschau gemeldet wird, abgeschlossen. Schon seit einem Jahre gingen nahezu gar keine Beiträge mehr in die Sammlung ein, die nur einen Bruchteil dessen erbracht hat, was zur Anschaffung eines Unterseebootes notwendig wäre. Wie man sieht, ist diese scharfunistische Agitation in Polen mißglückt.

Verlegung der Eisenbahndirektion Danzig nach Thorn.

Warschau, 17. Juni. Von unterrichteter Seite verlautet, daß die Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion Danzigs nach der pommerschen Provinzhauptstadt Thorn bereits beschlossen sei. Zur Begründung wird angeführt, daß die Direktionsbeamten in Danzig Auslandsgehälter bekommen müßten, während sie in Thorn niedriger eingestuft werden könnten.

Beider aus Litauen entkommen?

Königsberg, 18. Juni. Aus dem nahe der litauischen Grenze gelegenen deutschen Dorf Pilkoppen (Kr. Tilsit) kommt die unbestätigte Nachricht, daß Becker seiner polizeilichen Bedeutung in Litauen entflohen sei. Während seine Frau mit dem Gepäck im Wagen die Bahnstation passierte, soll Beckers unbemerkt über die Hafberge entkommen und in Pilkoppen angelangt sein. Seinem Rechtsanwalt in Königsberg soll Beckers telegraphisch mitgeteilt haben, daß er sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Berlin begeben werde.

Wiederaufladern der Lappo-Aktion?

Helsingfors, 18. Juni. In der vergangenen Nacht hat die Regierung 150 Mann Militär und 60 Polizisten nach Mänttälä in Marsch gesetzt, um einige Lappo-Leute zu verhaften, die sich geweigert hatten, zur Vernehmung über ihre in einem Hause eines Sozialisten begangenen Gewalttätigkeiten zu erscheinen. Als die Truppen und die Polizisten erschienen, ergriffen die Lappo-Leute die Flucht. Bis jetzt wurden fünf Führer der Bewegung verhaftet. Die Truppen haben einen Patronendienst eingerichtet. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Die Gerüchte über eine Telephonenspur entsprechen nicht der Wahrheit.

Hunger in der Ukraine.

Nach Warschauer Blätterberichten laufen aus fast allen Gebieten der Ukraine aufregende Meldungen über Hungersnot ein, am lästigsten sei es um die Einwohnerschaft des rechten Dnepr-Ufers bestellt. In einigen Städten würden dort täglich Todesfälle aus Hunger registriert. Die Miliz sammle die auf den Straßen zusammenbrechenden verhungerten Bürger auf. Auch die Fabrikarbeiter seien sehr schlecht mit Lebensmitteln versorgt.

Witterungs-Beobachtungen

vom 19. und 20. Juni.

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luft- feuchtig- keit in %	Wind- richtung u. Wind- stärke 0-12	Be- wöl- kung 0-10	Niede- rhol- dage in mm
9 Uhr abends	744.4	+14.2	78	N 1	5	—
7 Uhr früh	744.4	+13.5	78	NW 2	8	—
1 Uhr nachm.	744.8	+19.1	45	S 2	9	—

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: +11.6.

Nachdem sich unsere Wetterlage vorübergehend beruhigt hat, dringen jetzt Störungen von Südwesten vor.

Wie wird das Wetter am Dienstag sein?

Wolzig, zeitweise Regen, zum Teil unter Gewitterbildung. Temperatur wenig verändert.

1. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 142.

Montag, den 20. Juni 1932.

Landesverbandstag der selbständigen Buchbinder Schlesiens in Grünberg.

In diesen Tagen fand in unserer Stadt der Landesverbandstag der selbständigen Buchbinder Schlesiens statt.

Begrüßungsabend in der „Ressource“.

Am Sonnabend 8 Uhr begann im Saale der „Ressource“ der Begrüßungsabend, zu dem sich die Mitglieder des Landesverbandes mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden hatten. An ihm nahm auch Oberbürgermeister Dr. Busse und Berufsschuldirektor Bienwald teil.

Nach einigen einleitenden Konzertstücken sprach Herr Krause (Neusalz) einen Prolog. Der Vorsitzende der Glogauer Zwangsimmung, Obermeister Krause (Neusalz), richtete an die Erstienenen herzliche Worte der Begrüßung. Ein Doppelquartett des Gesangvereins „Liederfranz“ brachte anker dem „Grüß Gott mit hellem Klang!“ im ersten Teil des Programms noch die drei Chöre zum Vorbrag: „Wem bringt' ich wohl das erste Glas“, „Es zog die Freude wohlgemut“, und „Im Kring zum grünen Kraut“. Den Sängern wurde lebhafter Beifall zuteil. Ganz besonders gut gefiel eine Reihe von Volkstänzen, die vom Volkstanzkreis Grünberg ausgeführt wurden. Es seien davon nur genannt das Tanzspiel „Bettler Michel“ und der „Tuchlant“. Im zweiten Teil des Programms wurden Gedichte in schlesischer Mundart vorgetragen. Dann vollzog der Obermeister Krause (Neusalz) die Tischbannerweihe der Glogauer Innung (umfassend die Kreise Freystadt, Glogau, Grünberg, Sagan und Sprottau). Herr Krause wies darauf hin, daß auch vom Handwerk gelte: Nur im Zusammenhang liegt unsere Stärke. Der Vertreter des Landesverbandes und der Obermeister der Breslauer Innung überreichten je ein Fahnenband. Der Weihe folgte ein gemeinsam gefungenes Festl (verfaßt von Buchbindermeister Miede, i. Fa. W. Lewinsohn); in ihm wurden die Grünberger Buchbindermeister in humorvollen Zeilen „in das rechte Licht gerückt“. Die Doppelquartette: „Blauer Montag“, „In der Lüneburger Heide“, „Ein Schißlein sah ich fahren“ brachten eine weitere Bereicherung des Programms, das von den Herren Wiederlich und Miede auf bester vorbereitet worden war und glatt zur Abwicklung gelangte. Erst um die mitternächtliche Stunde begann der Tanz.

Der in schönster Harmonie verlaufene Abend überzeugte die Gäste bereits davon, daß Gemütllichkeit und Frohsinn in unserer Nebenstadt zuhause sind. Nach Beendigung des offiziellen Teiles unternahm wohl mancher fremde Meister noch „einen Streifzug durch das Grünberger Weinfest, um lokale Kenntnisse zu sammeln“. Hoffentlich ist er allen gut bekommen.

Die Hauptversammlung

— fand am Sonntag im großen Saale des Schützenhauses unter Leitung des Verbandsvorsitzenden, Buchbindermeister Gebauer (Breslau), statt, der die Erstienenen begrüßte.

Oberbürgermeister Dr. Busse hieß die Tagungsteilnehmer namens der Stadtverwaltung und der Einwohnerchaft in Grünberg herzlich willkommen. Er gedachte der Berufswertigkeiten im Handwerk und insbesondere im Buchbindergewerbe, durch das sich Hand- und Geistesleiter die Hand reichten, das berufen sei, Arbeiten der Wissenschaft in geschickvollen Einband breiten Massen der Bevölkerung zugänglich zu machen und in jedes Haus zu bringen. Mit bestem Wunsch für einen guten Verlauf der Tagung schloß das Stadtoberhaupt seine Ansprache. Handwerkskammermitglied Stadtrat a. D. Stricker sprach im Namen der schlesischen Handwerkskammern und Obermeister Leopold (Breslau) für den Bundesvorstand. Herr Leopold hob hervor, daß ohne Überhebung festgestellt werden könnte, daß das schlesische Buchbindergewerbe im Reiche mit seinen Maßnahmen richtunggebend gewesen sei, insbesondere was Meister- und Gesellenprüfungen anbelange. Er wünschte dem Landesverband, er möge für den Bund vorbildlich bleiben und gedachte anderseits der katastrophalen Lage, in der sich gegenwärtig das deutsche Buchbindergewerbe befindet, die schlaglichtartig dadurch beleuchtet wird, daß seit einem Jahre in diesem Gewerbe etwa 600 Konturen zu verzehnen waren.

Zum Gedächtnis der im abgelaufenen Geschäftsjahre verstorbenen Verbandsmitglieder erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen, während der Versammlungsleiter ehrende Worte sprach.

Es wurde sodann in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Vorsitzender Gebauer gab einen kurzen Geschäftsbericht, der Aufschluß über alle Vorgänge seit der Liegner Tagung 1931 gab und der die Unterstützung des Landesverbandes durch die Handwerkskammer in Liegnitz durch Prämienstiftung für Lehrlingsarbeiten anerkennend erwähnte.

Den Kostenbericht erstattete Schatzmeister Schröder (Breslau). Weiter sprach er über die Verbands- und Sterbefälle. Obermeister Krause (Neusalz) gab den der Revisionsbericht, worauf Enthaltung des Vorstands erfolgte.

Es folgten die Einzelberichte der Obermeister der Innungsbezirke Breslau, Görlitz, Glogau, Liegnitz, Hirschberg, Waldenburg, Schweidnitz, Neisse und Kandrzin. In allen Berichten kam zum Ausdruck, daß das Gewerbe zum Erfolgen kommen müsse, wenn nicht bald eine entschiedene Änderung der Wirtschaftslage eintrete. Als Konkurrenz wurden Schwarzwälder und Arbeit der Regiebetriebe (Gefängnisse und andere öffentliche Einrichtungen) bezeichnet, gegen die sich der Verbandstag energisch wandte. Ebenso wurde über die Konkurrenz der Tschechoslowakei geplagt.

Es folgten dann zwei Referate: Obermeister Bräuer (Gleiwitz) sprach unter dem Thema „Was muß der Handwerker vom Arbeitsgericht wissen?“ über seine reichen Erfahrungen als Arbeitsrichter. Fachlehrer, Buchbindermeister Wagner (Breslau) machte ergänzende Ansführungen zur Ausstellung der Schlesischen Meisterurteile und sprach über „Wege zur Arbeitsbeschaffung“. An die Vorträge schlossen sich lebhafte Ausprachen.

Die vorliegenden Anträge fanden einmütige Erledigung.

Zum Delegierten für den diesjährigen Bundestag in Hannover wurde einstimmig Buchbindermeister Gebauer (Breslau) gewählt.

An den Vorstand wurden gewählt bzw. wiedergewählt die Herren Feuer (Waldenburg), Bräuer (Gleiwitz) und Tiebig (Breslau).

Besondere Ehrung

wurde dem aus dem Vorstand scheidenden 70jährigen Buchbindermeister Alois Wuttke (Breslau) zuteil. Infolge seines Alters legte der noch recht rüstige Handwerksmeister, der Mitbegründer des Landesverbandes ist, sein Amt nieder. Mit ehrenden Worten überreichte ihm der Vorsitzende eine künstlerische Urkunde, ein Meisterstück des Fachlehrers Wagner, die ihm seine Ehrenmitgliedschaft im Landesverband bestätigt. Ferner wurden dem Jubilar die Goldene Bundesnadel und die Silberne Ehrennadel des Landesverbandes überreicht. In verschiedenen Ansprachen wurde er unter lebhaftem Beifall der Versammlung gefeiert und ein dreifaches „Pappe — Deckel“ wurde auf ihn ausgetragen.

Der nächste Verbandstag findet 1933 im Innungsbezirk Breslau statt, die Ortsfestsetzung bleibt der Innung Breslau vorbehalten. 1934 wird der Verbandstag voraussichtlich in Oberschlesien und 1935 in Waldenburg abgehalten.

Es fand dann noch die Bekanntgabe der Preisträger bei der Ausstellung der Lehrlingsarbeiten statt. Aus dem Bezirk des Innungsbezirks Glogau (Grünberg) fand ein Lehrling des Obermeisters Krause (Neusalz) Berücksichtigung.

Mit Schlusworten des Verbandsvorsitzenden und des Obermeisters der Innung Glogau, Buchbindermeisters Krause (Neusalz) ging die Hauptversammlung zu Ende.

Anlässlich des Verbandstages fanden im Schützenhaus Ausstellungen von Lehrlings-, Gesellen- und Meisterarbeiten statt, die beim Publikum lebhaftes Interesse fanden. Die Arbeiten waren z. T. Kunstwerke, sowohl in Ausstattung und Geschmacksrichtung und gaben Einblick in neuzeitliche Arbeitsweisen. U. a. waren zu sehen: Einrahmearbeiten, Kästen, Alben, Mappen verschiedener Art, Aufziehbarkeiten, Geschäftsbücher, Halbschrankbände, Pergamente, Ganzleder- und Halbleinenbände, die Hand- und Prezergoldbindungen zeigten. Dabei kamen die Verwendung edler Webstoffe und Papiere als Einbandmaterial zur Geltung. Besonders erregten lebhaftes Interesse die Überzüge aus selbstgefestigten farbigen Papieren (Meister-, Schablonen- und Tintverfahren). Ebenso waren mittelalterliche Drucke, die alte Lade der Kürschner- und Buchbinder-Innung zu Grünberg und Innungsgeräte der Ausstellung beigelegt.

Anschließend an die Hauptversammlung vereinigten sich die Tagungsteilnehmer im Schützenhaus zur gemeinsamen Mittagstafel. Vormittags und Nachmittags fanden Spaziergänge statt und auf Heiders Berg wurde eine Kaffeeplatte abgehalten.

Abends sahen die schlesischen Buchbinder mit ihren Angehörigen und Grünberger Freunden beim Weinfest auf dem Ring in langer Reihe, wobei manche Erinnerung ausgetauscht wurde.

Herrn vormittag besuchten die Tagungsteilnehmer die Grünberger Weinbrennerei.

SPD-Kandidaten für den Wahlkreis 8.

Liegnitz, 19. Juni. Für den Wahlkreis 8 wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion folgende Kandidatenliste zur Reichstagswahl aufgestellt:

1. Paul Löbe, Berlin (der auf Wunsch der Parteimitglieder in allen drei schlesischen Wahlkreisen kandidieren wird);
2. Otto Buchwitz, Görlitz;
3. Richard Meier, Berlin;
4. Anna Nemitz, Berlin;
5. Alfred Haude, Görlitz;
6. Karl Wissmann, Weißwasser (Oberlausitz);
7. Willi Brichta, Hirschberg;
8. Reinhold Fischer, Liegnitz;
9. Alfred Wolf, Görlitz;
10. Oskar Monsig, Sohra;
11. Otto Vogt, Böhmenfiersdorf;
12. Adelheid Schulz, Berlin;
13. Gustav Schulz, Görlitz.

Protest gegen die Preußische Notverordnung.

Schlesiens Handel warnt vor Herabminderung der Kaufkraft.

Vom Reichsschutzverband für Handel, Handwerk und Gewerbe, Landesverband Schlesien, wird durch den Pr. S. B. geschrieben:

Die preußische Rumpfregierung hat dieser Tage eine Notverordnung herausgebracht, die jeden Wirtschaftler stutzig machen muß. Man muß fragen: Wird nicht endlich die Einsicht durchdringen, daß man durch derartige Eingriffe niemals den Staatshaushalt ausgleichen kann? Wiederum sollen den Beamten Gehaltsabjäge gemacht werden. Das bedeutet also wiederum eine Herabminderung der Kaufkraft eines Teiles der Bevölkerung und damit eine Verminderung der Wirtschaft und eine Verminderung der Steuerkraft. Zugleich soll noch eine Schlachtfeste eingeführt werden, wodurch eine erhebliche Vertierung des Fleisches herbeigeführt wird und eine Verminderung der Steuerkraft der Landwirtschaft und des Fleischergewerbes eintritt. Dazu kommt das Verlangen an die Stadtverwaltungen, den Auftrieb an den Viehmärkten direkt von Landwirten zu unterbinden und nur noch größere Transporte anzulassen. Auch dieses Verbrechen ist eine direkte Benachteiligung der kleinen in der Nähe der Städte gelegenen Landwirtschaft und eine Vertierung des Fleisches für die Bevölkerung.

Alles dies sieht der Reichsschutzverband für Handel, Handwerk und Gewerbe in der gegenwärtigen Notzeit als die ungeeigneten Maßnahmen an. Dies wird nicht in der Lage sein, die Not zu lindern und eine Gefübung der Wirtschaft herbeizuführen.

Die Arbeitslosigkeit steigt, die Nahrungsmittel werden verteuert, die Kaufkraft der Beamtenschaft, besonders der kleinen und mittleren, wird weiter herabgedrückt und damit glaubt man den Staatshaushalt ausgleichen zu können.

Wir erheben energischen Protest gegen diese Notverordnung und warnen die Stadtverwaltungen und Gemeinden vor der Durchführung dieser Maßnahmen. Die Geduld des Volkes und der Wirtschaft ist zu Ende. Es muß Schluss gemacht werden mit den verfehlten Steuer- und Wirtschaftspolitik. Schafft Arbeit und Verdienst, aber verteuert nicht mehr die Lebensmittel und drückt weiter die Lebenshaltung herab. Das Volk kann und will nicht mehr.

Das Grünberger Weinfest.

Ein verregneter Anfang. — Ende gut, alles gut!

Die Veranstalter hatten sich diesmal besonders viel Mühe gegeben, mit Birkengrün, Topfpflanzen und Blumenkästen etwas auf dem Ring hervorzuzaubern, was einen Garten vortäuschen konnte. Leider mußten die recht umfangreichen Vorbereitungen mit etwas gemischten Gefühlen getroffen werden; denn am

Sonnabend

regnete es andauernd bis gegen Abend, und der dick mit Wolken behangene Himmel sah so aus, als sollte es 14 Tage lang ohne Unterbrechung gießen. Darunter litt natürlich der Aufstrom von außerhalb. Da dem verregneten Tage aber ein verhältnismäßig trockener Abend folgte, konnten die Veranstaltungen programmgemäß durchgeführt werden. Unter der Ungnade des Wetters litt wohl der Besuch, keineswegs aber die Stimmung.

Der Sonntag

brachte echtes Weinfest-Wetter und reichlichen Zustrom an Gästen von auswärts. Sämtliche Verkehrsmittel hatten zu tun, die Besucher heranzubringen. Die Auto-Parkplätze

waren bis zum letzten Platz besetzt. Auf dem Ring konnte zeitweilig der berühmte Apfel nicht zur Erde. Die vielen Sitzgelegenheiten reichten mitunter kaum aus.

Alle Gaststätten wiesen einen reichlichen Besuch auf, besonders auch der Bürgerweinstand. Hier sei besonders der Bürgerweinstand von Weller erwähnt, weil dort mit Erfolg versucht worden war, eine originelle Bürgerwein-Schank-Ecke im Garten herzurichten.

Am Abend herrschte auf dem Ring bei Wein, Bier und Tanz eine so ausgelassene Stimmung, wie sie nur bei einem Grünberger Weinfest herrschen kann. Und so hat dieses Grünberger Weinfest, das etwas trübe begann, doch noch zu einem vollen Erfolg geführt, und die vielen auswärtigen Gäste sind reichlich auf ihre Kosten gekommen.

Die Stadt bot das bei Weinfesten übliche Bild. Vom Rathaussturme grüßte der Weidenkranz. Abends war der Turm in eine Flut von Licht getaucht. Die Kraftwagen der Reichspost waren mit buntem Weinlaub geschmückt, ebenso auch viele Schauspieler und Gaststätten. —

Locale Nachrichten.

Grünberg, 20. Juni 1932.

* Deutsche Wollwaren-Manufaktur. Wie aus dem Bericht des Vorstandes zu ersehen ist, wurde das abgelaufene Geschäftsjahr 1931 durch die sich verschärfende Krise, die währungs- und zollpolitischen Maßnahmen fast allen in Betracht kommenden Ländern und die stetig abgängigen Rohstoffpreise ungünstig beeinflußt. Nach unbefriedigender Beschäftigung in den ersten Monaten machte sich im zweiten Quartal eine saisonmäßige Geschäftsbeteiligung geltend, die auch durch die wirtschaftlichen Erschütterungen im Monat Juli nicht wesent-

lich beeinträchtigt wurde. Mitten im Hochbetrieb setzte dann die völlig überraschende Pfundentwertung mit allen Folgeerscheinungen ein, die sich auf unser damals zu einem erheblichen Teile auf Export eingestelltes Geschäft besonders schädigend auswirkte. Durch die Absperrung des Auslands erfuhr weiterhin der Konkurrenztauf auf dem Inlandsmarkt eine erhebliche Verschärfung. Die Ausnützung der Anlagen wurde nach allem in den letzten Jahresmonaten eine ganz unzureichende, und es erlitt dadurch der bis dahin noch zufriedenstellende Betriebsüberschuss eine erhebliche Verminderung. Reichte er noch aus für die infolge anhaltender Preisrückgänge am Rohstoffmarkt notwendig gewordene Minderbewertung der Lagerbestände, so traten die Gesellschaft darüber hinaus empfindliche Devisenverluste auf

Jeder Kaffee gewinnt an Wohlgeschmack, Fülle und Farbe
durch die gute Kaffewürze **Mühlen Franck**

umfangreiche Außenstände in englischen Pfunden und davon abhängige Währungen. Die Höhe der Devisenverluste entspricht ziemlich genau dem ausgewiesenen Bilanzverlust. Den normalen Abschreibungen von 220 281,27 RM. stehen 25 864,50 RM. Zugänge auf Maschinen-Konto gegenüber. Die Abgänge auf Grundstücks-Konto und auf Gebäude-Konto sind durch Verkauf einiger kleiner Wohngrundstücke entstanden. Die DWM besitzt 88 Prozent aller Aktie der Cons. Grünberger Gruben, welche mit Hilfe ihrer neuerdings ausgebauten Brükkfabrik, die den Absatzverlust an Rohföhre voll ausgleicht, ein befriedigendes Resultat erzielt. Die Forderung an die Gesellschaft in Höhe von 93 069 RM. dürfte zum erheblichen Teil im neuen Geschäftsjahr zurückfließen. Von dem Bauverein der DWM, G. m. b. H. befindet sich das gesamte Gesellschaftskapital von 100 000 RM. in Hand der DWM. Die am 1. Januar 1931 noch bestehende Aufwertungsforderung von 254 462,96 RM. konnte im Laufe des Berichtsjahrs auf 199 221,28 RM. zurückgeführt werden. Der Bauverein verfügt aus Grundstücksverkäufen noch über 108 964,71 RM. Tilgungshypothesen. Am Ende des Berichtsjahrs besaß er außer einer modern ausgebauten und im Betrieb befindlichen Ziegelei noch 47 Wohnhausgrundstücke, von denen im neuen Jahr wiederum einige Häuser verkauft werden konnten. Die DWM. besitzt ferner die Anteile einer ausländischen Verkaufsgesellschaft in Höhe von 10 815 RM. In Bürgschaften bestehen 100 000 RM. für die in Liquidation befindliche Firma Carl Eichmann, Büllichau. Es sind dagegen in der Bilanz 50 000 RM. aufgeführt. Da noch eine Anzahl Pfänder zu verwerten sind, dürfte eine Inanspruchnahme über diesen Betrag hinaus nicht erfolgen. Weitere Aktien von insgesamt 40 000 RM. resultieren aus Zugehörigkeit zu Fachverbänden. Im Rahmen des 1921 abgeschlossenen langfristigen Kreditvertrages mit der Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen wurde ein Kredit von 519 758,87 RM. in Anspruch genommen. Es sind dafür bestehenden Vorschriften gemäß Sicherheiten übergeben. Weitere Sicherstellungen bestehen für den ausgewichenen Stillhaltekredit. Am 31. Dezember 1931 waren an Wechseln 614 896,59 RM. im Umlauf, welche inzwischen fast völlig eingelöst sind. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1931 haben 80 116 RM. betragen. Die Gesellschaft ist Mitglied des Damentuch-Verbandes und der Deutschen Tuchföderation, beides lediglich Konditionsverbände. Es ist beantragt, den ausgewiesenen Verlust von 331 541,25 RM. auf neue Rechnung vorzutragen. Das neue Geschäftsjahr steht unter der Wirkung anhaltender Wirtschaftsschrumpfung im Inlande und fordert der Abhängigkeits-Tendenzen des Auslandes. Die Abnehmer halten mit ihren Dispositionen zurück, sie können sich, um ihr Risiko zu beschränken, nur zu kleinen Aufträgen mit kurzfristigen Lieferzeiten entschließen. Die DWM. ist demgegenüber bemüht, durch Erweiterung der bisherigen Absatzmöglichkeiten den Verlust ausreichende Beschäftigung zu verschaffen. Irrgängliche Voraussage für das laufende Geschäftsjahr lässt sich indes unter den gegebenen Verhältnissen nicht ziehen. — Der Aufsichtsrat hat die vorliegende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung geprüft und in allen Teilen richtig befunden. Mit dem vom Vorstand erstatteten Bericht über das Geschäftsjahr 1931 erklärt er sich einverstanden. Die Generalversammlung findet am 8. Juli in Grünberg statt.

* **Sehenswürdigkeit.** In einem der Schaufenster des Handarbeitsgeschäfts Grapp u. Höhn kann man in diesen Tagen eine aus Peru stammende Sammlung von Opfergaben bewundern. Sie sind in den Felsengräber, die aus der Zeit der hoch in Kultur stehenden Inka stammen, gefunden worden. Man kann ihr Alter auf 800—1000 Jahre schätzen. Für Sammler von Altertümlichkeiten sind sie von hohem Wert, da die Ausfuhr bei hoher Strafe jetzt verboten ist.

* Eine Federzeichnung vom Weinfest. Gerhard Reisch hat zur Zeit im Schanzen der Papierhandlung von Karlsruhe eine während des Grünberger Weinfestes entstandene Federzeichnung ausgestellt, welche die Feststellung bei Abendbeleuchtung wiedergibt.

* Der Segelflug in Grünberg. Der „Sturm Vogel“ Flugverband der Werkstätten e. V. Ortsgruppe Grünberg, veranstaltete am Sonntag eine Ausstellung von Segelflugzeugen auf dem Fessorenplatz. Es wurde wieder das Segelflugzeug „Stadt Glogau“, der Ortsgruppe Glogau gehörend, und das selbstgebaute Segelflugzeug der Ortsgruppe Grünberg im Rohbau gezeigt. Dabei kam die feine Bauart und auch die mühsame Arbeit der Grünberger Sturm Vogel-Mitglieder zur Geltung. Die Ausstellung fand bei Einheimischen und Fremden reges Interesse. M. B.

* Volksmission. Die Arbeit der Volksmission auf dem Fessorenplatz hat gestern begonnen. Am Vormittag fanden sich an einer größeren Anzahl Erwachsener weit über 100 Kinder ein, denen die Volksmissionare Geschichten erzählten und ein Kinderlied lehrten. Am Nachmittag wurde eine sog. Zeugnisversammlung abgehalten, bei der Männer und Frauen aus dem Volke kurze Zeugnisse ablegten, wie Gott sich ihnen geöffnet hat. Abends hielt dann Herr Sontheimer seinen Vortrag: „Ist es vernünftig, an Gott zu glauben?“ Er führte aus, daß man aus Natur, Gewissen, Weltgeicht, Bibel, der Person Jesu Christi, dem Volke der Juden und dem Gottesbewußtsein aller Völker durch vernunftgemäßes Denken zu Schlüssen kommen müßt, die uns zum Gottesglauben hinführen. An den beiden Versammlungen nahmen einige hundert Personen teil. H.-n.

* Nationalsozialistische Versammlung. Am Sonnabend sprach der Gauaufsichtsrat für Arbeitsdienstpflicht, Major i. R. von Böckmann (Breslau), über das Thema: „Nicht Kapital schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital“ in einer von der NSDAP einberufenen Versammlung, die vom Ortsgruppenführer Dr. Brucks geleitet wurde und die gut besucht war. Der Redner behauptete, die Parole des Liberalismus sei: „Nur nicht dienen, sondern bloß verdienen“ und trat für den Dienst am Volke ein. Von den geplanten Erwerbslosen-Siedlungen sei nichts Gutes zu erwarten. Verdienster seien dabei nur die Siedlungsgeellschaften, was er an Beispielen beweisen zu können glaubte. Wenn die NSDAP „ans Ruder kommen würde“, so würde sogleich die Arbeitsdienstpflicht eingeführt, damit die deutsche Jugend „nicht mehr verfume“ und „die Arbeit scheue“, sondern damit sie „wieder zu ordentlichen Menschen“ erzogen würde. Ferner sei die Arbeitsdienstpflicht ein Mittel, um die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen. Eine Million junger Leute im Alter von 19 bis 22 Jahren sollen nach Ansicht des Redners dann beschäftigt werden. Im Winter sollen sie Unterricht erhalten; Geschichte und Staatskunde würden im 8. Reihe Hauptunterrichtsfach sein. In Schlesien sollen nach den Plänen der NSDAP 90 000 Mann aufgenommen werden. Die NSDAP werde dem deutschen Volke wieder den Glauben an sich selbst und die Liebe zum Vaterlande geben. Der Redner befaßte sich ferner noch mit Einzufragen. Er wurde in seinen Ausführungen zum Teil etwas drastisch.

* Das Gauverbandsfest der Evangelischen Männer- und Junglingsvereine findet am 26. Juni in Neusalz statt. An diesem Tage feiert der dortige Verein sein 70jähriges Bestehen. Bei der Veranstaltung wird auch Grünberg vertreten sein.

Verhalten bei Ansammlungen und Aufläufen.

Von der Ortspolizeibehörde Grünberg wird uns mitgeteilt:

Einige Ereignisse in letzter Zeit lassen immer wieder erkennen, daß noch Unklarheit darüber herrscht, wie sich der Unbeteiligte bei Ansammlungen und Aufläufen usw. zu verhalten hat.

Als oberster Grundsatz gilt: Wo und wann auch Ansammlungen sein mögen, sie sind auf jeden Fall zu meiden. Alle Ansammlungen (auch die völlig unpolitischen) sind anmeldungspflichtig. Der Tatbestand des Auflaufen (§ 116 des StGB) ist schon dann erfüllt, wenn der Polizeibeamte die Menge dreimal aufgefordert hat, sich zu entfernen. Jeder, der dieser Auflorderung nicht nachkommt, macht sich eines Vergehens strafbar. Dabei spielt es keine Rolle, zu welchem Zweck die Ansammlung erfolgte. Ferner sei an Aufruhr, schwere Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch erinnert, die sich sehr häufig aus an sich harmlosen Anlässen ergeben können.

Für den Unbeteiligten ist es daher ratsam, in jedem Falle sich zu den Angesammelten zu stellen, sei es auch nur aus Neugierde. Tut er es doch, so muß er damit rechnen, als Demonstrant behandelt zu werden. Den Polizeibeamten ist es nicht möglich, in solchen Situationen zu erkennen, ob es sich um tatsächliche Demonstranten oder nur um Mäuler und Neugierige handelt. Das Recht der Polizei, auch gegen die letzteren genau so vorzugehen wie gegen die Ruhesörer selbst, ergibt sich daraus, weil sich beide strafbar machen.

Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um“, sagt man im Volksmund. Das trifft auch hier zu. Wer den ehrlichen Willen hat, nicht in eine solche Lage zu kommen, der kommt ohne sein Wollen auch nicht hinein.

* Der Kameraden-Verein ehem. Aver (Graf Kirchbach) hielt am Sonnabend bei Kamerad Schulz (Kafino Deutsche Wölfe) eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung mit Damen ab. Der 1. Vorsitzende erledigte die kurze Tagesordnung und gab bekannt, daß das Vereinschießen um die Königswürde, verbunden mit Kinderfest, im Juli bei Kamerad Hosenfelder (Oehlhermsdorf) stattfindet. Es forderte zu reicher Beteiligung auf. Hierauf hielt Kamerad Nieschaff einen interessanten Vortrag über unser früheres Deutsch-Südwest-Afrika. Der Vortragende schilderte in fesselnden Wörtern das Leben bei der Schutztruppe während des Herero-Aufstandes und Einzelheiten aus den Kampfhandlungen. In humorvollen Worten berichtete er über Sitten und Gebräuche der Eingeborenen. Starke Beifall lohnte den Vortragenden und man begrüßte es allseitig, daß sich Kamerad Nieschaff bereit fand, in den nächsten Versammlungen die Vortragsfolge fortzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß solche Vorträge erheblich zur Belebung des Vereinswesens beitragen, fördern sie auch die Verbreitung des kolonialen Gedankens und helfen so ihren Teil an der Durchsetzung des Wunsches auf Rückgabe unseres Kolonien.

ko.

* Kreisjugendpfleger. Der Turn- und Sportlehrer Heinrich Schäfer in Grünberg ist an Stelle des Hauptlehrers Anförge in Heinersdorf durch den Regierungspräsidenten vom 1. April 1932 ab zum nebenamtlichen Kreisjugendpfleger für den Landkreis Grünberg bestellt worden.

* Der Jugendsonntag des evangelischen Verbandes der weiblichen Jugend Schlesiens fand am Sonntag bei schönem Wetter in Bünzlau unter Beteiligung von etwa 1800 jungen Mädchen aus den Kreisverbänden Bünzlau, Lauban, Görlitz, Rothenburg, Sprottau, Sagan, Löwenberg, Goldberg-Haynau, Liegnitz, Parchwitz und der Abgeordneten aus Stadt und Sprengel Breslau statt. Den Festgottesdienst hielt Konistorialrat Büchel (Breslau). Im Anschluß daran fand in der Kirche eine geschlossene Jugendversammlung statt mit dem Thema „Das deutsche Schicksal und unser Weg“. In einer weiteren Mitgliederversammlung wurden interne Angelegenheiten behandelt. Um 1 Uhr zog der Festzug durch die Stadt zur Festwiese, wo Singen, Volkstänze und Spiele stattfanden. Abends fand der Jugendsonntag mit einer Feier in der Kirche, bei der die Görlitzer Jugend Sing- und Sprechchöre darbot, seinen Abschluß.

* „Freunden“ des Weinfestes. Zwischen einer Anzahl junger Leute fand es in den frühen Morgenstunden des Sonntags in der Poststraße zu einer Schlägerei, bei der zwei der Beteiligten erhebliche Verlebungen davontrugen. Die Angelegenheit scheint einen parteipolitischen Hintergrund zu haben. Die Polizei mußte einschreiten. — Am heutigen Morgen gegen 4 Uhr belästigte ein Passant die auf dem Ringe bei Aufräumungsarbeiten beschäftigten Arbeiter. Es kam zu einer Schlägerei.

* Ausnahmetarif für den Verband schlesischen Grubholzes zu den schlesischen Gruben. Den wiederholten Vorstellungen der Landwirtschaftskammer ist es gelungen, bei der Reichsbahnhauptverwaltung eine Herabsetzung der Grubholzfrachten beim Verband von schlesischen Verbandsstationen nach den schlesischen Gruben durchzusetzen. Der Ausnahmetarif I II defarisiert alles auf den Grubholzversandbahnhöfen der Reichsbahndirektionsbezirke Breslau und Oppeln nach schlesischen Gruppen verhandte Holz, soweit diese Bahnhöfe nicht schon im Windmursausnahmetarif I dd enthalten sind. Die Defarierung erfolgt von Klasse F nach Klasse G und entspricht somit einer Frachtermäßigung von durchschnittlich 21 Prozent. Der Tarif ist am 9. Juni 1932 in Kraft getreten und gilt zunächst bis 31. Dezember 1932. Er kann zum Preise von 5 Pfennig je Stück bei den Stationsstellen bezogen werden.

* Herabsetzung der Verwaltungskostenbeiträge für Roggenpflanzbriehypothesen. Zur Erleichterung der schwierigen Lage der landwirtschaftlichen Roggenpflanzbrieholzhäfen hat die Schlesische Bodenfond-Kredit-Aktienbank in Breslau im Benehmen mit der Deutschen Zentral-Bodenfond-Aktien-Gesellschaft in Berlin auf Antrag der Landwirtschaftskammer eine Herabsetzung des 1 Prozent betragenden Verwaltungskostenbeitrages für Roggenpflanzbriehypothesen vorgenommen und wird vom 1. Juli d. J. ab bei Darlehen bis 2000 Rentner Roggen eine Verwaltungsgebühr von $\frac{1}{4}$ Prozent, bei allen größeren Beleihungen eine Verwaltungsgebühr von $\frac{1}{2}$ Prozent erheben.

Sport - Spiel - Turnen

Der Sport am Sonntag.

Fußball.

Niederschlesien:

Hallen-Contorhia-Berlin verlor am Sonnabend gegen Sportfreunde Grünberg 2:5 (1:3), am Sonntag gegen Deutschen Sportklub Neusalz 2:6 (1:2). B.

* Persia II—Lawaldau I 3:2 (1:1); Persia III—Lawaldau II 5:1 (3:0); Persia 1. Jgd.—St. Rensala 1. Jgd. 1:0 (0:0). L.

Blitz 03 Liegnitz—Schlesien-Haynau 1:2 (1:1). Reichsbahn Liegnitz B—SB. Saarau 7:1 (2:0). MSB. Lüben—SC. Lüben 4:2 (3:0).

Mittelschlesien:

Breslau—Niederschlesien 3:2 n. Berl. (1:0, 2:2). SC. Bormärkis Breslau—BSC. 08 4:1 (0:1). SC. Hertha-Breslau—SC. Schlesien-Breslau 3:2 (2:2). SC. Alemannia-Bresl.—SC. Germania Bresl. 5:0 (4:0). Borussia-Carlowitz—Union-Wacker 1:3:2 (0:2). SC. Preußen-Waldenburg—Alt-W. Sportkl. Jauer 2:2 (2:1). BSC. Schleiden—Silesia Freiburg 2:2 (0:0). Sportu. Saarau—BVB. Langenbielau 4:0 (4:0).

Oberschlesien:

Bentheim—Breslau 0:1 (0:1). Bentheim 09—Dresdner SC. 2:10 (0:3). Deichsel-Hindenburg A—BVB. Hindenburg C 9:0 (8:0). Ratiobor 08—Sportfr. Breslau 3:4 (1:3). Hindenburg—Gleiwitz 5:0 (8:0). Poln.-Oberschl. DJK—Deutsch-Oberschl. DJK. 3:0 (0:0).

Niederlausitz:

Viktoria-Forst—Askania-Forst 2:1 (1:1). 1. FC. Guben—Cottbus 98 1:2 (0:1). SB. Hoyerswerda—SB. Bünzlau 8:1 (2:0). Spielv. Bautzen—BVB. Weizwasser 3:4 (0:4).

Norddeutschland:

Altona 98—Holstein-Kiel 3:1.

Berlin:

(Sbd.) Tennis Borussia—1. FC. Nürnberg 0:5 (0:2). Hertha BSC—Jarošlaw 1:0. VfB. Zaan—landischer FC. (Holland) 5:3. Berliner SC. 92—SB. 05 Saarbrücken 2:0.

Süddeutschland:

(Sbd.) FSV. 05 Mainz—FC. Schalke 04 2:4. Mannheim—Ludwigshafen 3:11.

Westdeutschland:

Köln-Süd 07—Rudi Star Olymp.-Paris 2:0 (1:0). Koblenz 1900—Schalke 04 0:3.

Mitteldeutschland:

(Sbd.) Spielvg. Leipzig—SB. 05 Saarbrücken 3:1. Bautzen—Wiener AC. 0:5 (0:2). Fortuna Magdeburg—BVB. Schönbach—1. FC. Nürnberg 1:5.

Österreich:

Dänemark—Schweden 3:1 (2:1).

West—Süddeutschland 1:0 (1:1).

(Sbd.) Städtespiel Danzig—Hamburg 1:3 (1:1). Städtespiel Königsberg—Hamburg 0:6 (0:2).

Ausland:

Slavia Prag—Admira Wien 3:0 (1:0). SC. Bologna—Sparta Prag 5:0 (4:0).

Handball.

Um die deutsche Frauen-Handballmeisterschaft in Chemnitz: TB. Vorpommern-Breslau—Sportklub Charlottenburg 4:1 (2:0).

In Nürnberg: Süddeutschland—Süddeutschland (Sonntagsabend 8:9 (2:5)).

In Mannheim: Süddeutschland—Süddeutschland (Sonntag) 11:11 (6:5).

TV. Jahn-Breslau—TV. Waldenburg-Alt-W. 8:8 (3:4). TV. Groß-Mochbern—Reichsbahn TuSB. Oels 2:7 (1:3). Waldenburg-Alt-W.—Reichsbahn Oels 14:2 (5:1). Sportfr. Damen—BSC. 08 Damen 5:1 (3:1).

MTV. Freystadt—MTV. Sprottau 10:5.

Turnen.

In Fraustadt wurde das 70jährige Bestehen des MTV. und das Bezirksturnfest des Südburgenlandes im Kreis II der DT. begangen.

Leichtathletik:

Die Leichtathletikmeisterschaften der Turner als Volksmeisterschaften der DT. Kreis II (Schlesien), wurden in Wittenbrunn entschieden, 175 Turner und Turnerinnen nahmen teil. Der Breslauer Bult war allein in 11 Wettkämpfen siegreich.

Boxen

Borwärts—Gera (Thür.)—„Hansa“ Weizwasser 6:10.

Vor überfülltem Volkshaus warf am Sonnabend „Hansa“ Weizwasser nach erbitterten Kämpfen „Borwärts“ Gera aus der Konkurrenz. Fliegengewicht: Penkert (Gera) 99 Pf. gegen Roßmann (Weizwasser) 98 Pf. Unentschieden. Bantamgewicht: Höfer (G.) 106 Pf. gegen Jäschke (W.) 106 Pf. Beide ebenfalls gleichwertig, doch erhielt Jäschke einen knappen Punktssieg. Federgewicht: Böhni II (G.) 114 Pf. gegen Poindl (W.) 114. Nach lebhaften Schlagwechseln siegte Poindl nach Punkten. Leichtgewicht: Böhni I (G.) 117 Pf. gegen Ballack (W.) 122. Der alte Ringgeneral Ballack überbot fast seine bekannten Leistungen und siegte über den mittel

2. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 142.

Montag, den 20. Juni 1932.

Die Strafbestimmungen in der politischen Notverordnung

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. enthält in den Paragraphen 11 bis 18 die Strafbestimmungen für eine Reihe von Verfassungen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

§ 11 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird, wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder aufreißt, es sei denn, daß die Tat nach anderen Vorschriften bereits mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 12 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter einem Monat im Falle der gefährlichen Körperverletzung, jedoch auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu urteilen ist, wenn eine vorstellige Körperverletzung aus politischen Beweggründen begangen ist. Mildernde Umstände dürfen in diesen Fällen nicht zugelassen werden.

§ 13 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft wird, wer eine Schußwaffe unbefugt führt oder eine Gewalttat mit ihr begeht oder androht.

§ 14 bestimmt, daß mit Gefängnis bestraft wird, wer einem auf Grund des Artikels 128 Absatz 2 der Reichsverfassung erlaßten Versammlungs- oder Aufzugsverbot zuwiderhandelt oder wer an einem Verband teilnimmt, der auf Grund des § 10 aufgelöst worden ist.

§ 15 bestimmt, daß mit Geldstrafe bis 150 RM. bestraft wird, wer als Veranstalter einer Versammlung dem Beauftragten der Polizei die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert, oder wer nicht nach Erklärung der Auflösung sich sofort entfernt.

§ 16 bestimmt, daß die Herausgabe, der Druck, der Verlag und die Verbreitung einer periodischen Druckschrift die verboten worden ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist. Außerdem kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 17 gestattet der Polizei, Personen in polizeiliche Haft zu nehmen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist, oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe begründet wird. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit können solche Personen so lange festgehalten werden, als dies die öffentliche Sicherheit erfordert. Die Polizeihaft ist aufzuheben, wenn die gerichtliche Untersuchungshaft verhängt ist, oder wenn drei Monate seit der Inhaftnahme vergangen sind. Gegen die Polizeihaft ist die Beschwerde im Dienstaufschlagswege zulässig. Besteht der Verhaftete die Tat, so hat der Amtsrichter des Bezirks eine Entscheidung zu treffen.

§ 18 sieht fest, daß das Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung auch dann zulässig ist, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird.

Schupo schießt auf Schupo.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

Berlin, 18. Juni. Einem verhängnisvollen Missverständnis ist heute ein Polizeibeamter in Aussübung seines Berufes zum Opfer gefallen. Dem 3. Polizeirevier wurde gegen Abend gemeldet, daß im Hause Friedrichstraße 114a, in der Wohnung einer Witwe Thomas ein Einbruch verübt worden sei. Das Revier entfand drei Beamte an den Tatort, da nach Angabe der Hausbewohner die Diebe noch in der Wohnung sein sollten. Einer der Beamten, der 35jährige Polizeioberwachtmeister Meißner, ging die Hintertreppe hinaus, seine beiden Kollegen benutzten die Vordertreppe, um die Flucht der Einbrecher zu verhindern. Während die beiden Beamten sich vor der geschlossenen Vordertür der Wohnung aufstellten, fand Meißner die hintere Wohnungstür offen. Er ging durch die Räume, um festzustellen, ob noch jemand in der Wohnung sei, und kam dabei in den vorderen Flur.

Die beiden Kollegen draußen hörten seine Schritte, glaubten, daß es sich um die Einbrecher handele und fragten wiederholt, wer da sei. Offenbar hat Meißner diese warnenden Rufe nicht gehört, denn er gab keine Antwort, und bewegte sich weiter im Wohnungstür. Darauf gaben die anderen beiden zwei Schüsse durch die Tür ab, die unglücklicherweise den Oberwachtmeister in die Brust trafen und deren einer die Lunge durchschüttelte. Mit einem lauten Hilferuf brach Meißner zusammen, und jetzt erst erkannten seine Kollegen ihren Irrtum. Sie brachen die Tür auf und fanden Meißner in seinem Blute. Er wurde in bedenkllichem Zustand ins Staatskrankenhaus gebracht. Die Behörde hat eine strenge Untersuchung dieses Vorfalls eingeleitet.

Frau Dr. Kienle gestohlen.

Berlin, 18. Juni. Wie das „8-Uhr-Abendblatt“ aus Frankfurt (Main) berichtet, ist die vor ungefähr anderthalb Jahren aus dem Verfahren wegen Verstoß gegen § 218 bekannt gewordene Stuttgarter Arztin, Frau Dr. Kienle, mit

unbekanntem Ziel ins Ausland gereist. Die Staatsanwaltschaft hat sofort alle Maßnahmen ergriffen, um ihrer wieder habhaft zu werden.

Gegen Frau Dr. Kienle war in Frankfurt a. M. ein neues Verfahren eingeleitet worden. Neben diesem Verfahren her lief immer noch die Stuttgarter Voruntersuchung.

Über die näheren Einzelheiten der sensationellen Auslandsreise ist niemand unterrichtet; nicht einmal der Verteidiger der Frau Kienle, der gegenwärtig in Hamburg weilt, weiß etwas davon.

Der Kampf um das Kind.

Berlin, 18. Juni. Das Schössengericht Berlin-Schöneberg verurteilte heute die geschiedene Frau Dr. Bargmann und deren Mutter, die verwitwete Frau Professor Haberstroh, wegen Kindesentführung zu 120 bzw. 100 RM. Geldstrafe, die in beiden Fällen durch die Untersuchungshaft als verhüllt erklärt wurden.

Die Chefran Bargmann wurde im Jahre 1927 geschieden und beide Ehegatten für schuldig erklärt. Das Kind blieb bis zu seinem 6. Lebensjahr bei seiner Mutter und sollte dann dem Vater übergeben werden. Die Mutter ließte aber das Kind nicht aus und verstand es, vier Jahre lang durch vorgetäuschte Wohnungswechsel ihren Aufenthalt zu verheimlichen und sich dem Haftbefehl zu entziehen. Durch Zufall wurden die beiden Frauen dann im Kammergericht, wo sie als Zeuginnen geladen waren, vom Anwalt des früheren Ehemanns ermittelt und festgenommen. Durch einen Entscheid des Vormundschaftsgerichts wurde das Kind der Mutter bis zum 1. Mai 1932 zugeschlagen. Ein späterer Beschluß, der über den weiteren Verbleib des Kindes entscheiden soll, steht noch aus. Das Kind wurde im Mai d. J. dem Vater übergeben, floh aber durch einen Sprung aus dem Fenster der 1. Etage zurück zu seiner Mutter. Die Mutter gab an, daß der Vater das Kind sogar auf offener Straße mitgehabt habe und daß sie deshalb nicht gemäßt gewesen sei, das Kind herauszugeben. Der Vater behauptete, daß sie nur Wert auf das Unterhaltsgeld des Kindes gelegt habe.

Die Tuberkulose-Kranken protestieren gegen die Notverordnungen.

Der Deutsche Tuberkulosen-Bund e. V., Sitz Breslau, hat bei den maßgebenden Stellen folgenden Protest gegen die Notverordnungen, die gegen die sozialen Interessen aller Tuberkulosekranken verstößen, erhoben:

Ungeheurem Elend unterliegt in den Kreisen der Armuten der Armen, und deren mit der Hungersucht (Tuberkulose) befallenen, hervorgerufen worden. Es ist unbegreiflich von einer Regierung, die sich Volksvertretung nennen soll, mit derartigen Bestimmungen die schon hungrige und kranke Volksmasse immer wieder mit neuen Lasten zu erdrücken.

Das Reichskabinett, dem die Unterhüllungsabteile der Wohlfahrtskabinette bekannt sein dürften, müßte schon selbst zur Einsicht gekommen sein, daß einem kranken Erwerbslosen der Lebensunterhalt schon längst unmöglich gemacht werden ist.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn die arme und kranke Bevölkerungsschicht, die die breite Masse bildet, annehmen muß, daß die Regierung von Papier eine ausgesprochene arbeiterfeindliche Regierung bedeutet. Eine solche Regierung wird beizeiten einsehen müssen, daß der Zweck der Notverordnungen insofern verfehlt ist, als daß sich binnen kurzem das Elend der breiten Masse viel mehr verschärft und daher unbedingt mit einem wilden Chaos enden muß.

Wir fordern im Namen der fast 2 Millionen im Deutschen Reich an der Hungersucht (Tuberkulose) Erkrankten sofortige Aufhebung aller diese Kreise betreffenden Notverordnungen.

Der Sklarek-Prozeß.

Plädoyer des zweiten Verteidigers. — Die Sklareks hätten Defizitlöcher von über 1 Million zu stopfen müssen, um größere städtische Lieferungen zu erhalten.

Berlin, 18. Juni. Gestern hielt der zweite Verteidiger der Angeklagten Brüder Willy und Leo Sklarek, Rechtsanwalt Dr. Bindar, sein Plädoyer, in dem er sich gegen den Hauptpunkt der Anklage, Betrug und schwere Urkundenfälschung zum Nachteil der Städtebank, wandte. Der Verteidiger protestierte zunächst gegen die Höhe der gestellten Strafanträge. Es wäre ein Akt der Ungerechtigkeit, wollte man die Sklareks allein für Korruptionen bei der früheren Berliner Stadtverwaltung verantwortlich machen. Durch die Beweisaufnahme sei erwiesen, daß die Sklareks Defizitlöcher von über 1 Million Mark hätten zu stopfen müssen, um überhaupt größere Lieferungen und Verträge von der Stadt zu erhalten. Die gegen die Sklareks vorgebrachten Beweismittel zeigten zum Teil erhebliche Mängel. Auch könne er nicht die Glaubwürdigkeit der Hellseherin Frau Seidler anerkennen, denn es gäbe nach dem Gutachten von Geheimrat Moll keine Hellseher. Zum Städtebankkomplex übergehend, führte der Verteidiger aus, daß es endlich Zeit sei, mit dem Märchen von den gefälschten Städtebankdirektoren aufzuräumen. Wenn die Direktoren der Berliner Städtebank den Sklareks Scheids über 180 Millionen von Leuten, die nichts besaßen, honorierten, wenn sie für 18 Millionen erkennbar wertlose Wechsel als Unterlage eines großen Kredits nahmen, obwohl sie von dritter, seriöser Seite deswegen gewarnt waren, könnten sie sich unmöglich als hinters Licht geführt hinstellen. Zum Schlusse seines mehrstündigen Plädoyers beantragte der Verteidiger für die Angeklagten Leo und Willy Sklarek Freispruch von der Anklage des vorgetäuschten Betruges und der Urkundenfälschung zum Nachteil der Berliner Städtebank.

Revision im Abel-Prozeß eingeleget. Der Verteidiger des vom Schwurgericht München wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilten Schriftstellers Werner Abel hat gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision eingeleget.

Die vom Fliederhaus

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Fischwanger, Halle (Saale) 1931

schlag des Mannes bewies es ihr, daß es Wirklichkeit war, was sie erlebte.

Und immer wieder fühten sie sich, während er festen Schritten dahinging.

„Ich will ja nichts sagen, er würde wahrscheinlich höllisch unangenehm werden. Aber 'n Trottel sind Sie bestimmt, lieber Melenthin.“

Oberförster Bertram hatte sich diese Warnung nicht verneinen können.

Melenthin sah ihn an. Im Weiß des Augapfels stand Blut.

„Er hat mir das Mädel genommen, das ich liebte“, leuchte er.

Befriedigt nickte Bertram.

„Eine wahre Wohltat, Melenthin, daß Sie so vernünftig sind und auch nicht an dieses zufällige Zusammentreffen in der Schuhstube glauben.“

„Nein, ich glaube nicht daran! Und das Mädel hab' ich geliebt! Unsinnig geliebt habe ich es. Und nun komme der Graf, und auch sie ist ihm sofort mit Leib und Seele verschollen.“

„Ja, ekelhaft ist es schon. Gemein ist es. Aber machen kann man nichts. Er ist der Mächtige, Reiche. Ihm hat der Himmel dieses Etwa verliehen, daß er alle Frauen und Mädchen betrügt. Da kann man halt nichts daran ändern. Aber das Mädel ist dummkopf! Sehr dummkopf ist's — jawohl! Gibt die immerhin gute Partie mit Ihnen auf und hängt sich dem Grafen an den Hals, der sie bald genug weggeschmeißen wird.“

„Hören Sie endlich auf, Bertram!“

„Bon mir aus — hören wir also auf“, brummte der.

Oberförster Bertram war kein Klatschmaul, aber er war eben ehrlich empört über die ganze Sache, und so fing er unbewußt immer wieder davon an. Immer kam das Gespräch wieder auf die unglückliche Geschichte.

Und zuletzt war es so weit, daß Melenthin förmlich froh war, daß er jetzt nicht allein war. Sonst wäre er wah-

scheinlich in seiner sinnloren Wut und Leidenschaft mit dem Kopfe gegen einen Baum gerannt.

Wäre der Graf doch fort geblieben! Warum war er heimgesommen?

Es war doch nur ein Unglück, nichts weiter, daß er heimgesommen war.

Endlich langten die beiden Herren im Städtchen an. Und trafen auch den Doktor an, der sich's hübsch gemacht hatte und dem seine Tante gerade heißen Tee mit Rum brachte, denn er niente ununterbrochen, seit er zurück war.

Der Doktor lachte und wollte die ihm gut bekannten Herren einladen. Aber Melenthin winkte ab.

„Bitte, bemühen Sie sich doch so schnell als möglich ins Fliederhaus, lieber Doktor. Die alte Frau Beringer soll ernstlich erkrankt sein“, sagte er, und seine Stimme klang merkwürdig dumpf.

Da erhob sich der Doktor. Hastig trank er im Stehen noch eine Tasse Tee, dabei sagte er:

„Ich hab' es dem Herrn Grafen doch gleich gesagt, daß ich so 'ne Ahnung habe, als brauche man mich irgendwo dringend. Nun ist es ja sehr gut, daß ich der freudlichen Einladung des Grafen nicht gefolgt bin. Wir trafen uns nämlich in den Brüchen, als ich die verunglückten Arbeiter verband. Wir ließen dann ein Städtchen miteinander, und da brach das Unwetter los. Nun sollte ich durchaus mit nach Eschenhöhe kommen. Bin aber jetzt froh, daß ich nicht mitgegangen bin. Ich bin immer froh, wenn ich wieder helfen kann.“

Melenthin und Bertram sahen sich verdutzt an. Es sah ja beinahe aus, als hätte der Graf bis ins kleinste hinein die Wahrheit gesprochen?

Melenthin atmete tief auf.

„Wann war denn das, Herr Doktor?“

Der zog sich seine Stiefel an, bekam einen roten Aufschuß und schaute von unten herauf:

„Na, so vor etwa anderthalb Stunden. Der Graf wollte auch gleich nach Hause.“

(Fortsetzung folgt)

Volkswirtschaft

Rückzahlung von Hypotheken in Pfandbriefen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Volkswohlfahrt den nachstehenden Erlass an die preußischen Hypothekenbanken gerichtet:

„Es treten häufig Fälle ein, in denen Schuldner, die in Ausübung der ihnen durch § 10 Erster Teil Kapitel 1 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gegebenen Befugnis eine Schuld durch Hingabe von Schuldverschreibungen tilgen wollen, sich die dazu erforderlichen gleichartigen Schuldverschreibungen nicht oder nur unter nicht zumutbaren Bedingungen beschaffen können. Ramentlich kommen die mit zehnprozentigen, zehn- und zehn- und halbprozentigen Pfandbriefen abgerechneten Hypotheken in Frage sofern diese Pfandbriefe aus dem Verkehr gezogen sind.“

Wie ich höre, beabsichtigen die Hypothekenbanken in solchen Fällen in Übereinstimmung mit der Auffassung des Sonderausschusses für Hypothekenbanken es zu verfahren, daß sie den Schuldner die Rückzahlung in jetzt 6 prozentigen Pfandbriefen mit der Maßgabe bewilligen, daß als Ausgleich, gemessen an der jetzigen Zinsdifferenz der Pfandbriefe (von 6 Prozent zu 7½ Prozent), eine Mehrleistung in sechsprozentigen Pfandbriefen von 20 Prozent gefordert wird. Gegen die Forderung eines solchen Zuschlages haben bereits verschiedene Schuldner bei mir Einspruch erhoben. Ich bin auch der Meinung, daß er zu hoch ist. Es kann den Schuldner nicht angemessen werden, bei der Rückzahlung fälliger Hypotheken mehr Mittel aufzuarbeiten, als erforderlich wäre. Ich bin deshalb der Ansicht, daß bei Rückzahlung in jetzt 6 prozentigen Pfandbriefen nur ein bar zu zahlender Zuschlag in Höhe der Zinsdifferenz zwischen 6 und 7½ prozentigen Pfandbriefen, wie sie aus den Kursnotierungen für Pfandbriefe anderer Hypothekenbanken ohne weiteres ermittelt werden kann, berechnet werden darf. Dasselbe gilt entsprechend für Hypotheken, die auf der Grundlage von 9 prozentigen Pfandbriefen abgerechnet worden sind.“

Ich ersuche ergeben, bei Feststellung der Rückzahlungsbedingungen nach den vorstehend bezeichneten Grundsätzen zu verfahren. Sofern Schuldner mich gemäß Artikel 6 Abs. 3 der Zweiten Durchführungs- und Ergänzungsverordnung über Zinsfestsetzung auf dem Kapitalmarkt vom 26. März 1932 um diese Festsetzung ersuchen, werde ich meine Anordnungen nach diesen Grundsätzen treffen.“

Freigabe von Guthaben im Verkehr mit der Tschechoslowakei.

Between der Reichsbank und der Tschechoslowakischen Nationalbank (Prag) ist vereinbart worden, daß in der Tschechoslowakei beschlagnehmte deutsche Guthaben sowie inländische Guthaben von in der Tschechoslowakei ansässigen Personen in gewissem Umfang für den Warenverkehr freigegeben werden sollen. Das Reichswirtschaftsministerium hat infolgedessen die Devisenwirtschaftsstellen durch Runderlass ermächtigt, unter gewissen Voraussetzungen inländischen Schuldner von sogenannten Allguthaben, die vor dem 16. Juli 1931 entstanden und nicht Gegenstand des Stillhalteabkommen sind, sowie von Guthaben, die aus tschechischen Warenlieferungen nach Deutschland vor dem 1. Juni 1932 entstanden sind, die Genehmigung zur Einzahlung der Schuldeträge auf ein Sonderkonto, das für die Tschechoslowakische Nationalbank bei der Reichshauptbank Berlin geführt wird, zu erteilen. Es handelt sich bei dieser Vereinbarung nicht um ein Clearing-Abkommen, sondern um eine teilweise Verwertung der bisher in den beiden Ländern festliegenden Guthaben für den Warenverkehr. Über die näheren Einzelheiten dieser Regelung können die Industrie- und Handelskammern Auskunft erteilen.

In dem gleichen Runderlass sind ferner gewisse Erleichterungen bei Berechnungen von deutschen Forderungen gegen ausländische Schuldner mit deutschen Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern getroffen worden. Die Devisenwirtschaftsstellen können bei Genehmigung solcher Berechnungen unter Umständen gestatten, daß – abweichend von den Bestimmungen der Devisenverordnung – der Verrechnung ein anderer als der maßgebende Berliner Börsenturz zugrunde gelegt wird. Ist an der Verrechnung sowohl ein inländischer Gläubiger wie ein inländischer Schuldner beteiligt, so wird nunmehr beider die Genehmigung von der Devisenwirtschaftsstelle erteilt, in deren Bezirk der an der Verrechnung teilnehmende inländische Schuldner seinen Sitz hat.

Riesige Industrie-Blüte der Sowjet-Union.

Das Riesenmaß der Investierungen für die Kapitalanlagen, die der Sowjetwirtschaft zugeführt werden sollen, geht aus dem Umfang der inneren Anleihen hervor, die von der Bevölkerung aufgebracht werden. Aus der gegenwärtig aufgelegten Anleihe sollen nicht weniger als rund 3,5 Milliarden Rubel der produktiven Wirtschaft zugeliefert werden. Seit dem Frühjahr 1930 wird z. B. in der Nähe Moskaus ein elektrotechnisches Kombinat errichtet, das enorme Dimensionen aufweist. Es wird ein Kraftwerk gebaut mit 400 000 Kilowatt Leistung, an das sich 15 chemische Fabriken, die der Bodenverbesserung dienen sollen, schließen. Einen Begriff von der Größe des werdenden Kombinats gibt die Tatsache, daß die gleichzeitig gebaute Industriestadt 50 000 Bewohnern Platz geben soll. Der zweite Fünfjahresplan sieht für die Kapitalanlage, die dem Aufbau und der Gemeinschaftswirtschaft der Industrie dienen, den Betrag von 20 Milliarden Rubel vor, gegen 6,2 Milliarden Rubel in 1932.

Das sind wahrhaft phantastische Zahlen. Allerdings werden der Bevölkerung mit der Ausbringung des Anleihebedarfs außerordentliche Anstrengungen zugemutet. Es wird von jedem Verdienenden erwartet, daß er mindestens ein Monatsgehalt für Anleihebezeichnung aufbringt, bisweilen sogar (namenlich wenn es sich um leitende Angestellte handelt) anderthalb Monatsgehalter, die in 10 Monatsraten vom Gehalte einzuhalten werden. Dieser Pflicht, die als moralische gilt, darf sich niemand entziehen.

Amtliche Großhandels-Indexziffer vom 15. Juni.

Berlin, 18. Juni. Die Gesamtindexziffer ist gegenüber der Vorwoche (96,4) mit 96,0 um 0,4 v. H. gesunken. An diesem Rückgang sind die Indexziffern für alle Hauptgruppen beteiligt.

Wirtschaftsansturzelung ohne Geld?

Im Oppeln hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien“ gebildet, die sich zur Aufgabe gelegt hat, durch zweckmäßige Organisation des Leistungsaustausches ohne Bargeld eine Wirtschaftsansturzelung durchzuführen. Für die Leistung von

Arbeit erhalten die Mitglieder dieser Vereinigung eine Befreiung, mit der sie wiederum bei Mitgliedern der Vereinigung eine Gegenleistung erhalten.

Zusammenbruch der Holzpreise.

Vergleicht man die Holzpreise während der letzten vier Jahre, so ist zu erkennen, daß die Preise der hauptsächlichsten Holzarten einen ungeheuren Rückgang erfahren haben. Seht man z. B. den Preisstand des 1. Quartals 1928 = 100, so ergibt sich für Kiefernlangholz in den brandenburgischen, pommerschen und schlesischen Gebieten ein Preisrückgang bis auf 19 Prozent. Bei Grubenurzholz beträgt in den Hauptverkaufsgebieten der Preis am Anfang des laufenden Jahres nur noch 48 Prozent des Preises von 1928. Der Preis für Buchenstammholz ist in den Hauptverkaufsgebieten Rheinprovinz, Westfalen und Hessen-Nassau, gegenüber dem ersten Vierteljahr 1928, als 80,79 RM. je Festmeter gezahlt wurden, auf 11,46 RM. je Festmeter oder auf 27 Prozent zurückgegangen. Ähnlich liegen die Verhältnisse für Papierholz und Fichtenlangholz.

Berliner Produktenbörse vom 18. Juni. Weizen ruhig, märkischer Durchschnittsqualität, vereinzelt Auswuchs- und Schwachförmig ist zulässig, 75–76 Kilogramm, ab Station 252,00–254,00; Roggen ruhig, märkischer 72–73 Kilogramm Durchschnittsqualität ab Station 186,00–188,00, Futter- und Industrierie 162,00–170,00; Hafer ruhig, märkischer, ab Station 156,00–160,00, feinste Qualität über Notiz; Weizenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sac, feinste Marken über Notiz 31,00–34,75; Roggenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sac, 0/1 (0–70 Prozent) 25,25–27,25; Weizenkleie frei Berlin 10,10–10,65; Roggenkleie frei Berlin 10,00–10,30; Bitteraerben 17,00–23,00, feinste Sorten über Notiz; kleine Svieiseerben 21,00–24,00; Futtererben 15,00–19,00; Peluschen 16,00–18,00; Ackerbohnen 15,00–17,00; Bicken 16,00–18,00; Lupinen blaue 10,00–11,00, Lupinen gelbe 14,50–16,00; Leinkuchen, Batis 37 Prozent, ab Hamburg 10,80–10,40; Erdnussuchen, Batis 50 Prozent, ab Hamburg 10,60; Erdnussuchenmehl, Batis 50 Prozent, ab Hamburg 10,80; Trockenknödel, Parität Berlin 8,70; Extrah. Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 10,00; Extrah. Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Stettin 10,90.

Mehr Sohn, mache nur Geschäfte mit Leuten, die Anzeigen als das beste Werbemittel erkannt haben. (Rockefeller.)

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Grünberg.

Bericht für die Zeit vom 1.–15. Juni 1932.

Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich im Berichtszeitraum etwas günstiger. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank von 9901 auf 9829. Zu- und Abgänge der Berufsgruppen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Metall- und Bergbau, Spanntöpferei, z. T. häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselten den Art.

In der Berufsguppe Land- und Forstwirtschaft ist die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt fast völlig zum Stillstand gekommen. Zu- und Abgänge gleichen sich gänzlich. Seit man 29 Arbeitskräfte, und zwar lediglich männliche und weibliche, Gehinde kommen vermittelt werden. Nach jüngsten Nachrichten bis zu 20 Jahren besteht verhältnisgleiche Nachfrage. Da die Nachfrage nach Hilfsleuten und -mädchen durch Arbeitsmangel aus dem eigenen Amtsbezirk nicht gedeckt werden konnte, stellte ein oberösterreichisches Unternehmen die notwendigen Kräfte. Von der Nebenstelle Bayreuth kamen einige Holzschläger zur Anmeldung. Im Nebenstellenbezirk Neusala kamen ebenfalls ledige landwirtschaftliche Arbeitskräfte vermittelt werden, dagegen kamen dort aus Privatbetrieben erneut männliche Arbeitskräfte zur Anstellung. – Die Industrie der Steine und Erden nahm noch einige Siegelarbeiter auf.

Die Metallindustrie war weiterhin aufnahmefähig. Eine hiesige Firma teilte mehrere Arbeitskräfte ein. Die Stilllegung einer Maschinenfabrik des Amtsbezirks wird sich bis zur Erledigung kleinerer noch eingegangener Aufträge um einige Tage verzögern. Bereitgestellt werden von der Firma bereits entlagerter Schlosser und Dreher für kurze Zeit zurückerufen. Ebenso erfolgten Rücktritte von Schlosser und Dreher für kurze Zeit zurückerufen. Die Arbeitskräfte für den Neubau des neuen Oberbaus in Neusala haben begonnen, und es wurden zunächst vier Arbeitskräfte eingestellt.

Die Lage der Textilindustrie ist schwankend. Nach den letzten Entlassungen erfolgten wiederum Einstellungen. Eine Textilwarenfabrik entließ Arbeitskräfte. Am Beginn der Berichtszeit hatte die gleiche Firma Spanntöpferinnen und Kleidhersteller eingestellt. In einer anderen Textilwarenfabrik wurden weibliche Arbeitskräfte wieder eingestellt. Eine Firma im Nebenstellenbezirk Neusala entließ mehrere Arbeitskräfte.

Im Holz- und Schnittholzgewerbe glichen sich Zu- und Abgänge aus. Während vereinzelte Werkstätten zur vorübergehenden Beschäftigung angefordert wurden, meldeten sich Arbeitskräfte nach kurzer Beschäftigung erneut arbeitslos.

Im Nahrmittelgewerbe meldeten sich Fleischer und Bäder, die ihre Lehrzeit beendet hatten, als Arbeitsflüchtige. Ein Weinabfüllungsbetrieb entließ mehrere Arbeiterinnen.

Im Bekleidungsgewerbe verschlechterte sich die Lage etwas durch Zugang von Schneiderinnen und Puhmacherinnen.

Die Lage des Baugewerbes ist weiterhin ungünstig. Neubauten werden nicht ausgeführt. Die Beschäftigung der Betriebe erhöht sich in Ausführung von Umsatz und Ausbauten und Fassadenputz.

Die Lage des Verfertigungsgewerbes ist sehr schwankend. Schiffer werden immer nur kurzfristig, zur jeweiligen Erledigung einer Ladung, die etwa 4 Wochen dauert, eingestellt.

In der Berufsguppe häusliche Dienste war eine leichte Besserung zu verzeichnen, die jedoch nur jüngere Kräfte betrifft. In einigen Fällen wurde nach Kräften mit guten Kenntnissen und langjähriger Berufserfahrung gefragt. Der Bedarf konnte gedeckt werden.

In der Berufsguppe Lohnarbeit wechselnder Art war die Vermittlung einiger Arbeitskräfte zum Oberbrüder-Neubau in Neusala möglich.

In der Angelstellen-Berufsguppe verschlechterte sich die Lage noch mehr, da mehrere Veräußerer der Kurze, Weiz- und Böllwaren sowie Kolonialwarenbranche nach beendeter Lehrzeit in Zugang kamen. Eine Firma entließ durch Umstellung in der Betriebsleitung weibliche Angestellte.

Der den nicht aufgeführten Berufsgruppen hat sich die Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verändert.

Am Ende der Berichtszeit waren 28 Arbeitsarbeiter im Amtsbezirk gesetzlich. Kurzarbeit wurde in 7 Betrieben verreicht, davon davon: 1 auf die Maschinenindustrie, 5 auf die Textilindustrie und 1 auf die Holzwarenindustrie.

Arbeitslosenunterstützung bezogen in der Berichtszeit 1853 Personen, Krisenunterstützung 3081 Personen.

Ausfuhr von Büchern schafft Deutschland Devisen.

Es ist weniger bekannt, daß das deutsche Buch auf dem Weltmarkt seine Absatzmöglichkeit einigermaßen behauptet hat. Der Weltmarkt nimmt trotz aller Zölle und Einfuhrbeschränkungen das deutsche Buch auf. In den ersten vier Monaten 1932 wurden annähernd 23 000 Doppelzentner deutsche Bücher ins Ausland verkauft, gegenüber 25 000 in derselben Zeitspanne des Jahres 1931.

Die Sommerpflege der Obstplantagen.

I. Teil.

Die Bedeutung der Pflege der Obstbäume für den Ertrag und damit für den Reingewinn ist weit größer als man es annimmt. Viele Gartenbesitzer könnten die Erträge ihrer Obstbäume mehr als verdoppeln, wenn sie dieselben ordentlich pflegen würden. Wenn der Landwirt etwas an seinen Obstbäumen tut, so geschieht es höchstens im Winter. Jedoch die Winterpflege allein wird nicht zum vollen Erfolg führen, so daß der Sommerpflege der Obstbäume und Sträucher mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Von größter Bedeutung ist

die Pflege jüngerer Bäume.

Die wichtigsten Arbeiten an den jungen Bäumen sind folgende:

Bodenpflege: Gutes, durchdringendes Angiehen; Abdecken der Baumscheiben mit kurzem Mist; Hacken der Baumscheiben; Düngung der Baumscheiben.

Baumpflege: Ausbrechen der Blüten in den ersten Jahren; Entfernen der Wurzelschäfte; Erneuern des Baumbandes; Erneuern des Baumfahns; Anbinden der Verlängerung; Schädlingbekämpfung.

Im vergangenen Winter betrug die Gesamtniederschlagsmenge nur etwa 60 Prozent des Durchschnitts, so daß die im Herbst gepflanzten Obstbäume im Frühjahr sehr schwer austrieben. Hier ist es dann von größter Bedeutung, daß das durchdringende Angiehen (mindestens 2 Wassereimer je Baum) rechtzeitig erfolgt. Das Gießen der jungen Bäume muß je nach der Witterung mehrmals wiederholt werden. Treiben die Bäume trotz reichlichen Gießens nicht aus, besässen aber noch eine gesunde, lebensfähige Rinde, so müssen sie herausgenommen, die Wurzeln frisch angekettet, die Bäume ganz (mit Stamm und Krone) 24 Stunden ins Wasser gelegt und wieder gepflanzt werden. Der Grund für das Nichtaustreiben ist der, daß die Wurzelpitzen zuerst trocken wurden und später faulten, so daß der Baum kein Wasser aufnehmen und infolgedessen nicht austreiben konnte.

Um bei den Bäumen trotz des fehlenden Wassers zu überleben, streicht man diese mit Kalkmilch und Lehm brei an oder umwickelt den ganzen Stamm fest mit feuchtem Tüchern, bis der Baum zu treiben beginnt. Um ein zu häufiges Gießen zu vermeiden und einen gleichmäßig feuchten und warmen Boden (besserer Wuchs) zu erhalten, empfiehlt sich das Abdecken der Baumscheiben mit kurzem Mist, Torfmüll u. ä. Das beste Mittel hierfür ist der Torfmüll, der vorher noch mit Jause getränkt werden kann. Der Torfmüll hält nicht nur den Boden feucht und reichert ihn mit Humus an, sondern er unterdrückt auch das Unkraut. Das Unkraut muß regelmäßig durch Hacken der Baumscheiben entfernt werden, so sonst die Unkrautwurzeln den Baumwurzeln alles Wasser entziehen. Hierbei ist darauf zu achten, daß das Unkraut möglichst flach abgekettet wird, weil es sonst nicht schnell genug vertrocknet und möglicherweise wieder anwächst. Das Hacken muß auch erfolgen, wenn der Boden verkrustet ist, ohne daß Unkraut vorbanden ist, da die Durchlüftung des Bodens (durch Vorräumung der obersten Bodenschicht) von großer Bedeutung für das Gehähen der Bäume ist.

Während die Bäume im ersten Jahre nach der Pflanzung von einer Düngung mit Jause und Kunstdünger

Abstand genommen werden kann, so ist doch die Entwicklung der Bäume bei einer regelmäßigen Düngung vom 2. Jahr ab bedeutend besser. Man gibt im März/April die 1. Gabe und im Mai/Juni die 2. Gabe von je 25–30 Gramm Nitrophoska je Quadratmeter. (Näheres über die Düngung der Obstbäume siehe Blatt 4 „Die Winterpflege der Obstplantagen, III. Teil“). Bei jüngeren Bäumen unter 1 Quadratmeter Kronenfläche gilt die angegebene Nitrophoska-Gabe für 1 Quadratmeter.

Das Ausbrechen der Blüten ist deshalb von so großer Bedeutung, weil die sich bildenden Früchte dem Baum alle Nahrung entziehen, so daß dieser verkümmert, mitunter sogar eingestorben. Niemals können sich aus den im 1. bis 2. Jahr nach der Pflanzung übervoll blühenden Zweigen gut tragende Bäume entwickeln. Deshalb sind alle Blüten im 1. bis 3. Jahr nach der Pflanzung zu entfernen. Ebenso entziehen die Wurzelschäfte Stamm und Krone die Nährstoffe, so daß beide in ihrer Entwicklung zurückbleiben. Die Wurzelschäfte sind daher an ihrer Entstehungsstelle zu entfernen. Läßt man einen Stumpf stehen, so hat man im nächsten Jahre bedeutend mehr Wurzelschäfte, da alle unten an dem Stumpf befindenden Augen durchtreiben. Die aus dem Stamm herauswachsenden Triebe sind zu belassen und bei mehr als 15 Zentimeter Länge ist die Spitze (nur das obere Blattpaar) auszuknicken, um das Weiterwachsen zu verhindern. Diese Triebe helfen dann mit den jungen Stamm zu stärken und werden im darauffolgenden Winter auf etwa 8 Augen zurückgeschnitten.

Gleich bei der Pflanzung wird am besten eine Weide als Baumband benutzt, damit sich die Erde mit dem eingeplanzten Baum ohne Schwierigkeiten seien kann und der Baum sich nicht am Pfahl gewissermaßen aufhängt. Etwa im Juli/August wird die Weide durch ein festes Baumband (Kofoksaferstricke) ersetzt, nachdem sich der Boden ausreichend gesetzt hat.

Alle abgesäulten Pfähle sind zu ersetzen, sofern nicht ein Pfahl überflüssig geworden ist. Es ist darauf zu achten, daß die Pfähle nicht in die Krone reichen, um Schneerunden zu vermeiden. Der Pfahl muß eine Handbreit unter dem untersten Kronenast aufsitzen. Die Stärke der Pfähle soll am oberen Ende (sogenannten Sopfende) 8–10 Zentimeter betragen. Zu dünne und zu kurze Pfähle bedeuten für den Baum keinen ausreichenden Halt. Niemals dürfen morsche Pfähle an dem Baum belassen werden, weil diese dann den Baum schäden und Wunden hervorrufen. Es ist besser, daß der Baum keinen Pfahl hat als daß ein mroßer Pfahl, der für den Baum keinen Halt hat, noch an seiner Stelle verbleibt.

Wenn der Verlängerungstrieb nicht gerade in die Höhe geht, so ist er an einen kleinen Stab mit Baste anzubinden, um eine aufrechte Krone zu erhalten.

Bei den jungen Bäumen ist besonders der Schädlingbekämpfung besonders auf die Blattläuse zu achten, da diese bei

* Achtung, Regenpflüger! Es gibt Kraftfahrer, die Regenpflügen bevorzugen und ihre helle Freude daran haben, wenn die beim Durchfahren erzeugten Spritzer das Publikum treffen. Eine solche böswillige Belästigung kann zivil- und strafrechtlich geahndet werden. Aber schon bei Unauflösbarkeit kann der Kraftfahrer in Anspruch genommen werden. Jeder Führer eines Kraftfahrzeugs sieht sich der Bestrafung aus, wenn die Spritzwirkung des Wagens eine grobliche Belästigung des Publikums darstellt und über das Maß der unvermeidbaren Einwirkung hinausgeht. In den Fällen, in denen nachgewiesen werden kann, daß der Fahrer genug Gelegenheit gehabt hätte, der Pfütze auszuweichen, kann er zivilrechtlich wegen Schadenerhebungen und strafrechtlich wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs belangt werden. Derartige Streitfälle beschäftigen weit öfter die Gerichte, als man gemeinhin glaubt, und die Rechtsprechung auch der höheren Instanzen — u. a. des Kammergerichts — lautet hier durchweg zuungunsten des Kraftfahrers.

* Schwerer Radunfall in Grünberg. Der erwerbslose Arbeiter Georg Sodol, wohnhaft Lindenstraße 14, kam am gestrigen Sonntag in der 7. Abendstunde mit einem ziemlich neuem Fahrrad in mähigem Tempo von Neusalz her die Breslauer Straße gefahren. Infolge der Schlaglöcher zwischen dem "Hirsberg" und der Deutschen Wollwaren-Manufaktur hatte er plötzlich einen Gabelbruch. Er erlitt bei dem Sturz recht erhebliche Kopfverletzungen und Hautabschürfungen an Händen und Armen. Die erste Hilfe leistete Dr. Metz, der zufällig in der Nähe war. Der Verunglückte wurde dann vom "Roten Kreuz" in die Brüderliche Klinik gebracht.

* Dem Wachstum der Freilandgärten ist die Witterung der letzten Zeit nicht sonderlich günstig gewesen. Man rechnet daher mit einer späten Ernte. Hauptsächlich in der Pommerziger Gegend werden große Mengen Gurken angebaut, die dann auf dem Grünberger Markt zur Schüttle kommen.

* Über Kirchen-Diebstähle wird von verschiedenen Seiten Klage geführt. Sind derartige Diebstähle an sich schon zu verdammen, um so mehr sind die Beschädigungen der Bäume, die mit dem Abfallen der Früchte verbunden sind, verabscheudungswürdig. Gegen Baumfrevel ist in letzter Zeit von den Gerichten mit aller Strenge vorgegangen worden.

* Zwei "Köpfe" auf einem "Bein". Im Garten des Herrn Elter wurde Salat geerntet, bei dem auf einer Wurzel zwei vollausgebildete Köpfe festgestellt wurden.

* Schwurgericht Slogan. Am Sonnabend stand die Arbeiterin Gertrud Schmidt aus Neusalz unter der Anklage des Meineids. Die Strafsache hat ihre Vorgehäsche in einem Entscheidungsprozeß, den der Zeuge Decker aus Neusalz vor dem Landgericht in Glogau betrieb. Die Angeklagte, die zu dem Chemnitzer Decker Beziehungen unterhielt, wurde auf Erfüllung des Landgerichts vom Amtsgericht Neusalz als Zeugin vernommen und verneinte unter Eid die Frage des Ehebruchs mit Decker. Es lag nahe, daß Decker als Ansitzer gelten konnte. Gegen ihn wurde ebenfalls die Voruntersuchung eröffnet und Haftbefehl erlassen, doch endete das Verfahren mit der Außerverfolgungsehung. Die Angeklagte Schmidt war geständig, leugnete aber, daß Decker sie angegriffen habe. Ihr Motiv zur Tat sei gewesen Furcht vor ihren Eltern und das Bestreben, ihre Ehre zu retten. Wenn sie auf das Recht der Verweigerung ihres Zeugnisses aufmerksam gemacht worden wäre, hätte sie die Eidesleistung verweigert, erklärte die Angeklagte weiter. Tatsächlich lagen bei der Angeklagten die Voraussetzungen des § 157 Biffer 1 des St.-G.-G. vor, die Angeklagte hätte sich bei Wahrheitsgemäßem Antwort einer strafbaren Handlung, nämlich des Ehebruchs beziehend müssen. Unter diesen Voraussetzungen beantragte der Anklagevertreter 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 4 Monate und 15 Tage Gefängnis. Bei der Frage der Strafumsetzung berücksichtigte das Schwurgericht die seelische Notlage der Angeklagten, die bestimmt unter dem Einsturz des Decker gestanden habe; im ferner den häuslichen Verhältnissen und ihr reumütiges Geständnis. Das Schwurgericht eröffnete der Angeklagten weiterhin, daß es ein Gesuch auf Strafumsetzung befürworten werde.

* Verhärting der Bestrafung der Brandstifter. Die Landwirtschaftsamt Niederschlesien hat bei dem Generalstaatsanwalt eine schärfere Bestrafung der Brandstifter beantragt. Der Generalstaatsanwalt teilt nun mit, daß der Bekämpfung der Brandstiftungen ein ganz besonderes Interesse zugewendet wird. Es ist bereits seit Jahren eine Brandermittlungskommission von der Provinzial-Feuerwehr eingerichtet, die im engsten Zusammenwirken mit Staatsanwalt und Polizei alsbald nach Entdeckung eines größeren Brandes an der Brandstelle ihre Nachforschungen anstellt.

* Das gestohlene Fahrrad "Balbur", das — wie wir berichteten — aus dem Hause für des Restaurants "Pagenhofer" entwendet worden ist, wurde z. T. im Leich der Bergschloßbrauerei gefunden. Es fehlen die Kette sowie das Vorderrad und Hinterrad mit Freilauf Marke "Stern". Anscheinend hat der Dieb die fehlenden Teile für seine Zwecke verwandt.

Eingesandt.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion nur die preußische Verantwortung.

Evangelische Kirchensteuer in Grünberg.

Wie vor kurzem mitgeteilt, haben die Evangelischen Kirchlichen Körperschaften beschlossen, die Grundbesitzer nicht nur — wie bisher — mit 18 Prozent der Einkommensteuer, sondern noch mit 10 Prozent der Grundvermögensteuer neben einer ebenfalls neu eingeführten, aber einer allgemein gültigen Kopfsteuer zu beladen.

Wie nun verlautet, soll die für den Grundbesitz ganz untragbare Grundvermögensteuer sogar nicht nur von der eigentlichen Grundvermögensteuer, sondern auch von dem 100 prozentigen Zuschlag erhoben werden, welchen der Staat vor etwa 1½ Jahren eingeführt hat.

Dem Urteil derjenigen, welche davon betroffen werden — wenn es sich bewährt — soll nicht vorgegriffen werden.

Wir sind grundsätzlich der Ansicht, daß das Grundvermögen, gefestigt und steuerlich überbürdet, nicht nur von jeglicher weiterer Besteuerung, wo sie auch herkommen möge, frei bleiben muß. Es hat sogar in erster Linie den Anspruch auf halb mögliche steuerliche Erleichterung.

Infolgedessen machen wir auch nicht den Vorschlag, der wäre, daß diejenigen nach der Grundvermögensteuer besteuert werden könnten, welche keine Einkommensteuer zahnen, und somit auch von der Kirchensteuer befreit sind.

Sucht aber die Kirche nach Steuerobjekten, dann soll sie zuallererst Gerechtigkeit walten lassen, und nicht die Minderheit, die heute noch Steuern zahlt, durch Verdopplung und Verdreifachung ihrer Last in Anspruch nehmen, zum Dank dafür aber — wie ebenfalls verlautet — im übrigen lieber mit der Mehrheit gehen, die keine oder nur geringere Lasten trägt. Das ist zwar sehr leicht, führt auch begreiflich zu steuerlichen Konzessionen, ist

Gegen den Abbau des Zeichen- und Kunstunterrichts an den höheren Schulen

richtet sich folgender Einspruch, der die Billigung und Unterstützung zahlreicher führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Technik, Industrie, Handel, Politik und Volkswirtschaft gefunden hat:

Die letzte große Schulreform vom Jahre 1925 hat die Bedeutung und den Wert der Kunstsächer für die Bildung der Gesamtpersönlichkeit erkannt und ihnen im Lehrplan der höheren Schulen die notwendige Geltung verschafft.

Preußen, das durch seine Schulreform vorbildlich war, entschied jetzt, nach 6 Jahren, dem Zeichen- und Kunstunterricht als Sparmaßnahme die unbedingt notwendigen Stunden. Was alle Strömungen der pädagogischen Bewegung als richtig erkannt hatten: daß alle Anlagen im Menschen, neben dem Verstande das Gefühl, das Irrationale im Leben zu einer Harmonie der Gesamtpersönlichkeit ausgestaltet werden müssen, ist dadurch ernstlich bedroht, verheißungsvolle Anfangsarbeit gefährdet.

Der gesamte wissenschaftliche Unterricht verlor durch die Notverordnungen etwa 6 Prozent seiner Stunden, das eine künstlerische Lehrfach "Zeichen" an einzelnen Schularten 22 und 28 Prozent, am Reformrealgymnasium sogar 33 Prozent. Damit wurden dem Zeichenunterricht, namentlich in den Oberklassen, fast alle Lebensmöglichkeiten genommen und erneut der einseitige intellektualistische Charakter unserer höheren Bildung gestärkt.

Wir deutsche Kunsterzieher sind uns der Notlage unseres Volkes voll bewußt. Die Einschränkungen aber, die man der Kunsterziehung auferlegt, können zur Minderung der Ausgaben nichts Nennenswertes beitragen; diese Sparmaßnahme gefährdet jedoch die Aufgabe, in der deutschen Jugend die Schau, Erlebnis- und Gestaltungskräfte und damit die schöpferische Tatkraft unseres Volkes zu wecken und zu entwickeln.

Wir fordern daher:

1. Es dürfen durch Sparmaßnahmen keine lebenswichtigen, kulturellen Werte gefährdet oder gar zerstört werden.
2. Dem Zeichen- und Kunstunterricht an den höheren Schulen sind keine Stunden zurückerhalten, damit dauernder Schaden verhindert wird.

Unser Einspruch richtet sich gegen die drohende Verhüllung als richtig erkannt und für die Zukunft unseres Volkes höchst wichtiger Bildungs- und Erziehungsarbeit. Daher sind wir der Zustimmung aller weitblickenden und schöpferischen Menschen gewiss.

Aus der Provinz Schlesien.

Kreis Grünberg.

* Ochelhermsdorf, 18. Juni. Aufgelöst wurde der Verein der evangel. männlichen Jugend, da sich die konfirmierte Jugend an dem Vereinsleben nur schwach beteiligte. Beurlaubt ist vom 1. Juli bis 4. August der Seelsorger der hiesigen Gemeinde. Außer dem Predigtgottesdienst fallen alle Versammlungen aus.

* Schlesischnetzkow, 18. Juni. Die kirchliche Gemeindevertretung erließ eine Verlaubauflage, worin sie bittet, vor und nach Trauungen nach Möglichkeit alle störenden Geräusche zu vermeiden. Es soll selbstverständlich niemanden die Teilnahme an den Trauungen (sog. Brautschauen) verwehrt werden. Jedoch das stürmische Hinausdrängen nach der Trauung sei geeignet, die innere Erhabenheit der Neuerwählten und der Trauzeugen sehr schnell zu zerstören. Auch sei die wenigen Minuten vor Beginn des Eingangsgesanges (also während des Geläutes) und des Orgelvorspiels die Würde und Heiligkeit des Gottesdienstes zu behaupten. Beides, Geläut und Orgelvorspiel, sind als Auhepaus zu innerer Sammlung und zur Vorbereitung des Gottesdienstes selbst gedacht.

* Saabor, 18. Juni. Standesamtliches. Der Regierungspräsident hat den Förster Otto Schmidt hier selbst zum 1. Standesbeamten-Stellvertreter für den Standesamtsbezirk Saabor bestellt.

(v) Milzig, 19. Juni. Priesterjubiläum. Pfarrer Spillmann, vom Erzbischöflichen Amt Breslau zum Ehrenpriester ernannt, feierte heute sein 25-jähriges Priesterjubiläum unter großer Anteilnahme der Pfarrkinder aus der weiten Diasporagemeinde Milzig. Von Pfarrhof wurde der Jubilar im feierlichen Zuge unter Vorantritt der Kirchensäben und in Begleitung seiner beiden Studienfreunde, Konfrater Becker aus Karlstein und Erzpriester Wolny aus Kleinitz in die Kirche geleitet. Die Festpredigt, welche besonders dem Jubilar galt, hielt Erzpriester Wolny-Kleinitz. Der Kirchenchor Milzig sang unter Leitung des

ober unseres Erachtens weder richtig, noch gerecht und deshalb auch nicht christlich.

Es soll hier nicht untersucht werden, wieviele von denen, die die neue Besteuerung beschlossen haben, Grundbesitzer sind bzw. überhaupt noch Steuern bezahlen; denn es ist ja seit der Revolution üblich, daß zumeist solche Leute die Steuern beschließen, welche wissen, daß sie selbst jene nicht mit zu tragen haben. Die evangelische Kirche in Grünberg sei auf der Hut!

Einige bisher treue Kirchenanhänger.

Zum Pflichtarbeiterstreit in Grünberg.

Der Wahrheit die Ehre!

Endstehend Unterzeichnete waren in der betreffenden Versammlung des Aktions-Ausschusses zugegen und bedauern hiermit, daß Herr M. Hömke von der Ausnützung der "Dummheit der Massen" gefrochen hat.

Grünberg, 17. Juni 1922.

Karl Röhr, Hermann Schwarz, Walt. Sebese.

Hinweis.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion nur die preußische Verantwortung.

Für Schwerhörige! Die Deutsche Akustik-Gesellschaft Berlin hat anlässlich ihres 25-jährigen Geschäftsbestehens einen ganz neuartigen Hörrapparat für Schwerhörige herausgebracht, welcher so klar und rein arbeitet, daß auch nervös schwerhörige Personen die Benutzung als Wohlfahrt empfinden. Der größte Vorteil des Fabrikates ist die Unauffälligkeit beim Tragen, auf die ja die Schwerhörigen besonderen Wert legen. (Röhriges Sehe Anzeige in der heutigen Rundschau.)

neuen Kantors Nerrlich. Mit "Te Deum" und heiligem Segen schloß die kirchliche Feier. Dann ging es im Zuge zurück auf den Pfarrhof. Schul Kinder aus Dammerau brachten unter Leitung des Lehrers Wilpert einige Lieder zu Gehör. Es folgten Gratulationen. Erzpriester Wolny sprach im Namen des Archipresbyterats Grünberg herzlichen Glückwunsch aus. Im Namen der Patronin, Prinzessin Hermine, und der Herrschaft Saabor gratulierte Prinzessin Drescher-Saabor. Eine längere Ansprache hielt Lehrer Wilpert, der das Wirken des Jubilars in dessen 18-jähriger Amtszeitigkeit in guten wie schweren Zeiten würdigte. Im Namen der Gemeinde beglückwünschte er ihn zum Ehrentage und zu seiner Ernennung zum Ehrenpriester. Der Jubilar dankte allen in herzlichen Worten die ihm zuteil gewordene Aufmerksamkeit. Er dachte auch des Tages, als er vor 18 Jahren als fremder Pfarrer eingeführt wurde in die ihm so lieb gewordene Gemeinde, die er infolge seines starken Augenleidens nun bald verlassen müsse. Das schön gelegene Kirchlein war festlich geschmückt und hatte einen Besuch aufzuweisen, wie wohl an seinem Festtag des Jahres.

(a) Kotszig, 18. Juni. Die Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Kriegsbeschädigter hat beschlossen, sich der am 22. Juni in Breslau stattfindenden Protestkundgebung wegen Kürzung der Renten anzuschließen. Mit Predigtredigung wurde von einem an den Reichspräsidenten von Hindenburg gelandeten Telegramm Kenntnis genommen. (S. "Gründerberger Wochenblatt Nr. 141.)

(b) Karschin, 18. Juni. Landwirtschaftliches. Der erste Schnitt des Henes ist hier in vollem Gange. Die hoch gelegenen Wiesen bringen guten Ertrag, bei den tief gelegenen Wiesen ist der Ertrag unbefriedigend, was auf das Hochwasser von 1929 zurückzuführen ist, da das Wasser über den Winter bis zum Frühjahr 1930 auf den Wiesen stand.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Bunzlau, 18. Juni. Großener. In Großschwitz wurden gestern durch Großfeuer Wohnhaus, Gastwirtschaft und Stallung des Gutsbesitzers Marx eingäschert. Bei dem brennenden Winde griffen die Flammen auf das Wohnhaus des Amtsverwalters Scholz, sowie auf Wohnhaus, Scheune und Stallung des Stellvertreters Beier über. Sämtliche Gebäude wurden vollständig vernichtet. Viel Gesetzte, das Hausratventar, sowie landwirtschaftliche Maschinen usw. fielen den Flammen zum Opfer. Das Vieh konnte gerettet werden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Entstanden ist das Feuer dadurch, daß beim Anlegen von Heilig auf dem Herdfeuer die Flammen aus dem Schornstein schlugen und das Dach der Gastwirtschaft in Brand setzten. Der entstandene Schaden ist erheblich.

Jauer, 18. Juni. Klage gegen den Vater. Vor dem Lügner Arbeitsgericht stellte ein Lassierer S. gegen seinen Vater auf Zahlung von 5800 RM. Gehalt. Den Betrag forderte der Kläger für Arbeit, die er von Jugend an bis zu seiner Militärzeit 1921 in dem Speditions- und Kohlengeschäft seines Vaters geleistet hat, und zwar klage er deshalb erst jetzt, da er angeblich seinen anderen Geschwistern gegenüber benachteiligt wurde. In Wirklichkeit soll er eine Abfindung von etwa 3000 RM. erhalten haben. Da nach mehr als 10 Jahren eine derartige Forderung gegen den Vater nicht wirksam gestellt gemacht werden kann, wurde der Sohn mit seiner Klage abgewiesen.

Landeshut, 18. Juni. Riesensteinpilz. Von einem Volkschüler wurde bei einem Spaziergang in den Zwergsteinen bei Görlitzdorf ein gesunder Steinpilz im Gewicht von 1½ Pfund gefunden.

Kupferberg, 18. Juni. Seit über 100 Jahren das erste Feuer. Im Jahre 1824, als die Stadt noch in Blüte stand, als viele Bergknappen das Kupfererz aus der Erde holten und die Straße vom Riesengebirge nach Breslau noch über Kupferberg führte, braunte, wie die Chronik zu berichten weiß, die Stadt fast völlig nieder. Seither blieb Kupferberg von Schadfeuer verschont. Es war daher etwas Unerwartetes, als das am Donnerstag die Feuerwehr die Feuerwehr, die seit Bestehen noch nie Gelegenheit zur Belebung im Heimatdorf hatten, herbeizurufen. Durch Fahrt läufigkeit war in dem Untergebäude eines Grundstücks Feuer ausgebrochen, das bei starkem Winde auch die Nachbarschaft gefährdet. Doch konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Großer Schaden ist übrigens nicht entstanden.

Freiburg, 19. Juni. Gedenktafel für Eduard Becker. Hier wurde am Geburtshause des Dichterkomponisten Eduard Becker (am 27. Juni 1841 geboren und am 2. März 1896 in Waldenburg gestorben) eine Bronzetafel zur Erinnerung von den Freiburger Männergesangvereinen geweiht. Becker ist durch sein Schlesierlied "O du Heimat lieb und traut" bekannt geworden. Bei dem Weibeat hielten Bürgermeister Berger namens der Stadtverwaltung und Rektor Kroker namens der Gesangvereine Ansprachen. Dann wurde die Tafel in die Obhut der Stadt übernommen.

Breslau, 18. Juni. Universität um weitere 121.570 RM. gefürkt. Nachdem der Staat des Kultusministeriums der Breslauer Universität schon eine Kürzung des Staatsaufwands für das Rechnungsjahr 1932/33 in Höhe von 531.590 RM. gegenüber dem Vorjahr beschert hatte, hat der preußische Finanzminister den bereits genehmigten Staatsaufwand von 3.988.070 RM. neuerdings noch um 121.570 RM. gefürkt. Demnach erhält die Breslauer Universität für das Rechnungsjahr 1932/33 als Staatsaufwand 3.861.500 RM. — Volksbühne gegen Deutsche Bühne. Die Breslauer Volksbühne hat gegen die Deutsche Bühne eine einstweilige Verfügung dahin erwirkt, daß es der Deutschen Bühne unterstellt wird, Programme zu verstellen, in denen sie niedrigere Preise anfündigt, als sie die Breslauer Volksbühne hat. — Pressevergehen. Das Erste Schlesische Schriftstellergericht verurteilte den Herausgeber der "Tribüne", Grusowitz, wegen übler Nachrede zu 150 RM. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis, den Redakteur Heinz Leuner zu 80 RM. Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis. In dem genannten Blatt war im Februar v. J. ein Artikel erschienen, unter der Überschrift "Skandal um Stadtrat Wohlweber", in welchem diesem nachgesagt wurde, daß er als gut besoldeter Stadtrat sein Amt missbraucht habe. Diese Behauptung erwies sich als unwahr.

Gubran, 18. Juni. Selbstmord. In Sallschütz wurde der Befürer Gustav Littmann in der Scheune mit durchschnittenem Kopf aufgefunden. Der 63 Jahre alte Mann lebte in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Mordkommission stellte fest, daß Selbstmord vorliegt. Littmann hat in der letzten Zeit unter Wahnsinnstötungen gelitten und durfte in einem solchen Anfall die Tat begangen haben.

Glatz, 19. Juni. Selbstmord eines Liebespaars. Der 23-jährige Dödeder Felix Büschel aus Meuselwitz (Thüringen) und die 18-jährige Elisabeth Büschel aus Klosterbach (Kr. Grottkau) haben ihrem Leben ein Ende gemacht, weil die Eltern des Mädchens das Verhältnis mit dem jungen Manne nicht dulden wollten. Sie wurden an der Straße von Walliswitz nach Oberschwedeldorf an einem Baum hängt aufgefunden.

Lages-Nachrichten aus aller Welt.

** Glückwunsch des Reichspräsidenten zur Verlobung im schwedischen Königshause. Berlin, 18. Juni. Anlässlich der Verlobung des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg-Gotha hat Reichspräsident von Hindenburg dem König von Schweden in einem herzlich gehaltenen Telegramm seine Glückwünsche übermittelt.

** Rücktritt Furtwänglers von der Leitung der Bayreuther Festspiele. Berlin, 18. Juni. Wilhelm Furtwängler ist von seinem Posten als musikalischer Leiter der Bayreuther Festspiele wegen prinzipieller Differenzen mit Frau Winifred Wagner zurückgetreten.

** Funkspruch des Transoceanfliegers Hansner. London, 18. Juni. Der erste von dem polnischen Flieger Hansner selbst von Bord des Deltankesschiffes „Cereschell“ ausgesandte Funkspruch besagt, daß er am 4. Juni nach 28tündigem Fluge auf das Meer habe niedergehen müssen. Er bedauere sehr den Verlust seines Flugzeuges, hoffe aber, seinen Verlust eines Nonstopfluges New York-Warschau noch in diesem Jahre wiederholen zu können.

** Neue Syur von Bertram. Sydney, 19. Juni. Das Motorboot, mit dem die Nachforschungen nach dem vermissten deutschen Flieger Bertram unternommen werden, hat eine von seinem Flugzeug herührende Mitteilung aufgefunden, in der es heißt, daß Bertram und sein Begleiter das Flugzeug verlassen haben, und sich auf einem der Schwimmer des Flugzeuges auf dem Weg nach Westen befinden.

** Angeklagererhebung gegen Falschmünzer Salaban. Berlin, 18. Juni. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat jetzt nach Abschluß der Voruntersuchung gegen Cornel Salaban und dessen Chefrau Martha Salaban Anklage wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Falschmünzer und gegen Cornel Salaban auch wegen unbefugter Führung des Doktorat erhoben. Beide Angeklagten befinden sich in Untersuchungshaft.

** 75 000 RM. nach Holland verschoben. Berlin, 18. Juni. Wegen fortgesetzten Vergehens gegen die Devisenordnung wurde der Bankbeamte Alfred Hornu vom Schnellfahrtgericht zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 RM. Geldstrafe verurteilt. Er schwerend wurde ihm neben der Höhe der verschobenen Summe seine Stellung als Beamter bei einem großen öffentlichen Bankinstitut angerechnet.

** Anklagererhebung wegen des Anschlags auf Dr. Luther. Berlin, 18. Juni. Wegen des Attentats, das am 9. April auf dem Potsdamer Bahnhof gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübt worden ist, hat jetzt die Staatsanwaltschaft I Berlin nach Abschluß der Voruntersuchung Anklage gegen Dr. Max Roeder und den Kaufmann Werner Kertcher wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer Waffe und Gemeinschaftlicher Körperverletzung erheben. Beide Angeklagten befinden sich in Untersuchungshaft.

** Große Brände im Kreise Berent. Danzig, 18. Juni. Gestern brach in zwei Orten im Kreise Berent, in Sanddorf und Konarzyn, Großfeuer aus, dem insgesamt 10 Wohnhäuser, 14 Wirtschaftsgebäude, das bekannte katholische Museum Wodzic sowie totes und lebendes Inventar zum Opfer fielen. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen. Bei den Bränden wurden drei Personen verletzt, darunter eine Person in Konarzyn so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezwiegt wird. Über die Entstehung des Großfeuers ist bisher noch nichts Näheres bekannt.

** Hühnerdieb von einem Landwirt erschossen. Stettin, 18. Juni. In Möhringen bei Stettin wurde in der vergangenen Nacht ein Hühnerdieb von einem Landwirt erschossen. Der Landwirt hatte sich nachts auf die Lauer gelegt, um Ratten zu schießen, da diese seit längerer Zeit den Taubenschlag heimsuchten. Auf dem Hofe sah er sich plötzlich einem Manne gegenüber, der sich am Hühnerstall zu schaffen machte. Als er ihn anriß, warf ihm der Hühnerdieb ein bereits geschlachtetes Huhn ins Gesicht. Der Landwirt stach nur den Dieb durch einen Schuß in den Hinterkopf tot zu Boden. Es handelt sich um einen 39 Jahre alten, erst am 9. Juni aus dem Sudithaus Naugard entlassenen vielfach vorbestraften Arbeiter Hoffmann aus Stettin.

** Zusammenstoß zwischen einem Triebwagenzug und einem Postauto. Kiel, 19. Juni. Beim Bahnhof Nordertorhof der Strecke Husum-Kiel stand heute vormittag der von Husum kommende Triebwagenzug an einem nicht bewachten Straßenübergang mit einem stark beladenen, von Kiel nach Tönning fahrenden Postauto zusammen. 21 Fahrgäste des Postautos wurden verletzt, davon vier erheblich.

** Direktor Seifert wegen der Greiling-Steueraffäre festgenommen. Dresden, 18. Juni. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen wegen angeblicher Steuerhinterziehung bei der Zigarettenfabrik Greiling A.-G. ist heute Direktor Seifert, der 1931 aus der Geschäftsführung der Firma ausgeschieden war, festgenommen worden.

** Gemäldebeschädigung auf Schloß Hohenbuchen. Wiesbaden, 18. Juni. In der vergangenen Nacht wurde in das Schloß Hohenbuchen bei Wiesbaden ein Einbruch verübt, bei dem den Dieben acht Gemälde und 12 Vasen aus Bronze und chinesischem Ton in die Hände fielen. Da man annimmt, daß die Diebe nach dem Ausland geschafft werden soll, haben die Grenzbehörden Anweisung erhalten, scharf aufzupassen.

** Zwei Todesopfer eines Motorradunfalls. Sonnenberg i. Thür., 18. Juni. Im benachbarten Stochheim (Oberfranken) fuhr nachts ein Motorrad auf einem auf der Straße stehenden Autoladung auf. Der Fahrer und sein Sohn blieben bewußtlos auf der Straße liegen und starben kurze Zeit darauf, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

** Drei Tote bei einem Autonnglüd. Augsburg, 18. Juni. Ein Lieferauto einer Augsburger Brauerei geriet heute nacht auf der nach Schwabmünchen führenden Straße in einer Kurve ins Schleudern, es stieß gegen einen Baum und stürzte die Straßenböschung hinab. Zwei der Mitfahrer wurden auf der Stelle getötet, ein dritter so schwer verletzt, daß er bald danach starb. Die übrigen zwei Personen, die sich auf dem Wagen befanden, sind im schwerverletzten Zustand ins Krankenhaus Schwabmünchen gebracht worden.

** Ein Bürgermeister von einem Stier getötet. Straßburg i. E., 18. Juni. Der Bürgermeister von Gräfendorf, Ingwiller, wurde von seinem Stier, der plötzlich wild wurde, angefallen und konnte sich des Tieres nicht erwehren. Der wütende Stier drückte Ingwiller an die Wand und fügte ihm so schwere Schläge und innere Verletzungen zu, daß Ingwiller im Spital von Hagenau an den Folgen der Verlebungen starb.

** Tod in den Bergen. Graz, 19. Juni. Bei einer Klettertour auf den sogenannten Rabenrat bei Mürzsteg fiel heute der Fabrikbesitzer Franz Kandler und sein Begleiter, der ungarische Student Baron Georg Bojnis, abgestürzt. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden.

** Überschwemmungen im Département Haute-Garonne. Paris, 18. Juni. Große Gebiete des Départements Haute-Garonne sind von starken Überschwemmungen heimgesucht worden. Das Wasser steht stellenweise fünf Meter hoch. Viele Straßen sind unpassierbar. Die Bewohner eines abseits gelegenen Gehöfts mußten durch die Feuerwehr befreit werden. Der Sachschaden ist bedeutend.

** Das Eisenbahnmüll in England. Birmingham, 18. Juni. Nach den letzten Nachrichten wurden bei dem Zugunglück von Stafford Dutzende von Reisenden bewußtlos aus den Trümmerwällen geborgen. Nachdem die Lokomotive aus bisher unbekannter Ursache entgleist war, stieß sie gegen Telegraphenstangen und stürzte dann mit mehreren Wagen die Böschung hinunter.

** New Yorker Bootlegger erschossen. New York, 19. Juni. In Brooklyn wurde heute Vannie Higgins, einer der führenden New Yorker Bootlegger, in der Nähe des Polizeipräsidiums aus dem Hinterhalt von gegnerischen Gangstern erschossen. Seine siebenjährige Tochter, die ihn begleitete, wurde verwundet.

** Erdbeben in Mexiko. Mexiko, 18. Juni. Im Gebiet von Manzanillo, einer westlich von Mexiko am Stillen Ozean gelegenen Stadt, hat sich ein Erdbeben ereignet. Die Verbindungen sind unterbrochen. In der Stadt Colima sind viele Häuser beschädigt und mehrere Menschen getötet.

Nachtmusik vor dem Gebäude des Dresdner Zwingers.



Die sommerlichen Nachtmusik-Veranstaltungen vor dem Dresdner Zwinger haben begonnen. Kein schönerer Rahmen ist für Mozarts Nachtmusik denkbar, als dieser herrliche Rokokobau. Das Konzert und der Rahmen, der ihm gegeben wird, lockt gleich bei der ersten Veranstaltung 4000 Besucher.

200-Jahrfeier des Einzuges der Salzburger in Ostpreußen.

Gumbinnen, 19. Juni. Die Feiern zur Erinnerung an die vor 200 Jahren erfolgte Einmündung von Salzburgern wurden gestern nachmittag mit einer Gedächtnisfeier im blumengeschmückten Festsaal der Friedrich-Schule eingeleitet, bei der Archivrat Dr. Gollub (Breslau) die Rede hielt. Er schilderte den Leidenszug der aus Salzburg Vertriebenen, die am 17. und 18. Juni 1732 in Gumbinnen ihre neue Heimat fanden.

Der Hauptfeitag des 200-Jahrfeier des Einzuges der Salzburger in Ostpreußen wurde heute durch Gottesdienst sowie durch einen Feldgottesdienst eingeleitet. Gegen Mittag fand ein Festakt am Denkmal Friedrich Wilhelms I. statt. Studiendirektor Sennhüber führte in seiner Festrede u. a. aus, die Salzburger in Ostpreußen wären ihrer Väter nicht wert, wenn sie nicht immer wieder ihrer Stammesverwandten in der Väterheimat und in ganz Österreich gedachten, vor allem aber auch der östlichen Brüder im Memel-land, in Danzig, Westpreußen, Posen und Oberschlesien. Weitere Ansprachen hielten Oberpräsident Siehr, der Präsident der Provinzialzirkone, von Berg-Marken, und Landeshauptmann Dr. Blunk.

Am Nachmittag fand ein Festzug statt, der mit den Trachten der Zeit vor 200 Jahren ein buntbewegtes Bild darbot. Anschließend folgte ein von Salzburger Gästen aufgeführtes Freilichtspiel „Um des Glaubens willen“, und abends die Aufführung von Schönherrns „Glaube und Heimat“.

Deutscher Waffentag der Kavallerie.

Hannover, 19. Juni. Der zweite deutsche Waffentag der Kavallerie vereinigte seine Teilnehmer und Gäste heute vormittag im Stadion von Hannover zu einem Gottesdienst, in dessen Mittelpunkt die Ehrung der Gefallenen des Weltkrieges stand. Nach dem Gottesdienst verließ Generalfeldmarschall von Mackensen die Tribüne und schritt unter den Klängen des Präfentiermarsches die Front der Reichswehrkavallerie ab. Der Kommandeur des Wehrkreises 6, Generalleutnant Fleck, betonte in einer Ansprache die hohe Bedeutung der alten deutschen Kavallerie für die junge Reichswehr. Mit kurzen Dankesworten erwiderte der Generalfeldmarschall von Mackensen, der anschließend die Reihen der alten Kriegskameraden abschritt, mit denen er hier und da einige herzliche Worte wechselte.

Inzwischen hatten Tausende von Zuschauern auf den mit Flaggen reich geschmückten Festtribünen Hannovers Aufstellung genommen, um den Festzug, der sich im Stadion gesäßt hatte, anzusehen. An der Spitze zog eine Reichswehrkavallerie voran, vor die alten Standarten. Ihnen folgten in einer endlosen Reihe die Abordnungen der Kavallerie-Regimenter.

Der Festzug endete schließlich vor dem neuen Rathaus, wo Generalfeldmarschall von Mackensen und die übrigen Generäle des alten Heeres und der Reichswehr den Vorbeimarsch abnahmen. Heute nachmittag fand dann der interne Befreiertag des Waffentag der Kavallerie in der Stadthalle statt.

Nachmittags fand eine große vaterländische Kundgebung im Stadion statt. Generalfeldmarschall von Mackensen sprach von dem alten Reitergeist, der die Soldaten des Freiheitskrieges und des Weltkrieges beherrschte und richtete besonders an die Jugend den Appell, sich als würdiger Erbe dieses Geistes zu erweisen. Seine Rede klang aus in dem Deutschlandsiedlung. Mit einem Kapitentrich der Kavallerie und einem Feuerwerk schloß die Veranstaltung. Am Schlusse des Abends blieben die Teilnehmer noch in fröhlicher Kameradschaft bei einem Reiterkonzert zusammen.

Lesen Sie das Grünberger Wochenblatt!

Wasserstand der Oder.

Datum 8 Uhr vormittag	Battendorf		Dippell		Netze		Reichenbach		Brieg		Breslau		Döbberitz		Grottau		Glogau		Lichtenberg	
	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	
18. 6.	1.22	2.04	0.40	1.78	2.45	0.20	2.00	1.80	1.37	1.10	1.25									
19. 6.	1.17	2.08	0.40	1.80	2.01	0.54	1.86	1.82	1.68	—	—									
20. 6.	1.12	2.07	0.46	1.60	2.22	0.24	1.64	—	—	—	—									

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen

Schneidemühl, 18. Juni. Forderungen der grenznahen Landwirtschaftsgläubiger. Der Schutzbund landwirtschaftlicher Gläubiger in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen hat sich in seiner jüngst stattgehabten Mitgliederversammlung mit den dringendsten Fragen der Ostflügelnotverordnungen beschäftigt und nach eingehender Aussprache einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Sicherungsverordnung vom 17. November 1931 hat ihren Zweck der Sicherung der Ernte 1932 im Interesse der Volksnahrung erfüllt. Es muß daher gefordert werden, daß alsbald Bestimmungen ergehen, die den auf Grund der genannten Verordnung zu Ungunsten der landwirtschaftlichen Gläubiger geschaffenen Ausnahmestand wieder in rechtlich geregelte Verhältnisse überführen. Als weitere, besonders vordringliche Forderungen werden aufgestellt: 1. Festsetzung eines bestimmten kurzfristigen Termins, bis zu dem die gesamte Umschuldung beendet sein muß. 2. Wechselzinsen und Diskontspreise müssen von den Trennhändlern bezahlt werden. Sind keine Mittel vorhanden, so muß gefordert werden, daß diese Beiträge aus dem Betriebssicherungsfonds bezahlt werden. 3. Forderungen aus Lieferungen von Düngemitteln, Saatgut usw. aus früheren Jahren sind bevorzugt aus Umschuldungsmitteln oder aus Mitteln des Betriebssicherungsfonds zu bezahlen oder zu bevorrufen. 4. Gesetzlich verankerte Mitbestimmung der Gläubiger bezw. Gläubigerabschlußverbände bei der Durchführung der Umschuldung unter Besiegung der Bestimmungen über Zwangsabfuhr.“

Aus der Provinz Brandenburg. Kreis Großen.

Großen, 18. Juni. Bertranenfrage im Landtag. Wie man erfährt, wird gegenwärtig eine schriftliche Abstimmung über einen von nationalsozialistischer Seite gegen die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes eingebrachten Mithranenstanz durchgeführt. Von dem Ergebnis will der Vorstand seine weiteren Entschlüsse wegen etwaiger Neuwahl des Vorstandes abhängig machen.

Rundfunk-Programm für den 21. Juni 1932.

Königswusterhausen 184 kHz / 1635 m / 75 kW
5.45: Wetter. — 6.00: Gymnastik. — 6.15: Siehe Breslau. — 10.00: Nachrichten. — 10.10: Schulfunk. Beim Leichtuhrwärter in Brüderort. Von Orlamünd-Rundfunk. — 12.00: Wetter. — 12.05: Französischer Schulfunk. Lebte in der Liberté in France. — 12.30: Schallplatten. Ein Konzert. Anschließend: Wetter. — 12.55: Zeitzeichen. — 1.30: Wetter, Nachrichten. — 2.00: Schallplatten. Phantastische Sinfonie von H. Berlioz. — 3.00: Röntgen-Kinder-Stunde. a) Voltastinter-Instrumentation. b) Hörspiel und Grete. c) E. Rabits: Spielstuhl für Kinder. — 3.30: Wetter, Börse. — 3.45: Frauen-Stunde. Handarbeiten für die Sommerfrische. — 4.30: Nachmittag-Konzert. — 5.30: Hochschulfunk. Der Tross in der Dichtung des Gegenwart. — 6.00: Das Thema in den Instrumental-Musik. — 6.30: Englisch für Fortgeschritten. — 6.55: Wetter. — 7.00: Gedanken zur Zeit. — 7.40: Technik und Freizeitlichkeit. — 8.00: Ich läwöre bei Gott. — 8.15: Lieder. — 8.25: Chor-Konzert zur 8. Generalversammlung des Deutschen Arbeitersängerbundes e. V. in Hofjäger, Braunschweig. Von Norddeutschen Rundfunk. — 9.00: Mittsommernacht. Dichtung für Mutter von A. Schmid. Mutter von Edmund Rid. — 9.45: Röntgen-Konzert der Breslauer Funk-Kapelle. Von Silesischen Rundfunk. — 10.20: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschließend: Spät-Konzert der Hamburger Philharmonie. Von Norddeutschen Rundfunk. — 11.30: Landwirtschaftliche Kreise. Anschließend: Landwirtschaft und ihre Männer. — 5.55: Kriminalis im alten Breslau. — 6.35: Das wird Sie interessieren! — 6.40: Geburtstag Johanna Schlaß. — 7.00: Wetter. Intime Mutter. — 7.35: Wetter. Von D. 1089 — 8.15: Stredenwetter und Zielstellung. — 8.00: Röntgen-Konzert der Breslauer Funk-Kapelle. — 8.50: Nachrichten. — 9.00: Mittsommernacht. Dichtung für Mutter von A. Schmid. Mutter von Edmund Rid. — 9.45: Röntgen-Konzert der Breslauer Funk-Kapelle. — 10.20: Wetter, Nachrichten, Sport. — 10.40: Unterhaltungs- und Tanzmusik der Kapelle Erich Suwel. Aus dem „Café Hindenburg“ in Beuthen. Anschließend: Siehe Königswusterhausen.

§ Leonore Prochaska im Tonfilm. Die Ufa bereitet einen Tonfilm vor, der das Schicksal der Leonore Prochaska zum Thema hat. Die Idee zu dem neuen Tonfilm, der den Titel „Morgenrot“ führen wird, stammt von Rolf von Sonnenstiel.

„Graf Zeppelin“ Besuch in Rotterdam.

Bereits wieder in Friedrichshafen gelandet.

Rotterdam, 18. Juni. Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute nachmittag 5.30 Uhr nach seiner Rundfahrt über Ost-Holland, Nord-Deutschland, Nord-West-Holland und der Nordsee glatt in Rotterdam gelandet. Etwa eine halbe Stunde später wurde nach der Auswechselung der Passagiere zum Weiterflug gestartet. Der glatt von statten gegangene Start musste etwas vorzeitig erfolgen, da Kapitän Lehmann es für geraten erachtete, wegen des ziemlich starken Windes, der noch an Stärke zunahm und sich besonders am Boden unangenehm bemerkbar machte, den Weiterflug nach Friedrichshafen so bald als möglich anzutreten. Aus diesem Grunde mußte von dem feierlichen Empfang, der Einnahme von neuem Mundvorrat und der Überreichung eines Vorbeertrages abgesehen werden.

Etwa 10 Minuten vor 5 Uhr war der „Graf Zeppelin“ über der Stadt Rotterdam erschienen. Bald wurde er von sechs Flugzeugen umschwärmt. Beim Er scheinen des Luftschiffes lichen alle Schiffe im Rotterdamer Hafen die Sirenen ertönen, während die schäligungsweise 150 000 Personen zährende Zuschauermenge, unter denen sich auch zahlreiche aus Antwerpen gekommene Belgier befanden, in begeisterte Burufe ausbrach. Das Luftschiff zog erst mehrere Schleifen über der Stadt. Das Wetter war ziemlich unsichtig und der Wind sehr stark. Nach der 5.30 Uhr glatt erfolgten Landung entstiegen die Teilnehmer an der heutigen Rundfahrt der große Kabine des Schiffes. Nach der Begrüßung begaben sich der deutsche Gesandte, der auch an der Rundfahrt teilgenommen hatte, und Gräfin Rech auf Einladung des Prinzenmählens in dessen Automobil nach dem Haag zurück. Während das Luftschiff von allen Seiten photographiert wurde, brach die Sonne, die beinahe den ganzen Tag über sich hinter den Wolken verborgen hatte, strahlend hervor. Nach dem Verabschieden des Luftschiffes gab es auf allen Ausfahrtstraßen, die zum Flughafen führten, gewaltige Verkehrsruhungen, obwohl die Polizei ziemlich ausgedehnte Vorkehrungen getroffen hatte. Besonders auf den Maas-Brücken in der Stadt Rotterdam war der Verkehr gewaltig; es erregten sich jedoch keine ernsten Zwischenfälle.

Friedrichshafen, 18. Juni. Wie der Luftschiffbau Friedrichshafen mitteilt, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute nachmittag kurz vor 6 Uhr in Rotterdam zum Rückflug nach Friedrichshafen aufgestiegen.

Friedrichshafen, 19. Juni. Wie der Luftschiffbau Friedrichshafen mitteilt, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf seiner Rückfahrt von Holland heute morgen 1 Uhr 45 über Friedrichshafen eingetroffen und 2 Uhr 17 gelandet.

Der deutsche Flottenbesuch in Schweden.

Stockholm, 18. Juni. Der deutsche Flottenbesuch in Schweden verlief weiterhin programmatisch. Admiral Albrecht legte an der Gruf der Königin einen Kranz nieder als Dank für ihre Hilfsbereitschaft an den deutschen Kriegsgefangenen und an den nothleidenden deutschen Kindern. Anlässlich des Geburtstages König Gustav's hatte das deutsche Geschwader reichen Flaggenstuck angelegt und Königssalut geschossen. Die Bevölkerung wohnte diesem prächtigen Schauspiel in grohen Scharen von den Ufern aus bei. Der Besuch des deutschen Geschwaders schloß mit Börsen auf der „Königsberg“ für das schwedische Marinetcörps sowie die deutsche Kolonie und mit Sportkämpfen zwischen deutschen und schwedischen Mannschaften im Stockholmer Stadion. Admiral Albrecht wurde kurz vor der Abfahrt des Geschwaders vom König in Audienz empfangen. Das Interesse der schwedischen Öffentlichkeit war bis zum Ende des deutschen Besuches überaus lebhaft, der in jeder Beziehung erfolgreich verlief.

Eröffnung des Schweden-Jahres in Coburg.

Coburg, 19. Juni. Das Schwedenjahr, das Coburg zur Erinnerung an die tapfere Verteidigung Coburgs durch schwedische Truppen im Jahre 1632 veranstaltet, wurde gestern durch die Eröffnung der sogenannten Schweden-Ausstellung im Kongressbau der Feste Coburg in Anwesenheit zahlreicher deutscher und schwedischer Gäste eingeleitet.

Neuregelung der Krisenfürsorge für Arbeitslose.

Berlin, 18. Juni. Durch Verordnung vom 17. Juni 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 28. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 659) mit dem 26. Juni 1932 außer Kraft gesetzt.

Ebenfalls unter dem 17. Juni 1932 wird ein Erlass des Reichsarbeitsministers über die Krisenfürsorge für Arbeitslose veröffentlicht. Hierin bleibt es für die Abgrenzung des Personenkreises, der zur Krisenfürsorge zugelassen ist, bei den bisherigen Bestimmungen. Krisenfürsorge erhalten in Zukunft nur Arbeitslose, die hilfsbedürftig sind. Ob hilfsbedürftigkeit vorliegt, entscheidet sich nach den Vorschriften für die allgemeine Fürsorge in den Reichsgrundlagen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge in der Fassung vom 1. August 1931 in Verbindung mit § 15 der Reichsgrundlage. Die Unterstützungsätze der Arbeitslosenunterstützung gelten auch für die Krisenfürsorge. Sie sind höchstens. Im Rahmen dieser Sätze richtet sich das Maß der Krisenunterstützung nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit. Die Unterstüzung darf nicht höher sein als der Betrag, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte. Der Arbeitslose ist an sich verpflichtet, jede Aenderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Aufforderung dem Arbeitsamt anzugeben. Unterläßt er dies, so hat er zuviel gezahlte Unterstützungsätze zurückzuerstatten. Die Gesamthöchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung beträgt nach wie vor zusammen 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorstand des Arbeitsamtes die Krisenunterstützung für weitere 12 Wochen gewähren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes dies erfordert. Der Vorstand des Arbeitsamtes kann die Unterstützungs Höchstdauer beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder die örtlichen Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen. Was die Durchführung der Krisenfürsorge anlangt, so wird die hilfsbedürftigkeit in allen Fällen von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband geprüft. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstüzung liegt nach wie vor bei dem Vorstand des Arbeitsamtes. So weit jedoch die Gemeinde oder der Gemeindeverband die Bedürftigkeit verneint, ist der Vorstand des Arbeitsamtes an diese Beurteilung gebunden. Über das Zusammenwirken der Arbeitsämter mit den Gemeinden oder den Gemeindeverbänden ergeht noch eine besondere Anordnung.

Der Erlass tritt am 27. Juni 1932 in Kraft. Er ergreift auch die laufenden Unterstützungsfälle. Ergeben sich hierauf andere Unterstützungsätze wie bisher, so dürfen die bisherigen Unterstützungen noch bis zum 28. Juni 1932 weitergezahlt werden.

Die Durchführungsverordnungen für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe.

Berlin, 18. Juni. Unter dem 18. Juni 1932 sind die Durchführungsverordnungen für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erlassen worden. Es sind zwei Verordnungen erlassen, einmal für die Abgabe von denjenigen Steuerpflichtigen, die die Abgabe an die Finanzämter zu entrichten haben, und eine entsprechende Verordnung für den Einzug durch die Krankenkassen. Das Einzugsverfahren durch die Krankenkassen schließt sich eng an die Erhebung der Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung an. Die Regelung der den Krankenkassen für ihre Tätigkeit zu zahllenden Vergütung erfolgt besonders.

Stillegung der Niederrheinischen Bergwerks-A.-G.

Essen, 18. Juni. Wie jetzt feststeht, muß bereits zum 15. Juli mit der Stillegung der Rechenanlage der Niederrheinischen Bergwerks-A.-G. Neufinden gerechnet werden. Die Stillegungsanzeige ist den zuständigen Behörden bereits zugestellt worden, da die Bemühungen der Verwaltung, zu einer höheren Beteiligung beim Kohlensyndikat zu kommen, erfolglos geblieben sind. Von der Stillegung werden 1700 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Beratungen des Reichsministeriums.

Berlin, 18. Juni. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute mit der außen- und innenpolitischen Lage. Der Reichsinnenminister berichtete u. a. über die Maßnahmen der Länder bei Durchführung der politischen Notverordnung. Das Reichskabinett war einmütig der Auffassung, daß die mit der Verordnung begonnene Politik energisch fortzuführen sei.

Die Reichsregierung und die Währung.

Berlin, 18. Juni. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning soll Presseberichten zufolge in seiner Rede in Mainz unter Hinweis auf die währungspolitische Lage zur Wachsamkeit aufgefordert haben. Von zuständiger Seite wird dazu auf das seinerzeit von der Reichsregierung gemeinsam mit dem Reichsbankpräsidenten herausgegebene Communiqué hingewiesen, in dem ausdrücklich alle Währungsversuche abgelehnt werden.

Reichsinnenminister beruft Länderkonferenz ein.

Berlin, 18. Juni. Der Reichsminister des Innern hat heute die Innenminister der Länder zu einer Befreiung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. d. M. eingeladen.

Vertreter des Reichslandbundes beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Juni. Der Reichspräsident empfing heute die Präsidenten und Direktoren des Reichslandbundes, die ihm die Auffassung des Reichslandbundes über die allgemeine politische Lage und über die notwendige Wirtschafts- und agrarpolitische Maßnahmen vortrugen.

Selbstständiges Auftreten der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 19. Juni. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat nach einem längeren Referat des Parteivorsitzenden eine Entschließung angenommen, in der das selbstständige Vorgehen der Partei für den Wahlkampf scharf unterstrichen und im übrigen den zuständigen Parteianstalten die Möglichkeit gegeben wird, etwa notwendig erscheinende taktische Entscheidungen von sich aus zu treffen.

Landvolk-Partei billigt Politik der Parteiführung.

Berlin, 18. Juni. Der Parteitag des Deutschen Landvolk hat, wie von Landvolkseite mitgeteilt wird, einstimmig die Politik der Parteiführung und den Parteiführer ausdrücklich zu ihrer Fortführung ermächtigt.

Austritt aus der Wirtschaftspartei.

Schwerin, 19. Juni. Der Wahlkreis Westfalen-Süd der Wirtschaftspartei beschloß einstimmig seinen Austritt aus der Partei und den Anschluß an die Partei der „Neuen Mitte“ (Nationalliberale Partei).

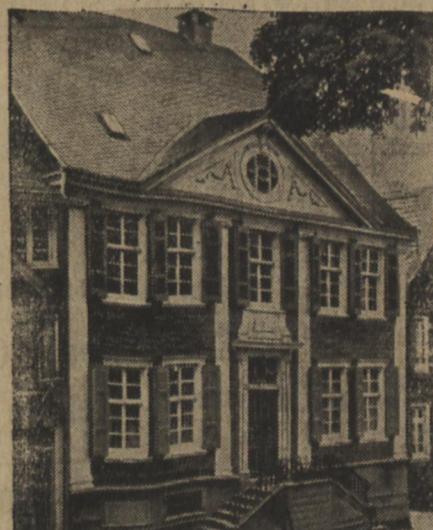
Der Deutsche Beamtenbund erklärt sich solidarisch mit dem Schrader-Verband.

Berlin, 18. Juni. Der von den Nationalsozialisten im Preußischen Landtag eingebrachte Antrag auf Auflösung des Verbandes der preußischen Polizeibeamten, des sog. Schrader-Verbandes, war Gegenstand von Besprechungen im Hauptausschuß des Bezirkskantors Berlin des Deutschen Beamtenbundes, der 117 000 Beamte zu vertreten hat. Es fand eine Entschließung, in der er sich mit dem Protest des Schrader-Verbandes gegen den Auflösungs-Antrag solidarisch erklärt.

Minister a. D. Dietrich über die politische Lage.

Donauerschingen, 19. Juni. Vor einer Parteikonferenz der Deutschen Staatspartei und in einer öffentlichen Versammlung sprach Reichsfinanzminister a. D. Dietrich über die politische Lage. Die Deutsche Staatspartei, sagte der Redner, könne sich unmöglich zu einer Sammlung der Mitte bergeben, die darauf hinauslaufe, eine Schutzeinheit für die gegenwärtige Regierung zu schaffen. Dr. Dietrich entwickelte sodann einen Plan, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Nach seiner Ansicht müsse der Diskont auf 3 Prozent gesenkt und die Spanne zwischen Reichsbankdiskont und den Zinsfällen der Banken und Geschäftsbanken müsse auf das schärfste kontrolliert werden.

Das erste Röntgen-Museum der Welt.



Zu Ehren des berühmten Forschers und des Erneiders der Röntgenstrahlen, des größten Sohnes der Stadt Lennepe (Rheinland), wurde am 18. Juni in Lennepe ein Museum eingeweiht. Unser Bild zeigt das Museum.

Die nächste Sitzung des Preußischen Landtags.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Preußischen Landtags am Mittwoch, dem 22. Juni, steht an erster Stelle die Beratung der nationalsozialistischen, kommunistischen und deutschnationalen Anträge auf Verabschiedung eines politischen Amnestiegesetzes. Ferner enthält die Tagesordnung neben der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten und der Wahl des Ministerpräsidenten zahlreiche Anträge der deutschnationalen und der kommunistischen Fraktion, über die eine gemeinsame Beratung stattfinden soll. Die deutschnationalen Anträge fordern u. a. die Herabsetzung des Schulgeldes an höhere Schulen, die Auflösung der weltlichen Schulen und eine grundlegende Änderung der gesamten Schulziehung, insbesondere die Stärkung des nationalen Wehrwillens der deutschen Jugend. Die Kommunisten verlangen in einem Antrag die Aufhebung der Staatsverträge mit dem Heiligen Stuhl und den evangelischen Kirchen. Ein weiterer deutschnationaler Antrag verlangt die Gestaltung von Kundgebungen am 28. Juni gegen das Verfaillere Friedensdiktat.

Falsche Behauptungen über Staatssekretär Pönder.

Berlin, 18. Juni. Da die unmahren Behauptungen über die Tätigkeit des bisherigen Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pönder nach der Amtübernahme durch seinen Nachfolger immer wieder in der Presse auftauchen, wird von zuständiger Stelle noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Staatssekretär Pönder im vollen Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen zur Zeit noch in der Reichskanzlei arbeitet, um seine Dienstgeschäfte abzuwickeln.

Keine Pension für Trebitzans.

Berlin, 18. Juni. In einer Berliner Zeitung war behauptet worden, der bisherige Reichsverkehrsminister Trebitzans bezüge eine Pension. Dies ist völlig unzutreffend. Die Regelung der Bezüge der ehemaligen Minister richtet sich auf Grund des Pensions-Gesetzes nach der Dauer ihrer Amtstätigkeit. Entsprechend diesen Bestimmungen erhält Minister Trebitzans lediglich noch drei Monate lang das volle Gehalt und dann 25 Monate die Hälfte davon. Dann tritt seine Pensions-Regelung als Kapitänentnant wieder in Kraft.

Keine Änderung der Wahlgesetze.

In politischen Kreisen waren in den letzten Tagen Gerüchte verbreitet, wonach die Reichsregierung beabsichtige, im Wege der Notverordnung die Änderung des gegenwärtig geltenden Wahlgesetzes vorzunehmen. Wie dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ auf Anfrage von zuständiger Stelle erklärt wird, bestehen solche Absichten nicht. Der Reichsinnenminister steht auf dem Standpunkt, daß verfassungsmäßig die Änderung des Wahlgesetzes durch eine Notverordnung nicht in Frage kommen kann.

Hilfespende Spitzenkandidat der SPD für Düsseldorf-Ost.

Essen, 18. Juni. Die Vertreterversammlung des Bezirks Essen der SPD nahm Stellung zur Kandidatenfrage. Mit großer Mehrheit entschied sich die Versammlung dahin, Dr. Rudolf Hilferding als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost vorauszulegen.

Die Bestagung verhafteter staatseigener Grundstücke.

Berlin, 18. Juni. Die nationalsozialistische Preußische Landtagsfraktion erfuhr in einem Antrag das Staatsministerium, die unterstellten Behörden anzuweisen, den Pächtern und Mietern staatseigener Grundstücke mitzuteilen, daß es unwiderruflich auf das in Pacht- und Mietverträgen niedergelegte Recht verzichte, die Beflaggung der ermittelten und erpadeten Grundstücke mit den Fahnen in den Reichsfarben zu verhindern. Die in den Pachtverträgen enthaltene Verpflichtung, an bestimmten Tagen in den Reichsfarben zu flaggen, bedeute eine in einer Demokratie unzulässige Einwirkung auf die politische Meinungäußerung des Pächters.

Der untersagte Boykott.

Die Ortsgruppe Sonneberg der NSDAP hatte vor einigen Wochen unter dem Titel „Stirbt der Mittelstand?“ ein Flugblatt verbreitet, in dem zum Boykott der jüdischen Geschäfte aufgefordert wurde. Jetzt ist vom Landgericht Meiningen auf Antrag der betreffenden Geschäfte eine einstellige Verfügung erlassen worden, in der der NSDAP unter Androhung von Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haft bis zu sechs Monaten die Aufforderung zum Boykott der jüdischen Geschäfte untersagt wird. Das Flugblatt darf nicht mehr ausgehändigt werden. Die Kosten wurden der NSDAP und der Flugblattdruckerei auferlegt.

Prinz Reuß als Kläger vor dem Arbeitsgericht.

Berlin, 18. Juni. Vor der Versicherungskammer des Arbeitsgerichts flaggte Prinz Reuß, der bei einer großen Versicherungsgesellschaft als Provisionsvertreter tätig war. Als die Firma sein Fixum herabsetzen wollte, kam es zu Differenzen. Die Versicherungsgesellschaft sah das Arbeitsverhältnis als selbst an, während Prinz Reuß weiter arbeitete und jetzt vor dem Arbeitsgericht sein Gehalt einlief. Er stützt sich dabei auf die Briefe, die zwischen ihm und der Gesellschaft gewechselt wurden und aus denen hervorgehen soll, daß er noch Versicherungen vermittelte habe. Die Gesellschaft bestreitet dies und behauptet, daß sich die Briefe auf alte, noch abzuwickelnde Geschäfte bezogen. Das Gericht vertritt die Verhandlung, um über die Behauptungen der Partei Beweis zu erheben.

Das Verfahren gegen die Kreuger-Direktoren.

Stockholm, 18. Juni. Die Kreuger-Direktoren standen wieder vor Gericht. Der verhaftete Direktor Bredberg, der 810 000 schwedische Franken der Bürgerlichen Finanzgesellschaft für Industrie unterschlagen hat, wurde zu neun Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Außerdem wurde er verpflichtet, der Gesellschaft die veruntreute Summe zu erzielen. Die verhafteten Direktoren Holm und Wilhelm Endler wurden auf freien Fuß gestellt, nachdem die Untersuchung gegen sie abgeschlossen ist. Das Gericht vertagte sich sodann auf den 15. Juli.

Fischrevler erschossen.

Trier, 20. Juni. In der Samstagnacht entdeckte der mit seinem Jagdhütter vom Pirschgang heimkehrende Freiherr de Lajalle aus Luisenthal im Saargebiet drei Männer, die mit Neigen in einem Bach fischten. Als die Männer sich entdeckt sahen, flüchteten sie. Als ihnen hierauf der Baron „Galt“ auftrief, sie aber nicht stehen blieben, gab de Lajalle einen Schuß ab, der den 37 Jahre alten Arbeitslosen Johann Bochlen aus Bettingen (Saargebiet) in den Rücken traf und sofort tötete. Der Ermordete hinterließ Frau und ein Kind. Die drei hatten 40 Pfund Fische gefangen.

Abschluß der öffentlichen Verhandlungen im Haag. Die öffentlichen Verhandlungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes über den Memelstreit kamen am Sonnabend in später Nachmittagsstunde zum vorläufigen Abschluß.

Der Deutsche Richterbund gegen die Amnestie-Vorlage.

Seipzig, 19. Juni. Der Deutsche Richterbund wendet sich in einer Erklärung gegen den vom Ausschuss für das Gerichtswesen im Preußischen Landtag beschlossenen Amnestiegefechtentwurf. Grundsätzlich wird in der Erklärung das Bedenken erhoben, daß eine zu häufige Amnestierung und Niederschlagung seitens die Gefahr in sich verberge, daß in weiten Kreisen die Achtung vor dem Strafgesetz und dem Richterurteil herabgemindert werde. Das Amnestiegesetz müsse bei vielen die Erwartung erwecken, daß nach gewisser Zeit oder gar regelmäßig ein solches Gesetz erneuert würde.

Im einzelnen kritisiert der Richterbund, daß die Straf-

freiheit auch auf die schwersten Verbrechen gegen Leib und Leben ausgedehnt werden solle, wenn die Tat aus politischen Gründen erfolgt sei. Die Bestimmung, daß die Entscheidung über die Frage, ob politische Beweggründe vorliegen, der Nachprüfung eines neuntöfigen Amnestieausschusses des Landtages unterliegen soll, sieht der Richterbund als eine Unterstellung der Gerichte unter die Kontrolle des Parlaments und somit als ein Verlassen der bisherigen Rechtsgrundlagen an.

Der Stahlhelm hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister gegen das allgemeine Uniform- und Versammlungsverbot der Bayerischen Staatsregierung protestiert.

Der Bund Deutscher Mietervereine zum Fortfall der Hausszinssteuer-Befreiungen.

Berlin, 18. Juni. Die im Landesverband Preußen des Bundes Deutscher Mietervereine zusammengeschlossenen Mieterorganisationen haben in einer Erklärung an den Preußischen Landtag und die Preußische Regierung zur Frage des Fortfall des Hausszinssteuer Stellung genommen. Darin wird die Bitte ausgesprochen, entsprechend den Beschlüssen des Landtages die getroffene Regelung wieder aufzuheben, und den hilfsbedürftigen Mietern den Rechtsanspruch auf Befreiung von der Hausszinssteuer in der bisherigen Form zu belassen.

Hautjuden

zur Hautausschläge bringen die davon Betroffenen nicht selten zur Verzweiflung. Ein probates Mittel, dagegen empfohlen ist: „Ander's Patent - Medicinal - Seife“ Stück 54, 90 Pf. u. M. L. 25 (starkste Form). Dazu die hautregenerierende Sudost-Ereme (30, 45, 65 u. 90 Pf.). Ueberall erhältlich.

In Grünberg in der Löwen-Apotheke, Drogerhandlung „Silesia“ Heinr. Städler, Ring 17 und Zweiggeschäft Niederstr. 47, H. Radel, Drogerie, u. P. Richter, Seifenfabrik.

Haussgrundstück, massiv, mit Wasserleitung u. freiererd. 3-Zimmerwohnung in Beuthen a. Oder sofort zu verkaufen. Auskunft Sparkassenrentant C. Tittmann, Beuthen a. Oder.

Obst- u. Beeren-garten mit voller Ernte zu verkaufen. Lage Hinter-Erbach. Off. u. J T 482 an die Exp. d. Bl.

Kleiner, billiger

Laden

mit Nebenraum, zum Bewohnen, in guter Läufgegend oder passende, keine 2-Zimmer-Wohnung verhald zu mieten gesucht.

Offert. u. J R 480 an die Exp. dies. Bl.

3-Zimmer-Wohnung mit allem Zubehör zum 1. Juli zu verm. Herrenstraße 10.

sofort 2 möbl. zimmer

im zentr. für einen tag wöchtl. f. naturheilpr. ges. off. mit pr. u. J S 481 an die expedition d. bl.

Schöne, sonnige

3-Zimmer-Wohnung mit Zubehör zum 1. 7. oder später zu verm. Oberstr. 4.

Möbl. Zimmer sep. Eingang, zu vermieten

Berliner Straße 20.

Schöne, sonnige 2-Zimmer-Wohnung an einzelne Person oder alleinstehendes Ehepaar zu vermieten. Off. u. J W 485 an die Exp. d. Bl.

3-Zimmer-Wohnung mit Loggia und Bad, eine 3-5-Zimmer-Wohnung mit Loggia und Bad sofort oder später zu vermieten.

Mühle, Breite Straße 49.

Schaufenster-gestelle mit Glasplatten und ein Stehpult verkaufst billigst Rich. Kalide, Seilerbahn 1.

Zwei frischmelke Ziegen zu verkaufen oder zu tauschen Niederstr. 29, I rechts

Die schönsten Kleider

für wenig Geld

und doch nach Ihren Wünschen

3.90 7.50 10.75 16.50

7.90 10.75 14.50 19.50

Jugendliche Kleider

aus Waschseide, Voile und Marocaine, entzückende Formen für den Sport und Nachmittag

Frauen-Kleider

gutsitzende Formen und beste Qualitäten. Waschseide, Selenik, Wollmusseline und Marocaine

Elegante

Nachmittagskleider

in geschmackvollen Ausführungen, aparte Druckmuster 12.50 19.50 24.50 29.50

Diesem außerordentlich günstigen Kleider-Angebot folgt ein Sonderangebot in Damen-Mänteln, das eine Überraschung an Billigkeit u. Leistungsfähigkeit sein wird

w. Grau Schlesien

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Grünberg Neustadt Blatt Nr. 32 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 28. September 1932, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Berliner Str. Nr. 99, Zimmer Nr. 34, versteigert werden.

Lfd. Nr. 3, Gemarfung Grünberg, Flurbuch Kartenblatt Nr. 2, Parzelle Nr. 1091/249, Grundsteuermutterrolle Nr. 1957, Gebäudesteuernrolle Nr. 1984, Hofraum - bebaut - an der Großen Bahnhofstr. Nr. 19, Größe 27 a 01 qm, Gebäudesteuer Nutzungswert 1800 Mark.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. 4. 1932 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Fabrikbesitzer David Epstein eingetragen. Grünberg Schl., den 15. Juni 1932.

Das Amtsgericht.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rittergut Brittag, Kreis Grünberg, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 14. September 1932, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Berliner Str. Nr. 99, Zimmer Nr. 34, versteigert werden.

Lfd. Nr. 36, Gemarfung Brittag und Altfessel, Grundsteuernrolle Art. 631 Brittag, 301 Altfessel, Gebäudesteuernrolle Nr. 132, 133, 135 bis 139, Größe 949 ha 34 a 66 qm, Grundsteuerreintrag 3194,61 Taler, Gebäudesteuer Nutzungswert 2529 Mark.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Mai 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals Frau Marie Hedwig von Bülow geb. Gräfin Fink von Findensteine in Brittag eingetragen. Grünberg Schl., den 6. Juni 1932.

Das Amtsgericht.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen Pauline Schulz geb. Rosse, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastors Wakwitz am Grabe sagen wir allen unseres tiefgefühltsten Dank

Grünberg, den 20. Juni 1932

Die trauernden Kinder u. Anverwandten.

Zwangsvorsteigerung. Am Mittwoch, 1932, vorm. 10 Uhr, sollen im 10. Arbeitsbauhaus (An der Planmühle 5) bestimmt: 2 Schreibmaschinen Fabr. Adler, 1 Schreibmaschine „Mignon“ öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Grünberg, den 20. Juni 1932.

Magistrat. - Vollstreckungsamt.

Forst Brunzelwaldau

Das Sammeln von Blaubeeren und Pilzen ist nur Inhabern von Beerenarten gestattet. (Tagesarten auch beim Gemeindeschöffen Herrn Janz, Altenau.)

Die Forstverwaltung.

Opel - Ersatzteile

großes Lager, Werkpreise.

Gebr. Listner & Co., G. m. b. H.

Beruf 224 und 297.

1 Herren- u. Damen-Marten-Fahrrad gebraucht, billig zu verkaufen. Fr. Hahn, Altseiffeler Straße 60.

Steuerfreies Motorrad mit Preisangabe gegen bar zu kaufen gekauft. Off. u. J V 484 an die Exp. dieses Blattes.

1 jung. Mädchen sofort gekauft. Meldungen 18 bis 19 Uhr bei Blümel, Breite Straße 75.

Braune Brieftasche mit Papieren verloren gegangen. Abzugeben gegen Belohnung im Fundbüro.

Gr. u. kl. Tisch, gr. 2-Türen-Schrank, kl. Schränke, Bett m. Matratze, Hirschgewehe, gr. Weckgläser, gut erhalt. Frack (st. Figur), gr. Fliegenschrank, Messing-Einkochkessel, Sessel u. versch. and. Haus- u. Küchenmöbel, Gaslaternen m. Brenner, kl. Chaiselongue billig zu verkauft in der Exp. d. Bl.

**Sparsam...
billig....**

Dr. Thompson's Schwammpulver

für alle Wäsche und Abseifarbeiten noch immer das Beste!

Paket jetzt nur 24 Pfennig!

New Doppel-Paket 44 Pf
New Paket 44 Pf



Zum Bleichen u. Klarstellen der Wäsche. Seifix Paket nur 14 Pf.

Winzergarten

Mittwoch, Dienstag
Großes Abendkonzert

der gesamten Stadtpfeife. Ein gewähltes Programm. Leitung: Gerhard Fiedler. Erdebeben mit Schlagahne. Erdbeerbowle. Es lädt freundlich ein Fiedler, Nieschalk.

Wüschen Sie das wieder?

Dann besuchen Sie bitte in Ihrem Interesse unsere kostlose Vorführung am Dienstag, dem 21. Juni 1932, in Grünberg-Schl., bei unserer Vertretung H. Andorff, Berliner Straße 8, in der Zeit von 10-1 und 3-6 Uhr.

Unser Berliner Spezialist erteilt Ihnen gern Rat und Auskunft. Wir zeigen Ihnen wie Sie wieder hören können, wir demonstrieren Ihnen die neuesten Musik-Modelle, die, unanständig im Gebrauch, trüffelstarr und nebensächlich jedes Wort lautstark wiedergeben. Niedrige Preise. Leichte Zahlungs-Bedingungen!

Wer Sie am Beobacht verbinden kann, fordert Sie auf. Ausklärungsschritt M gratis.

Deutsche Alustift-Ges. m. b. H., Berlin-Reinickendorf-Ost.

Vorsicht vor Nachahmungen.

Dienstag von 4 Uhr an:

Ressource
Frische Blut- u. Leberwürstchen

Heute abend: Stamm.

Schnitzel mit Gemüse.

Dienstag: Schleie in Dill.

Mittwoch: Rehkeule.

Weinausschank

Paetzold, Bäckersir., Berliner Str. 60.

Weller Große Bergstr. 10
Gustav Helbig, Breite Str. (80er).

Villa Nippe „Zur goldenen Ausicht“

Gerasch, Grünstraße 15.

Simke, Roßberg-Maria, Niederstr. 81.

H. Ast, Hamburger Str.

Heimatliebe, Mittwoch, d. 22. 6.

3 Uhr: Neumarkt - Pfeilenhöhe

Berantwortlich: Für Politik, Tages-Nachrichten aus aller Welt, Volks- und Feuerwehr Richard Kern; für Grünwald, Volks- und Landwirtschaft und Sport.

Ulrich Strelle für die lokale Berichterstattung, August Schill.

Sämtlich in Grünberg, Druck und Verlag vom W. Lepoijohn, Grünberg.

Hierzu zwei Beilagen

Werbeverkauf in Oderbrucher Bettfedern

vom 21. Juni bis 2. Juli

Während dieser Zeit gebe ich trotz meiner schon sehr billigen Preise

noch 10 Prozent Rabatt

Helene Gielisch, Grünberg

Am Oberlyzeum 8

Hausordnungen

u. Mietverträge

empfiehlt die Geschäftsstelle des Grünberger Wochentables.

Kartoffelklocken, Gerstenschrot

offeriere ich billigst Adolf Selowsky.

Gartenbau

Karl Jilmer.

STADTTHEATER

Eintritt 750

Nur 3 Tage!
Dienstag bis Donnerstag.



WALTER RILLA
Regie: LEO MITTER
Im Beiprogramm:
Vom Rhein über den Schwarzwald zum Bodensee.

Täglich 6 und 8½ Uhr.

Heiders Berg.

Morgen Mittwoch 4 Uhr:

Kaffee-Konzert der Stadtkapelle.
Kaffee — Plinze.

Es laden freundlich ein
Fiedler, Helder.

Klein- und Mittel-Rentner-Verein.
Ortsgruppe Grünberg i. Sohles. des D. R. B.
Donnerstag, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr:
General-Versammlung
im großen Saale des ev. Vereinshauses.
Um zahlr. Erschein. bittet Der Vorstand.

Mittwoch von 9 Uhr an:

Wurstfleisch mit Brühe,
nachmittag 5 Uhr:

Warmen Backschinken

Wilhelm Heptner,
Wurstgeschäft

 ff. Fleischsalat,
Fleischfüße,
Schinkenhäderle

jeden
Mittwoch u. Freitag:
Frische Blutwurst.

Wilh. Stein Nachf.

Stolze-Schrey

Mittwoch, d. 22. d. M.:
Nedeschrift-
kursus.

Achtung!
Landauerfahrten

nach allen Ausflugs-
orten,
a. Perlon 1,50 M.,
sowie alle

Arbeitsfuhren
zu bedeutend
ermäßigten Preisen
übernimmt

Oskar Werner,
Oelscher mäderfer
Str. 39 od. Telef. 353.

Pfifferlinge,
Blaubeeren und
grüne Stachel-
beeren

kauf laufend, zu
höchsten Tagespreisen

Schreck,
Obstgroßhandlung,
Hatzfeldstrasse 47.

Dein Magen streikt!
Gebrauche

Opfermanns
Magentropfen

gegen Appetitlosigkeit,
Leibschneiden, Uebel-
keit, Sodbrennen,
Blähungen.

Flasche Mark — 90
und 1.60.

Silesia-Drogerie

Heinr. Stadler,
Ring 17, Niederstr. 47.

Achtung!

Erwerbslosen-Gesammlung

am Mittwoch, den 22. 6., nachmittags 5 Uhr,
in der Reichshalle

für die Mitglieder der freien Gewerkschaften,
der Sozialdemokratischen Partei,

des Reichsbanners und der Eisernen Front.

Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis vorgenannter
Organisationen keinen Zutritt.

Lindner.

Brandt.

Apelt.

Verzweifelte Kranke!

Hören Sie den

Vortrag

von der Fa. Dr. Neuhäusser

am Mittwoch, den 22. Juni, 4 Uhr nachm.
und 8 Uhr abends in Grünberg, Ressource

Ueberraschende Erfolge durch unser billiges Natur-Heilverfahren!

Aus dem Inhalt:

Wie verhüttet man Alterserscheinungen? — Arterienverkalkung heilbar? — Gesunder Schlaf ohne Gifte? — Stuholverstopfung in 10 Tagen besiegt! — Dauernde Befreiung von Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hexenschuß. Keine Beschwerden der Wechseljahre mehr! — In 2 Minuten frei von Kopfschmerzen, Ohrenreissen, Schmerzen aller Art! Erfolgreiche Behandlung von Nervenleiden, Lähmungen, Magen-, Darm- und Herzbeschwerden. — Asthma, Erkrankungen der Luftwege, — Warum noch zuckerkrank? — Krebsgefahr? — Nieren- und Leberleiden. — Offene Beine, Krampfadern usw.

Fragenbeantwortung! Praktische Beweise!
Keine Medikamente! Keine Elektrizität!
Ganz neue, billige Wege!
Eintritt frei! Nur für Erwachsene!

Wer verhindert ist, verlange Aufklärungsschrift gegen
Einsendung von 50 Pfennig in Marken. — Anschrift:
Rich. Poetsch, Grünberg, Ressource

Einladung!

Am Donnerstag, dem 23. Juni 1932, spricht Herr
Krumdeutsch von der Mobiliar-Darlehnskasse
"HANSA" G. m. b. H. Lübeck im Hotel "Grüner
Kranz", abends 8½ Uhr, über das Thema:

Beschaffung von Betriebskapital Ablösung Ihrer Schulden Kauf von Möbeln, Maschinen usw.

Niedrige Zinsen! In diesem Jahre bisher 300000 RM.
ausgezahlt. Auch Sparer aus Grünberg, Saabor, Schles.-
Drehnow u. a. erhielten Darlehen.

Sie und Ihre Angehörigen sind zu diesem wirklich interessanten Vortrag freundlich eingeladen.

Der Eintritt ist frei. Der Eintritt ist frei.
Sprechstunden im "Grünen Kranz" Mittwoch, Freitag und
Sonnabend vormittag.

Haarwuchsmittel

von Holapoth. Schaefer ohne teure Verpackung.

Echtes Brennesselhaarwasser ½ Ltr. 0.75. Echtes

Birkenhaarwasser Malengold ½ Ltr. 1.

gegen Schuppen, Haarausfall, Kopfjucken.

Fein parfümiert! Flaschen mitbringen!

All.-Verk.: Langes Drogenhandlung

und Filiale, Berliner Straße 61.

ff. Fleischsalat,
Fleischfüße,
Schinkenhäderle

jeden
Mittwoch u. Freitag:
Frische Blutwurst.

Wilh. Stein Nachf.

Stolze-Schrey

Mittwoch, d. 22. d. M.:
Nedeschrift-
kursus.

Achtung!
Landauerfahrten

nach allen Ausflugs-
orten,

a. Perlon 1,50 M.,

sowie alle

Arbeitsfuhren
zu bedeutend
ermäßigten Preisen
übernimmt

Oskar Werner,
Oelscher mäderfer

Str. 39 od. Telef. 353.

Pfifferlinge,
Blaubeeren und
grüne Stachel-
beeren

kauf laufend, zu
höchsten Tagespreisen

Schreck,
Obstgroßhandlung,

Hatzfeldstrasse 47.

Dein Magen streikt!
Gebrauche

Opfermanns
Magentropfen

gegen Appetitlosigkeit,

Leibschneiden, Uebel-
keit, Sodbrennen,

Blähungen.

Flasche Mark — 90

und 1.60.

Silesia-Drogerie

Heinr. Stadler,
Ring 17, Niederstr. 47.

Paula Trocha.

Achtung!

Erwerbslosen-Gesammlung

am Mittwoch, den 22. 6., nachmittags 5 Uhr,
in der Reichshalle

für die Mitglieder der freien Gewerkschaften,
der Sozialdemokratischen Partei,

des Reichsbanners und der Eisernen Front.

Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis vorgenannter

Organisationen keinen Zutritt.

Lindner.

Brandt.

Apelt.

Zwangsvollsteigerungen

Es sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Versteilung versteigert werden:

Mittwoch, den

22. Juni, vorm.

10 Uhr, "Gold.

Frieden":

1 Schreibmaschine

(Glashütte),

1 Warenkram

mit Glashütte,

1 Schreibtisch,

1 Laden-

einrichtung,

1 Billard,

1 Schreibmaschine

(Kappel) u. a. m.

Fräntzki,

Gerichtsvollzieher fr. A.

Am Mittwoch, d.

22. Juni, vor.

10 Uhr, "Gold.

Frieden:

Polstermatratzen,

Biere und Wein-

gläser, Untersetzer,

3 Majolikafäden,

5 Porzellan-

zäuber,

4 Auflegematten,

Beleß,

1 Herrenfahrrad,

1 Standuhr,

1 Radiosapparat,

Bahnpost,

Wasserhahn,

Filzschuhe,

Pantoffeln,

Schuhspanner,

Schuhcreme.

W. Bittermann,

Gerichtsvollzieher fr. A.

Grünberg, Schle.

Breite Straße 21.

Am Mittwoch, d.

22. Juni 1932, vor.

10 Uhr in Kontopp,

vor dem Amts-

gericht:

1 Arbeitswagen,

1 Schuhbüchse,

1 Klavier, Büfett,

Möbel, 1 Sofa,

1 Nähmaschine;

um 13 Uhr in

Alleinitz, Gathaus

Frantz:

1 Personenkraft-

wagen;

um 16 Uhr in

Karschin, Gath-

Bresse-Glimmen zu den Hessen-Wahlen.

Berliner Blätter:

Zu den Landtagswahlen in Hessen erklärt der „Angriff“: Das Wahlergebnis zeige klar die Richtung an, die die politische Entwicklung in Deutschland in den nächsten Wochen nehmen werde. — Auch nach Ansicht des „Volksanzeigers“ scheint der Wahlausfall in Hessen dafür zu bürgern, daß bei entsprechender Anstrengung der nationalen Opposition ihm im kommenden Reichstag die Mehrheit zufallen könne.

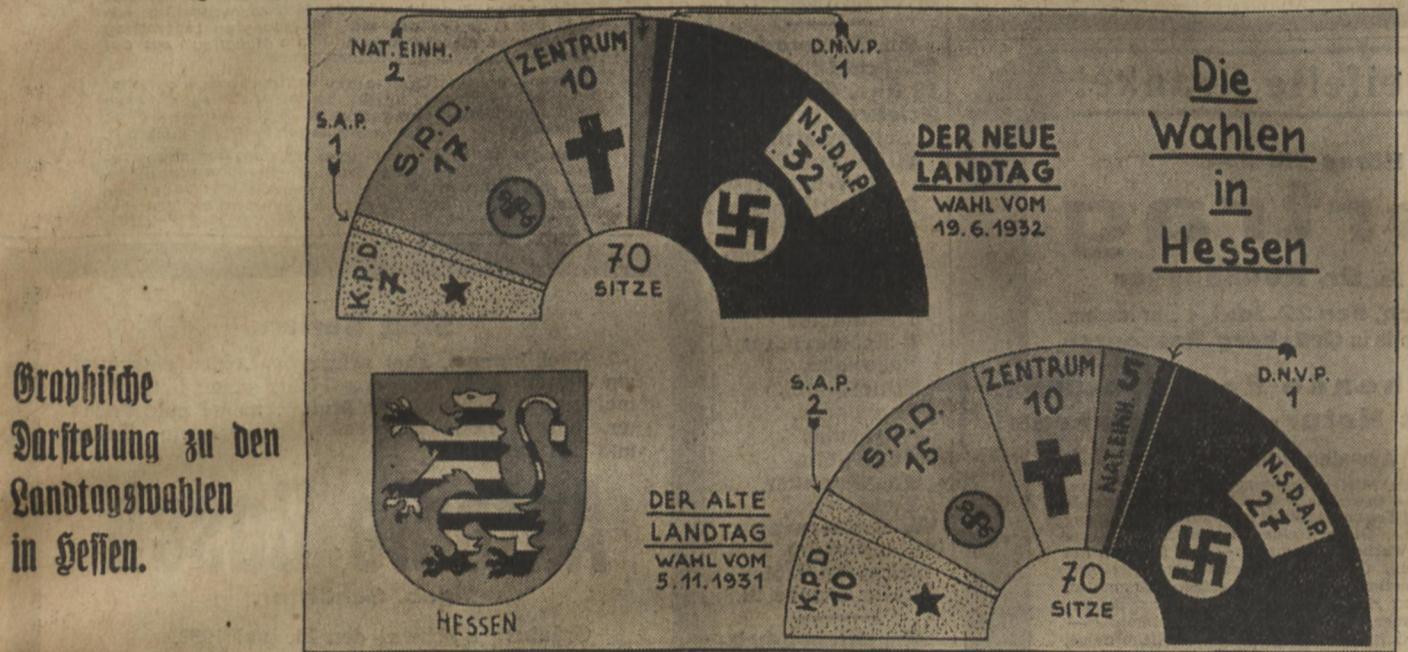
Der „Tag“ meint, in Hessen habe jetzt das Zentrum Gelegenheit zu zeigen, ob es der nationalen Bewegung schon jetzt die Führung überlassen, oder ob es auch weiterhin zusammen mit atheistischen Marxisten aller Schattierungen einer Lawine Trost bieten wolle.

Der „Abend“ faßt das Wahlergebnis in die Feststellungen zusammen: „Sozialdemokratischer Vormarsch! Keine Nazimehrheit! Keine Papenmehrheit!“ — Das „Berliner Tageblatt“ hält es für zweifelhaft, ob die Hessenwahlen Rückschlüsse auf die Reichstagswahlen zuließen. Wiederum habe sich gezeigt, daß das Zusammensein der bisherigen Mittelgruppen zu einer bürgerlichen Einheitsliste den Zu-

ammenbruch der Mitte nicht aufhalten könne. — Die „Germania“ meint, die „Zwischenprobe“ habe eindeutig bewiesen, daß das hessische Volk von der nationalsozialistischen Parteiheit nichts wissen wolle.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Ergibt sich aus dem Ergebnis der hessischen Wahlen eine Vorschau auf die kommenden Reichstagswahlen? Das ist schwer zu sagen. Die Partei Hitlers wird einen neuen Fortschritt bejubeln, aber auch die Sozialdemokraten haben zugekommen, und das Zentrum hat seine Stellung gehalten. Die Sozialdemokraten dürfen ohne falschen Optimismus darauf rechnen, daß die Auswirkung ihrer Oppositionsstellung mit jeder neuen Woche der Regierung Papen, wenn es so fortgeht wie bisher, sich verstärken wird. Gleichermassen wird wohl auch das Zentrum damit rechnen, daß die propagandistische Wirkung seiner Opposition sich erß allmählich einstellt. Jedes Prophezeien auf den 31. Juli verbietet sich ja hente schon dadurch, daß in den Wochen bis dahin es vorausichtlich nicht an lebhaften und vielleicht tief eingreifenden politischen Vorgängen, innen- und außenpolitischen, fehlen wird. Und wer wollte voraussagen, zu welchen Gunsten diese noch ungeschehenen Vorgänge sich dann wahlpolitisch auswirken würden?



Graphische Darstellung zu den Landtagswahlen in Hessen.

Tages-Nachrichten aus aller Welt.

** Toscanini dirigiert bei den Bayreuther Festspielen. Bayreuth, 20. Juni. Zwischen Toscanini und Frau Winifred Wagner fanden in Paris Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß Toscanini bei den Bayreuther Festspielen 1933 die Parsival- und Meistersinger-Veranstaltungen dirigieren wird.

** Die preußische Staatsmedaille für Frau Professor Hoehsich und Generaloberin von Tomitius. Berlin, 20. Juni. Bei der Verleihung des Verbandes der Mutterhäuser zum Kreuz aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens wünschte im Auftrage des preußischen Sozialfahrtministers Generalstaatsrat Schwohl, der Vorsitzende des Verbandes, Frau Professor Cornelie Hoehsich, und der Schriftstellerin Generaloberin Elisabeth von Tomitius, die preußische Staatsmedaille für Verdienste um die Volkswohlfahrt.

** Der Bischof von Eichstätt †. München, 20. Juni. Bischof Dr. Leo Ritter von Mergel, der 85 Jahre alte Oberhirte der Diözese Eichstätt, ist heute früh an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Der Verstorbene war der Senior der deutschen Kirchenfürsten.

** Begeisterter Empfang der Fliegerin Garhart in New York. New York, 20. Juni. Die Transozeanfliegerin Miss Garhart wurde heute bei ihrer Rückkehr nach New York von der Bevölkerung mit großer Begeisterung empfangen.

** Wirbelsturm im Elsah. Straßburg, 20. Juni. Der Sturm wurde heute nachmittag von einem Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und viele Häuser abgedeckt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

** Todessturz in den Bergen. Linz, 20. Juni. Drei einheimische Touristen stürzten am Erlaufgölz am Traunsee 400 Meter ab. Die Abgestürzten waren sämtlich auf der Stelle tot.

** Kraftwagenunfall in Österreich — fünf Tote. Linz, 20. Juni. Ein mit 20 Personen belegter Lastkraftwagen verunglückte im Bezirk Gloggnitz. Zwei Arbeiter wurden getötet, außerdem von den Insassen drei Personen. Zehn weitere wurden schwer verletzt.

** Ein schwerer Motorradunfall mit eigenartigen Begleitumständen. Nürnberg, 20. Juni. Der zweite Bürgermeister von Weilisch, der Kriegsinvalid Johann Pechmann, fuhr mit seinem Motorrad in der Nähe von Stockheim auf einem steilen Automobil-Ferntransport auf. Pechmann und sein Begleiter, der Arbeitsloge Frib Gerber, wurden vom Rad geschleudert und starben so unglücklich, daß beide auf der Stelle tot waren. Führer und Begleiter des Lastzuges sahen beide schlafend im Führerhäuschen und merkten von dem Unfall nichts. Sie mußten von der Gendarmerie geweckt werden.

** Ein entsprungener Zuchthäusler nach 12 Jahren erschossen. Berlin, 20. Juni. Nach langer Beobachtung wurde heute der 84 Jahre alte entsprungene Zuchthäusler Otto Kamps von Beamten der „Streife Nord“ in der Immanuelkirchstraße festgenommen. Er hatte sich fast 12 Jahre lang unter falschem Namen in Berlin aufgehalten. Er war im Jahre 1919 wegen schweren Raubes mit Todesstrafe zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und in die Strafanstalt Brandenburg gebracht worden. Als im Oktober 1920 die Insassen revoltierten, gelang es ihm, nach Berlin zu flüchten.

** Beim Spiel mit der Waffe seinen Bruder erschossen. Swinemünde, 20. Juni. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem alten Gewehr er schoß in Catefom der 15 Jahre alte Werner Henning seinen 12 Jahre alten Bruder und verletzte den 23 Jahre alten Landarbeiter Lempke schwer.

** Bootsunfall in Ostpreußen — drei Tote. Löben, 20. Juni. Auf der Mitte des Rheinsees kenterte heute ein Motorboot mit sechs Insassen aus Rhein auf der Heimfahrt von einem Ausflug. Der Besitzer des Bootes, der

Justizobersekretär Waschlaika, der Kaufmann Podbielski und eine Gutsbesitzerstochter ertranken. Die übrigen Fahrgäste, die sich an das Boot klammerten, konnten gerettet werden.

** Durch ein Flugzeug erschlagen. Bukarest, 20. Juni. Auf der Station Tecuci stürzte ein Flugzeug mit dem Lieutenant Alexandrescu und dem Unterleutnant Corneanu infolge eines Motordefekts aus einer Höhe von 3000 Metern ab. Die beiden Piloten blieben wie durch ein Wunder unverletzt, jedoch wurde durch das Flugzeug ein Kavallerist getötet, der von seinem Pferde abgeworfen worden war. Durch einen unglücklichen Zufall fiel das Flugzeug gerade auf den am Boden liegenden Kavalleristen, der durch den Propeller in Stücke zerrissen wurde.

Waffentag der deutschen Kavallerie in Hannover.

Am 19. Juni fand in Hannover der zweite Waffentag der deutschen Kavallerie statt. (Siehe Artikel in gestriger Nr.) Die Veranstaltung war sehr stark besucht. Unter den Gästen befanden sich sehr hohe aktive und nicht mehr

aktive hohe Militärs, u. a. auch Generalfeldmarschall von Mackensen. Der frühere Kaiser Wilhelm II. sandte ein Begrüßungstelegramm.



Unser Bild zeigt den Aufmarsch der Standartenabordnung. Sämtliche vorwiegend zeitlichen Kavallerie-Uniformen sind hier vereint.

Eine Frau erschlägt ihren Mann.

Berlin, 20. Juni. Der 25jährige Kutscher Beccard ist an den Folgen eines schweren Messerstichs, den ihm seine Frau beibrachte, heute im Lazarus-Krankenhaus gestorben. Die junge Frau, die erst kurze Zeit mit B. verheiratet war, wurde festgenommen.

Die Cheleute Beccard hatte eine Wohnung in der Ackerstraße. B. war auf seine Frau eifersüchtig und hatte deswegen heute Streit mit ihr. Am Sonnabend waren sie gemeinsam ausgegangen und hatten ein in der Nähe gelegenes Restaurant aufgesucht. Dort brach wieder Streit zwischen ihnen aus. Die Frau ging nach Hause und legte sich zu Bett. Morgens gegen 2 Uhr kam B. betrunknen nach, fiel über die Frau her, zog sie aus dem Bett und schlug auf sie ein. In ihrer Angst eilte sie ans Fenster, riß es auf und rief um Hilfe. B. packte die Frau und warf sie zum Fenster hinaus. Da es sich um eine Parterrewohnung handelt, war der Fall nicht sehr schwer. Zwei Hausbewohner gingen mit der Frau in die Wohnung zurück

Zusammenkunft deutscher u. englischer Kriegsflieger

London, 20. Juni. Zwei bekannte deutsche Kriegsfieger, Freiherr von Schleid und Freiherr von Richthofen, ein Vetter des 1918 gefallenen Kampffliegers, trafen gestern zu einem Besuch in England ein. Sie wurden von fünf britischen Flugzeugen nach dem Flugplatz Heston geleitet. Hier veranstalteten die englischen Fliegeroffiziere eine Feier zu Ehren ihrer deutschen Kameraden, die bei dieser Gelegenheit auch zwei ihrer unmittelbaren Gegner von der Westfront begrüßen konnten.

Die Presse widmet diesem Zusammentreffen freundliche Worte. So betont „News Chronicle“, daß der moderne Krieg so voller Schmutz, Elend und Schrecken sei, daß die wenigen Reste einer früheren Romantik geachtet werden sollten, wenn vielleicht auch nur deshalb, um den Gegensatz noch deutlicher zu machen. „Daily Mirror“ hält es für ein erfreuliches Zeichen, daß man frühere Feinde ehre und der Freundschaft würdig erachte. Das Blatt meint, die in Lausanne versammelten Staatsmänner sollten sich an dem Geist von Heston ein Beispiel nehmen.

Um den Wanderpreis des Deutschen Luftfahrtverbands.

Die 12 gestarteten Ballons glatt gelandet.

Essen, 20. Juni. In der Nähe von Goyerswerda (Schlesien) ist der letzte von 12 gestarteten Ballons, „Hamburg“, unter Führung Dr. Ing. Binnens nach 16stündiger Fahrt gelandet. Den Wanderpreis, ein wertvoller Tatelaufstich im Werte von 1000 RM, hat Ballon „Bochum II“ (Führer Herz) mit 685 Kilometer und einer Fahrzeit von 16,48 Stunden errungen. Den 2. Platz belegte Ballon „Münster VII“ (Führer Eimermacher) mit 590 Kilometer in 17,5 Stunden. Den 3. Preis errang Ballon „Osnabrück II“ (Führer Bickwede) mit 550 Kilometer in 16,1 Stunden. Der Ballon „Belkert“ (Führer Kaulen) legte die längste Strecke mit etwa 750 Kilometer zurück, doch mußte er ausscheiden, da er die Reichsgrenze überschritten hatte.

Deutscher Freiballon bei Gnesen gelandet.

Warschau, 20. Juni. Ein Freiballon des Luftfahrtvereins Gelsenkirchen, der an einem Sportflug teilgenommen hatte, ist am Sonntag gegen 14 Uhr bei Miloslaw in der Nähe von Gnesen notgelandet. In den Ballonfahrt befanden sich drei deutsche Passagiere, und zwar Dr. Hugo Kaulen, der Führer des Ballons; Dr. Paul Alfonso Gallus und Dr. Hans Orloß. Der Ballon wurde von der Polizei beschlagnahmt. Darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Marienburg.

Schneidemühl, 20. Juni. Jahrestagung der preußischen Landeshauptleute. Die preußischen Landeshauptleute sind diesmal in Schneidemühl zu ihrer üblichen Jahrestagung zusammengetreten, mit der eine kurze Bereisung der Grenzmark Posen-Westpreußen verbunden ist. Nach Besichtigung der Anlagen in Neu-Bentschen, der Grenze bei Tirschig und der Einrichtungen der Provinz in Meseritz-Öbradawle fand eine Rundfahrt durch Schneidemühl statt, woran sich die eigentliche Konferenz schloß. Sodann wurden einige Siedlungen in den Kreisen Flatow und Schlochau besichtigt. Darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Marienburg.

Kameradschaft.

Washington, 20. Juni. Acht deutsche Kriegsteilnehmer, die jetzt als amerikanische Bürger in New Jersey anwesig sind, brachten den hungernden Veteranen 2½ Tonnen Lebensmittel. Die Spender erklärten, sie wollten mit ihrer Gabe einen bescheidenen Dank für die Schiffsladungen von Lebensmittel absetzen, die nach Kriegsende aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland gesandt worden sind.

Leben Sie das Grünberger Wochenblatt!

Gründung eines „Deutschen Gardebundes“.

Potsdam, 20. Juni. Von Vertretern der fünf Gardeverbände Norddeutschland, Mitteldeutschland, Schlesien-Niedersachsen, Rheinland-Westfalen und Märkischer Gardeverbund wurde in Potsdam ein „Deutscher Gardebund“ gegründet.